

ERNST FISCHER

ÖSTERREICH

1848

STERN - VERLAG WIEN

№ 00030

ERNST FISCHER:

# Österreich 1848

Dieses Buch ist ein wertvoller Beitrag für die Geschichte unseres österreichischen Volkes.

Hier werden nicht Tatsachen an Tatsachen aneinandergereiht, hier wird in großen Zügen mit dem sicheren Blick für das Wesentliche nicht nur die Entwicklung Österreichs an einem besonderen Wendepunkt seiner Geschichte im Jahre 1848

№ 30

Freie Österr. Jugend  
Bezirksleitung  
VOITSBERG



№ 00030

ERNST FISCHER / ÖSTERREICH





00030

ERNST FISCHER

# ÖSTERREICH 1848

*Probleme  
der demokratischen Revolution  
in Oesterreich*

1946

STERN-VERLAG WIEN

Copyright 1946 by Stern-Verlag Wien

Alle Rechte vorbehalten

Entwurf des Schutzumschlages von Robert Pick

Druck: „Globus“, Zeitungs-, Druck- und Verlagsanstalt, G. m. b. H.,  
Wien, I. Fleischmarkt 3-5

## VORWORT

*Das Jahr 1848 ist für uns nicht nur geschichtliche Erinnerung. Es wirkt bis in die Gegenwart. Probleme, damals ungelöst, drängen nach Lösung — unter den Bedingungen eines neuen Zeitalters.*

*Das Scheitern der bürgerlich-demokratischen Revolution in Mitteleuropa war für Deutschland und Oesterreich, ja für alle Völker verhängnisvoll. Gebilde des Mittelalters, nicht von einer siegreichen demokratischen Volksbewegung hinweggefegt, sondern hineingeschleppt in das zwanzigste Jahrhundert, haben furchtbares Unheil angerichtet: das reaktionäre Preubentum, der ungarische Feudalismus, anmaßende Obrigkeiten und strammstehende Untertanen. Das deutsche, aber auch das österreichische Volk wurden in ihrer Entwicklung deformiert. Sie haben sich nicht zu wohlgewachsenen Nationen entfaltet. Dort, in Deutschland, Ueberheblichkeit an Stelle eines ausgeglichenen Nationalbewußtseins, Subordination an Stelle demokratischer Organisiertheit, Machtanbetung*

an Stelle von Freiheitsliebe; hier, in Oesterreich, der völlige Mangel an österreichischem Selbstbewußtsein, Resignation bis zur Wurstigkeit, Anpassungsfähigkeit bis zur Charakterlosigkeit. Der Zusammenbruch der bürgerlich-demokratischen Revolution hat den Nationalcharakter unglücklich beeinflußt.

In Deutschland keine demokratische Einigung der Nation, sondern Verpreußung, Militarisierung, Bürokratisierung, ein fortschreitender Prozeß der „Gleichschaltung“. Zwischen den Völkern des großen Donaustaates, der 1918 zusammenbrach, keine demokratische Verständigung, sondern jahrzehntelang Entfremdung, Erbitterung, Zersplitterung, eine selbstmörderische Zwietracht angesichts der Konzentration des deutschen Imperialismus. Und dieser deutsche Imperialismus, gekennzeichnet durch das Bündnis zwischen Junkertum und Schwerindustrie, besonders gefährlich durch die ungebrochenen Traditionen des preußischen Militär- und Obrigkeitsstaates. Die Wurzeln dieser katastrophalen Entwicklung liegen zu einem großen Teil in dem Fehlschlag des Jahres 1848.

Die bürgerlich-demokratische Revolution in Mitteleuropa kam so spät, daß die Bourgeoisie schon vor der Arbeiterklasse zitterte und sich Hals über Kopf mit den Mächten der alten Gesellschaft verständigte; sie kam so früh, daß die Arbeiterklasse noch nicht zur führenden Kraft zu werden vermochte, sondern sich der schwankenden kleinbürgerlichen Führung

unterordnete. Die deutsche und die österreichische Bourgeoisie blickte ängstlich nach Frankreich, das ein halbes Jahrhundert zuvor den Feudalismus und Absolutismus zerbrochen hatte und nun schon mitten in dem Klassenkampf der entwickelten bürgerlichen Gesellschaft stand, in dem Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Und obwohl in Deutschland und Oesterreich das Proletariat noch weit hinter dem französischen zurückgeblieben war, obwohl es das gemeinsame Interesse aller modernen Klassen einschließlich der Bourgeoisie gewesen wäre, den Feudalismus und Absolutismus zu vernichten, kapitulierten die deutschen und österreichischen Fabrikanten, weil sie die Zukunft fürchteten vor der elenden Vergangenheit. Der Sieg der demokratischen Revolution war eine nationale Notwendigkeit; doch schon in ihrer Wiege wurde die Nation verraten, dem feigen, gewinnsüchtigen Egoismus einer dünnen Schicht von Industrie- und Finanzleuten aufgeopfert.

In Oesterreich, wo die demokratische Volksbewegung in der Großstadt Wien ein Zentrum fand, das gewaltige Energien aufspeicherte und ausstrahlte, scheiterte die Revolution vor allem an der nationalen Frage. Die Oesterreicher und die Ungarn waren eben erst im Begriff, zur Nation zu werden; schon aber wollten sie mehr sein als eine Nation unter anderen, schon wollten sie sich als „Herrennation“ die

slawischen Völker unterordnen. Im Kampfe um die eigene Freiheit wollten sie anderen die Freiheit verwehren: sie haben damit nur erreicht, daß alle unfrei blieben. So wie die Bourgeoisie zwar ihre eigene Freiheit beanspruchte, die Freiheit des Handels, des Marktes, der Konkurrenz, gleichzeitig aber das Recht, die Arbeiterklasse zu unterdrücken, die Demokratie nicht auf das Proletariat auszudehnen, so wollten die privilegierten Nationen zwar selber frei sein, aber den anderen Völkern das demokratische Selbstbestimmungsrecht vorenthalten. An diesem Widerspruch ist die demokratische Revolution in Oesterreich zugrunde gegangen.

Es waren die Widersprüche im Wesen des Kapitalismus, die schon im Verlauf der bürgerlich-demokratischen Revolution des Jahres 1848 grell zutage traten. Wir wollen hier einen dieser Widersprüche besonders hervorheben und an seiner Entfaltung die neuen Bedingungen darstellen, unter denen wir heute versuchen, ungelöste Probleme einer Lösung entgegenzuführen.

Einerseits war der Kapitalismus in seinem Siegeszug durch die Welt eine ungeheure Kraft der Einigung, des Zusammenschlusses. Marx und Engels haben im „Manifest der Kommunistischen Partei“ diese Eigentümlichkeit des Kapitalismus festgestellt: „Die Bourgeoisie hebt mehr und mehr die Zersplitterung der Produktionsmittel, des Besitzes und der Bevölke-

rung auf. Sie hat die Bevölkerung agglomeriert (zusammengeballt), die Produktionsmittel zentralisiert und das Eigentum in wenigen Händen konzentriert. Die notwendige Folge hiervon war die politische Zentralisation. Unabhängige, fast nur verbündete Provinzen mit verschiedenen Interessen, Gesetzen, Regierungen und Zöllen wurden zusammengedrängt in eine Nation, eine Regierung, ein Gesetz, ein nationales Klasseninteresse, eine Douanenlinie.“

Dort, wo der Kapitalismus sich am frühesten durchsetzte, mit der vollen politischen und ideologischen Stoßkraft einer fortschrittlichen Bewegung, wie im Westen Europas und besonders in Frankreich, dort ist seine einigende, zusammenfügende Kraft am stärksten zur Geltung gekommen. Dort wurden alle Klassen am weitesten in den Strom der Demokratie hineingerissen, dort verschmolzen verschiedenartigste Provinzen und Völkerschaften am vollkommensten zu einheitlichen Nationen. Im Kapitalismus wirkt jedoch nicht nur das Element der Einigung, sondern auch das Element der Zersetzung, das, je weiter die neue Gesellschaft sich entwickelt, desto mehr in den Vordergrund tritt. Die Nation, eben erst entstanden, beginnt sich immer schärfer in antagonistische Klassen aufzuspalten. Die herrschende Bourgeoisie gerät in immer grelleren Gegensatz zur Arbeiterklasse und zu den Interessen der Mittelschichten. Die Klassenkämpfe erreichen eine nie dage-



wesene Organisirtheit und Bewußtheit. Und ebenso entstehen immer härtere Reibungen, immer tiefere Konflikte zwischen den einzelnen Nationen. Die Konkurrenz zwischen der nationalen Bourgeoisie der verschiedenen Länder wird zur Konkurrenz, zum Kampfe auf Leben und Tod zwischen den Nationen. Der Krieg wird nicht mehr von Söldnern, sondern von Völkern geführt, und nicht nur bewaffnete Hände, sondern gewaltige nationale Leidenschaften geraten in Bewegung. Die ganze Welt wird von ungeheuren wirtschaftlichen und kriegerischen Katastrophen erschüttert.

Der Kapitalismus ist in Oesterreich verspätet und nicht mehr mit dem ungebrochenen Schwung der Jugend eingezogen. Von Anfang an sind seine negativen Seiten, seine zersetzenden Tendenzen deutlich hervorgetreten. Zwar hat auch hier die bürgerlich-demokratische Revolution, wie mehr als ein halbes Jahrhundert zuvor in Frankreich, mit der gemeinsamen Aktion aller modernen Klassen gegen Feudalismus und Absolutismus begonnen. Die Märzrevolution 1848 war die einheitliche Erhebung von Bourgeoisie, Kleinbürgertum, Bauernschaft und Arbeiterklasse gegen die Mächte des Mittelalters; das Volk in seiner Gesamtheit stand den Herren von gestern gegenüber. Doch schon in den Märztagen zeigte sich die Spaltung des Volkes, kündigten sich die Klassenkämpfe des neuen Zeitalters an; und eben dieser schon damals sichtbar

werdende Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat gab dem absolutistischen Hof und den feudalen Gutsbesitzern die Möglichkeit, den alten Grundsatz: „Divide et impera!“ (Teile und herrsche!) im Kampfe gegen die Revolution erfolgreich anzuwenden. Unerhört schnell vollzog sich die Aufspaltung des Volkes, und ehe noch eine Nation entstanden war, prallten schon die modernen Klassen aufeinander. Was in der französischen Revolution ein Prozeß von Jahren war, das war in der österreichischen ein Prozeß von Monaten. Im Mai siegte noch die Einheitsfront der Kleinbürger, Arbeiter und Bauern, während die Bourgeoisie zur Konterrevolution überging. Im Sommer und Frühherbst lösten die Bauern und breite kleinbürgerliche Schichten sich aus den Reihen der Revolution, und im Oktober standen die Arbeiter und die Studenten vereinsamt einer erdrückenden Uebermacht gegenüber. Das zersetzende Element des Kapitalismus hatte sich als stärker erwiesen denn das einigende.

Noch schneller und heftiger vollzog sich dieser Prozeß der Zersetzung in den Beziehungen zwischen den Nationen des alten Donaustaates. Der weiträumige Habsburger-Staat hatte sich im vorkapitalistischen Zeitalter herausgebildet. Die Türkengefahr hatte den staatlichen Zusammenschluß der Donauvölker notwendig gemacht, bevor sie noch zu Nationen geworden, zu nationalem Selbstbewußtsein erwacht waren. Der Kapitalismus, der

Völker zu Nationen zusammenschweißt, mußte also in der Oesterreichisch-Ungarischen Monarchie unvermeidlich als nationaler Sprengstoff wirken. Alles hing davon ab, ob dieser Sprengstoff stark genug war, die Unterdrücker sämtlicher Völker der Monarchie, die Herrschaft der Habsburger und der feudalen Gutsbesitzer, in die Luft zu sprengen und einen Kampfbund der Völker gegen den gemeinsamen Feind herbeizuführen — oder ob er gerade nur stark genug war, die Völker in einem Kampf aller gegen alle zu schleudern. Die Sprengung der Monarchie war unerläßlich, um auf neuer Grundlage die gemeinsamen Interessen der Völker zum Durchbruch zu bringen. Die Monarchie wurde nicht gesprengt. Sie wurde daher einer qualvoll sich hinschleppenden nationalen Zersetzung preisgegeben.

Die Aufspaltung in Nationen war das erste unmittelbare Ergebnis der bürgerlich-demokratischen Revolution in Oesterreich. Es konnte gar nicht anders sein; gleichzeitig aber war es die große Chance einer konsequenten demokratischen Volksbewegung, die Nationen als Gleiche unter Gleichen zu einer demokratischen Kampfgemeinschaft zu vereinigen. Gegen den Konkurrenzkampf der nationalen Bourgeoisie die gemeinsamen Interessen der Völker hervorzukehren, war die Aufgabe der kleinbürgerlichen Demokraten. Dieser Aufgabe waren sie nicht gewachsen. Erschreckt durch die Gärung der Nationen,

verwirrt durch das widerspruchsvolle nationale Durcheinanderwogen, besorgt um die eigene nationale Sicherung, haben die kleinbürgerlich-demokratischen Kräfte die große Chance zurückgestoßen. Sie haben es dadurch der Konterrevolution unendlich erleichtert, die Völker gegeneinander auszuspielen und sich als Schutzmacht der schwächeren Nationen, als Element des nationalen Ausgleichs, als Retter des staatlichen Zusammenhalts zu gebärden. Wie stark der Eindruck war, daß die bürgerlich-demokratische Revolution nichts anderes bedeute als gesellschaftliche und nationale Zersetzung, kann man an der Haltung eines so hervorragenden Oesterreichers wie Franz Grillparzer beobachten. Dieser aufrichtige Humanist, der das Metternich-System aus tiefstem Herzen verabscheute und eine Erneuerung Oesterreichs herbeisehnte, hat sich dennoch der Konterrevolution in die Arme geworfen, weil er nur die gesellschaftliche und nationale Zersetzung zu sehen vermochte und daher an der Demokratie verzweifelte. Er und viele andere haben der Demokratie vorgeworfen, was in Wahrheit das Wesen des Kapitalismus ist. Sie haben die politische Form mit dem gesellschaftlichen Inhalt verwechselt und nicht verstanden, daß nur die konsequenteste Demokratie imstande war, zwar nicht die Widersprüche des Kapitalismus aufzuheben, aber die ihm eigenen positiven Seiten möglichst wirksam zu machen und einer gesunden, unverkrüppelten

Nation zur Geburt zu verhelfen. Diese Verwechslung von Demokratie und Kapitalismus ist zu einem besonders gefährlichen Hilfsmittel der Reaktion geworden.

Wir fassen also zusammen: das zersetzende Element des Kapitalismus ist in Oesterreich schon 1848, infolge seines verspäteten Einzuges und infolge der eigenartigen Struktur des Nationalitätenstaates, außerordentlich scharf hervorgetreten, und hat die damals noch immer vorhandenen fortschrittlichen Seiten der kapitalistischen Entwicklung düster überschattet. Daß der Kapitalismus sich in Oesterreich nicht im Zeichen der siegreichen Demokratie, sondern im Zeichen des siegreichen Absolutismus entfaltete, hat die nationale Entwicklung des österreichischen Volkes verhängnisvoll beeinflußt.

Weiter: es ist ein allgemein gültiges Gesetz, daß der Kapitalismus, je weiter er sich entfaltet, desto mehr in Widerspruch zu seinen eigenen Triebkräften geriet, desto reaktionärer, verderblicher, katastrophaler wurde. In den Imperialismus übergehend, in die schrankenlose Herrschaft der Monopole, in den wütenden Kampf um Weltherrschaft, in das Stadium verheerender Weltkriege, ist er zu einem System der Zersetzung, der Verwüstung, der Vernichtung geworden. Der innere Widerspruch wird unerträglich: auf der einen Seite höchste Konzentration der Industrie, wirtschaftliche Vereinigung aller Kontinente, Entstehung eines Weltsystems, das nach planmäßiger Zusammen-

arbeit schreit, auf der anderen Seite die blutigste Zerreißung, der wahnwitzigste Chauvinismus, das Her einbrechen der Bestialität in die Zivilisation. Der schonungslose Kampf der Klassen und der Nationen erreicht einen beispiellosen Höhepunkt.

Doch auch dieser Prozeß hat einen zwiespältigen Charakter. Der Imperialismus zersetzt die bürgerliche Gesellschaft und die Bourgeoisie selbst. Reichtum und Macht werden in den Händen einer hauchdünnen Oberschicht zusammengeballt. Die Interessen kleiner und mittlerer Eigentümer von Produktionsmitteln, Fabrikanten, Kaufleute usw. decken sich immer weniger mit den Interessen der hauchdünnen Oberschicht. Ein Gegensatz entsteht, der nur vorübergehend durch scheinbare gemeinsame Interessen der „Besitzenden“ überbrückt werden kann. Der Mittelstand wird zermalmt. Immer breitere Schichten der Bauernschaft verarmen. Zwischen den Werktätigen aller Art und der Arbeiterklasse ergeben sich tatsächlich immer mehr Berührungspunkte, wenn auch das Bewußtsein häufig hinter diesen Tatsachen zurückbleibt. Tatsächlich wird die Diktatur der oligarchischen Oberschicht dem ganzen Volk, der ganzen Nation zum Verderben: die Notwendigkeit der Einheit des Volkes, der Nation auf neuen Grundlagen, im Kampfe gegen die „Herren- und Uebermenschen“, wird unabweisbar. Die faschistische Dikta-

*tur, das Ueberschlagen des deutschen Imperialismus in den furchtbarsten Banditismus aller Zeiten, hat den Völkern diese Notwendigkeit mehr und mehr ins Bewußtsein gehämmert.*

*Weiter: der Ueberfall des deutschen Imperialismus auf die Völker Europas, sein Versuch, alle anderen Nationen zu Sklavenherden herabzudrücken, ihre Entwicklung rückgängig zu machen, ihre geschichtlich gewordene Individualität auszulöschen, hat diese Nationen in ihrem Abwehrkampf, in ihrem nationalen Freiheitskampf auf neuer Grundlage geeinigt. Arbeiter, Kleinbürger, Bauern, Intellektuelle, wesentliche Teile der Bourgeoisie haben sich zur Rettung der Nation aufs engste zusammengeschlossen, neue Beziehungen zwischen den Klassen, zwischen den Parteien sind entstanden. Die zahlreichste, wichtigste und organisierteste Klasse der modernen Gesellschaft, die Arbeiterklasse, hat sich als Rückgrat der Nation erwiesen. Nationale Freiheitsfronten haben sich herausgebildet, nicht nur für den Augenblick, sondern als Ergebnis einer neuen geschichtlichen Periode.*

*Von unermesslicher Bedeutung für die neue Weltlage ist der vaterländische Freiheitskrieg des Sowjetvolkes, die einzigartige Bewährung der sozialistischen Sowjetunion als stärkstes Bollwerk der menschlichen Freiheit und Würde gegen die Barbarei. Unselige Irrtümer werden berichtigt,*

*reaktionäre Vorurteile überwunden. Es wird immer offenkundiger: Der Sozialismus ist mehr als eine „Arbeiterfrage“, er ist eine Menschheitsfrage. Der Kampf der Arbeiterklasse um sozialistische Neugestaltung ist nicht ein Kampf gegen, sondern für die Interessen aller Volksschichten, der gesamten Nation. Durch den Sieg der Arbeiterklasse wird die Gesellschaft nicht gespalten, sondern im Gegenteil: die durch den Kapitalismus hervorgerufene Aufspaltung wird Schritt für Schritt überwunden. Die bürgerlich-demokratische Revolution hat mit der Einheit aller Volksschichten begonnen, dann aber folgte die fortschreitende Zersetzung der neu entstandenen Gesellschaft. Der Kampf um den Sozialismus hat mit der scharfen Abgrenzung der Arbeiterklasse, mit der ins Bewußtsein gehobenen, im proletarischen Klassenbewußtsein widerspiegelten Spaltung der Gesellschaft begonnen; doch sein Ergebnis ist, wie das Beispiel der Sowjetunion bekundet, eine bisher nie dagewesene politisch-moralische Einheit des Volkes. Aus einer sich zersetzenden Gesellschaft hervorgegangen, hat die Arbeiterklasse eine geeinigte, von keinerlei Zersetzung bedrohte Gesellschaft hervorgebracht. Man kann die Entwicklung des Kapitalismus mit einem analytischen, die Entwicklung des Sozialismus mit einem synthetischen Prozeß vergleichen.*

*Schließlich: der deutsche Imperialismus hat wie ein Eitergeschwür den ganzen Organismus gefährdet, die*

ganze Welt in furchtbarste Mitleidenschaft gezogen. Die aufwühlende Erfahrung von zwei Weltkriegen in einem Menschenalter hat den Völkern klargemacht, daß die Welt ein Ganzes ist und internationale Zusammenarbeit, kollektive Sicherheit erfordert. Niemand ist so töricht, anzunehmen, daß es nach der Vernichtung des Hitlerismus in der Welt keinerlei Gegensätze mehr gibt; aber die tiefen Veränderungen, die sich aus der Zertrümmerung des deutschen Imperialismus, aus dem Freiheitskampf der Nationen, aus den neuen Beziehungen zwischen der sozialistischen Sowjetunion und den angelsächsischen Großmächten ergeben, eröffnen eine durchaus reale Möglichkeit, den Weltfrieden zu sichern und den Elementen der Zersetzung durch stärkste Kräfte der Einigung entgegenzuwirken.

In dieser neuen Welt mit ihren neuen Bedingungen kann und wird das österreichische Volk die Probleme, die 1848 ungelöst blieben, einer Lösung entgegenführen.

Die gemeinsamen Interessen aller Volksschichten in Oesterreich an der Errichtung und Sicherung einer starken Demokratie, an einer planmäßigen und harmonischen Entwicklung der Wirtschaft, an der Herausbildung eines schöpferischen österreichischen Patriotismus sind so groß, daß sie über alle Gegensätze der Klassen und Weltanschauungen hinausragen.

Die unauslöschliche Erfahrung, was der Verlust der Unabhängigkeit, der „Anschluß“ Oesterreichs an den deutschen Imperialismus bedeutete, wird entscheidend zur Konstituierung der österreichischen Nation, zur Entstehung und Festigung eines gesunden Nationalbewußtseins beitragen.

Das gemeinsame Leid des österreichischen Volkes und seiner slawischen Nachbarvölker unter dem Joch des deutschen Imperialismus läßt die Erinnerung an vergangene Gegensätze verblassen und weckt das Bewußtsein der schicksalsmäßigen Verbundenheit. In freundschaftlichster Zusammenarbeit mit diesen Nachbarvölkern, als Gleiche unter Gleichen, wird das österreichische Volk eine der Bürgschaften seiner gedeihlichen Entwicklung und seiner nationalen Unabhängigkeit erblicken.

Die Niederlage von 1848 hat ein dunkles Jahrhundert über das österreichische Volk heraufbeschworen.

Der Sieg der freiheitsliebenden Völker über den Inbegriff aller Reaktion, über den deutschen Imperialismus, ist die Verheißung eines helleren Jahrhunderts der österreichischen Geschichte.

## I

### AM VORABEND DER REVOLUTION

In dem rückständigen Oesterreich hatte sich eine verkrüppelte, mattherzige und engbrüstige Bourgeoisie herausgebildet, die zwar aus dem Grabgewölbe des Mittelalters hinausdrängte, aber vor der Revolution zurückschauderte; der Fäulnisdunst der Vergangenheit war für sie unerträglich geworden, aber sie klapperte mit den Zähnen und hielt sich ängstlich das Leichentuch vor den Mund, als der kräftige revolutionäre Frühlingswind ihr entgegenschlug. Es galt auch von dieser österreichischen Bourgeoisie, was M a r x von der preußischen sagte: „... eine nicht zum Durchbruch gekommene Schicht des alten Staates, durch ein Erdbeben auf die Oberfläche des neuen Staates geworfen; ohne Glauben an sich selbst, ohne Glauben an das Volk, knurrend gegen oben, zitternd gegen unten, egoistisch nach beiden Seiten und sich ihres Egoismus bewußt, revolutionär gegen die Konservativen, konservativ gegen die Revolutionäre, ihren eigenen Stichworten mißtrauend, Phrasen statt Ideen, eingeschüch-

tert vom Weltsturm, den Weltsturm exploitierend...“

Das verspätete und gehemmte Wachstum dieses österreichischen Kapitalismus war zum großen Teil durch das elende reaktionäre System seit 1790 verschuldet.

Vor diesem unheilvollen geschichtlichen Wendepunkt, im 18. Jahrhundert, hatte Oesterreich einen vielversprechenden Anlauf genommen, um die fortgeschrittenen westlichen Staaten einzuholen. Obwohl die Bedingungen in der schwerfälligen, buntscheckigen und meerabgewandten Monarchie weitaus ungünstiger waren als in England, Frankreich und Holland, regte sich im Zeitalter des Prinzen Eugen von Savoyen, dieses großen und vielseitigen Oesterreichers, eine beachtenswerte wirtschaftliche Initiative. Schon im Jahre 1684 hatte der Herold des Merkantilismus in Oesterreich, Hörnigk, in seinem Buche „Oesterreich über alles, wenn es nur will!“ die neuen Wirtschaftsideen entwickelt. Straßen und Brücken wurden gebaut. Der Hafen von Triest wurde gefördert. Staatliche Manufakturen wurden errichtet. Im Jahre 1719 entstand auf Anregung Eugens die „Kaiserlich privilegierte orientalische Compagnie“, deren Hauptaufgabe es war, Baumwolle nach Oesterreich einzuführen. Die Orientalische Compagnie eröffnete 1723 in Schwechat eine Textilfabrik, und bald gab es solche Fabriken in Pottendorf, Trumau, Friedau, Ebreichsdorf, Sankt Pölten usw. Gegen Ende des

18. Jahrhunderts arbeiteten in Niederösterreich ungefähr 100.000 Handspinner für die kaiserlich privilegierten Textilfabriken. Gleichzeitig wurden adelige Großgrundbesitzer durch den Hof ermuntert, auf ihren Gütern Manufakturen einzuführen. Es war vor allem der böhmische Adel, der kapitalistische Unternehmen ins Leben rief. Im Jahre 1715 errichtete der geschäftstüchtige Graf Waldstein in Oberleutensdorf eine große Tuchmanufaktur. Andere böhmische Gutsherren folgten seinem Beispiel. Im Jahre 1701 wurde in Neuhaus die k. k. Spiegelfabrik als Privatunternehmen mit Staatsbeteiligung gegründet. 1720 wurde sie zur Gänze vom Staat übernommen. 1718 wurde nach dem Beispiel von Meißen in Wien eine staatliche Porzellanmanufaktur aufgetan, die zweite in ganz Europa (die berühmte Porzellanfabrik in Sèvres entstand erst 1743). Auch der Bergwerks- und Hochofenbetrieb machten in dieser Zeit bedeutende Fortschritte; im Kampfe gegen die Handwerker, die zäh an den alten primitiven Methoden festhielten, wurde durch die reichen, adeligen Gutsbesitzer und durch reiche Kaufleute der Hochofenbetrieb ausgebaut und die Produktivität der Eisenerzeugung gesteigert. Gegen Ende des 18. Jahrhunderts gab es in Böhmen 44 Hochöfen, in Mähren 14, in Steiermark 39, in Kärnten 20. Im Jahre 1703 entstand die Wiener Stadtbank, die ihren Geldverkehr auf die Einnahmen der Stadt Wien stützte und vor allem den bürgerlichen Handels-

unternehmungen diene. Schon 1720 wurden in mancher Woche 200.000 bis 300.000 Gulden in bar eingelegt.

Diese industrielle und kommerzielle Entwicklung Oesterreichs wurde durch die Reformen und durch die Wirtschaftspolitik Maria Theresias und Josefs II. beschleunigt. Immer mehr und mehr „privilegierte“ Fabriken entstanden, befreit vom Zunftzwang, von der üblichen Einquartierung usw. Die österreichische Leinen- und Tuchmanufaktur wurde führend in Mitteleuropa und eroberte sich auf dem Weltmarkt eine Reihe von Absatzgebieten, hochqualifizierte ausländische Arbeiter wurden nach Oesterreich gezogen, Samt- und Seidenspezialisten aus Frankreich, Stahlspezialisten aus England, Textilspezialisten aus Sachsen usw. Von allen Seiten kamen ausländische Unternehmer nach Oesterreich; die Erteilung der Fabriksbefugnisse wurden nicht von der Staatsbürgerschaft oder von der Konfession abhängig gemacht, größeren Unternehmungen wurden Steuerfreiheiten, unverzinsliche Staatsvorschüsse usw. gewährt, allmählich entstand neben den mittelalterlichen Zünften und neben den adeligen Woll-, Leinen- und Eisenherren ein bürgerliches Unternehmertum. Es war eine schwächlichere und blutärmere Bourgeoisie als in den westlichen Ländern. Sie war auf besondere Hilfe des Staates angewiesen, auf das Bündnis mit der Bürokratie, die unter Maria Theresia

und Josef II. einen mehr und mehr bürgerlichen Charakter annahm. Diese staatliche Bürokratie war aufs engste mit dem jungen, gleichsam noch unmündigen Kapitalismus verbunden; während in England und Frankreich die großen kapitalistischen Privatgesellschaften vorherrschten, kamen in Oesterreich, die großen kapitalistischen Unternehmungen häufig unter staatlicher Leitung oder Aufsicht zustande. So war es vor allem im Bergbau, wo unter staatlicher Direktion Einzelbetriebe zusammengefaßt wurden; noch in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts erzeugte der Staat den vierten Teil des Roh- und Gußeisens und den fünften Teil des raffinierten Eisens. All das war ein Ausdruck der Unreife, der Zurückgebliebenheit des Kapitalismus in Oesterreich; aber bei einer Fortführung der von Maria Theresia und Josef II. eingeleiteten Wirtschaftspolitik mußte sich auch in Oesterreich ein kräftiges Bürgertum herausbilden, das fähig gewesen wäre, sich der staatlichen Vormundschaft zu entringen und die alte Gesellschaft umzuwälzen.

Je mehr sich unter Maria Theresia und Josef II. die neuen Produktivkräfte entfalteten, desto schroffer gerieten sie mit dem alten Feudalsystem, mit der Fronknechtschaft der Bauern in Widerspruch. Maria Theresia versuchte Schritt für Schritt die alten Feudalherren zurückzudrängen und ihre Opposition zu brechen, wobei sie jedoch in ihnen immer noch die



wahre politische Stütze des Thrones erblickte. Sie verwandelte unfreie Leibeigene in erbliche Nutz Eigentümer, trachtete die Ausplünderung der Bauern durch die Gutsherren einzudämmen, legte ein Maximum der Fronleistungen fest, wagte jedoch nicht, die Axt an die Wurzel zu legen und die Bauern aus der Fronknechtschaft zu befreien. Josef II. hat es gewagt und den Feudaladel zum Entscheidungskampf herausgefordert. Zuerst wurde durch ihn die Strafgewalt der Gutsherren ernsthaft eingeschränkt, dann wurde die Freizügigkeit der Bauern verkündet, dann wurden die „untertänigen“ Nutznießer auf Herrengrund in bäuerliche Eigentümer verwandelt, und schließlich, 1789, wurde ein neues Grundsteuergesetz erlassen, das einen entscheidenden Schritt zur Aufhebung der Fronknechtschaft bedeutete. Der Sturm der weltlichen und kirchlichen Großgrundbesitzer gegen diese „Revolution von oben“ hat den absoluten Monarchen niedergeworfen. Er stand allein. Er stützte sich nur auf seine Bürokratie. Er mobilisierte nicht die bürgerlichen und bäuerlichen Kräfte der Gesellschaft gegen die Feudalherren. Er meinte, durch Verordnungen könne man eine geschichtliche Umwälzung herbeiführen. In demselben Jahr, in dem Josef II. von oben die Bauernbefreiung diktierte, wurde sie in Frankreich von unten, durch die Gewalt des Volkes, durchgeführt. Der Geschichtschreiber Josef II., Caraccioli, schrieb damals: „Es wird dem Leser nicht ent-

gangen sein, daß der Kaiser fast alle Pläne der Nationalversammlung, die dormalen in Paris gehalten wird, angelegt hat. Abschaffung der Fronknechtschaft, des Erstgeburtrechtes, der Zehnten usw., Juden und Protestanten für Bürger erklärt, bürgerliche Duldung, verminderte Kirchensprengel, Fähigkeit jedes Bürgers, zu den ersten Aemtern zu gelangen, der Plan, alle Provinzen in Departements zu verwandeln. Dies sind die Neuerungen. Es gibt nichts Aehnlicheres.“ Man kann die Tätigkeit Josef II. natürlich nicht mit der größten aller bürgerlich-demokratischen Revolutionen vergleichen, aber es war in der Tat ein gesellschaftlicher Umsturz, den der einsame Kaiser anstrebte. Er war der ungeheuren Aufgabe nicht gewachsen. Er hat auf dem Totenbett kapituliert.

Seine Nachfolger Leopold II. und Franz I. haben die alten Zustände wiederhergestellt und nur die Herrschaft der zentralistischen Bürokratie aufrechterhalten, den erstarrten Leichnam josefinischen Einheitsstaates, ohne Geist, ohne Atem, ohne die Kraft des Lebens. Die Todesangst vor der Französischen Revolution, vor diesem plebejischen Riesen, der hinter dem Schatten des Josefinismus emporstieg, war ihnen in die Knochen gefahren. Sie errichteten rings um Oesterreich eine unübersteigbare Friedhofsmauer. Sie hielten die Totenwacht an der Bahre des Mittelalters, das unaufhaltsam in stinkende Fäulnis überging und die Luft mit seinen Miasmen vergiftete. Nichts durfte

sich regen, die Zeit sollte stillstehen, eingeklemmt zwischen unerledigten Aktenbündeln. Die Napoleonischen Kriege brachten indessen tiefgehende gesellschaftliche Veränderungen auch in Oesterreich. Unzählige Handwerker, Kaufleute, Kleinunternehmer wurden ruiniert. Neue Bürgerschichten wurden emporgetragen, Armeelieferanten, Kriegsgewinner, kapitalistische Abenteurer. 1811 der Staatsbankrott. 1814 ein fünfzigprozentiger Zuschlag zur Gewerbesteuer mit der Begründung: „Weil die Grundbesitzer noch die Lasten des Krieges tragen, so müssen die anderen Klassen, welche bereits die Segnungen des Friedens genießen, herangezogen werden.“ 1816 die Gründung der Oesterreichischen Nationalbank, die Finanzdiktatur Rothschild's. Das Großkapital zieht in Oesterreich ein, das einheimische zünftlerische Gewerbe verelendet unaufhaltsam, die Last der bäuerlichen Fronknechtschaft und der stumpfsinnigen Feudalherrschaft lähmt jegliche Initiative, der Kapitalismus muß sich durch Hintertüren einschleichen und wird im großen und ganzen von findigen Ausländern eingeschmuggelt, das bückt sich und drückt sich im engen Winkelwerk und kann nur durch Kniffe und Pfiffe, durch Trinkgeld und Korruption existieren.

Die hohen Zölle steigern die wirtschaftliche Atemnot. Amerikanische und indische Baumwolle sind in Oesterreich teurer als fertige englische Gewebe. Franz I. haßt die Industrie. Er fürchtet mit Recht,

daß sie in ihrem Schoße den Liberalismus trägt, und Liberalismus, das ist für ihn der Inbegriff des Veruchten, Demokratie, Revolution, die rote Jakobinermütze. Er möchte am liebsten alle Fabriken verbieten, und nur der stille Widerstand der mit den Fabrikanten und Finanzleuten versippten und verbandelten Bürokratie hindert ihn, diesen Lieblingsplan zu verwirklichen. Trotzdem verbietet er wenigstens die Errichtung neuer Gewerbe und Fabriken in einem Umkreis von zwei Meilen um die Residenz. Nach dem Bankrott von 1811 muß er dieses Verbot aufheben, doch 1822 wird es neuerlich erlassen, 1827 wieder aufgehoben, 1831 zum drittenmal erlassen, auf Betreiben der zünftlerischen Handwerker und wohl auch aus Angst vor der Revolution, deren Wetterleuchten 1830 aus Paris wieder herüberdrang. Die Zeit soll stillstehen, das ist Staatsgrundgesetz. Der Offizier und Prinzenenerzieher Karl Möring hat in seinen „Sibyllinischen Büchern aus Oesterreich“, die jenseits der Grenze herauskamen, den Staat Franz I. und Metternichs mit einer Uhr verglichen, an der alle Gewichte falsch verteilt sind. „Und diese Uhr geht halt nicht. Wenigstens nicht leicht und gut, trotz dem vielen Schmieren und der beständigen Reparatur. Die Welt glaubt, die Uhr geht fort, weil man sie manchmal schlagen hört. Das ist aber der Wecker der Zeit — der schlägt daran. Oesterreich geht aber auch nicht — es steht!“

Es ist klar, daß die Bourgeoisie sich in diesen Verhältnissen nur sehr kümmerlich entwickelte. Im Jahre 1841 gab es in Oesterreich nur 231 Dampfmaschinen mit insgesamt 2939 Pferdekräften, davon in Niederösterreich 56 mit 758 Pferdekräften, in Böhmen 79 mit 1050 Pferdekräften, in Mähren und Schlesien 77 mit 759 Pferdekräften. Sie verteilten sich im wesentlichen auf folgende Industrien: Bergbau 32 (473 Pferdekräfte), Hochofengebläse 10 (122), Baumwollspinnereien 35 (557), Schafwollspinnereien 19 (170), Schafwollwaren- und Tuchfabriken 40 (515), Rohr- und Rübenzuckerfabriken 14 (115). Auch die Verhältnisse waren äußerst rückständig: im Jahre 1828 hatten die von Eisenbahnen befahrenen Strecken nur eine Länge von 144 Kilometer, in Frankreich zur selben Zeit schon eine Länge von fast 500 Kilometer, in England von ungefähr 1000 Kilometer. Von den Industrien war die Eisenindustrie am weitesten entwickelt; aber gerade in dieser Industrie hatten der Staat und die Adelsgeschlechter das Uebergewicht über die bürgerlichen Unternehmer. Die Maschinenindustrie befand sich erst in den dürftigsten Anfängen; bis 1825 wurden alle Maschinen aus dem Ausland eingeführt, und noch 1841 war ein Drittel der Dampfmaschinen (mit der Hälfte der gesamten Pferdekräfte) ausländisches Fabrikat. Die Lokomotiven und Dampfboote wurden aus dem Ausland geliefert. Einen kräftigen Aufschwung erlebte die Rübenzucker-

industrie, ebenfalls zum überwiegenden Teil in den Händen adeliger Gutsherren. Relativ günstig war die Lage der Baumwollindustrie, obwohl sie ihre Hauptabsatzgebiete mehr und mehr an die englische Konkurrenz verlor. Wesentlich ungünstiger stand es mit der Leinenindustrie, die einen Markt nach dem anderen einbüßte und zu dem verzweifelten Auskunftsmittel griff, die Qualität zu verschlechtern, um die Preise der Konkurrenz zu unterbieten; dadurch schlug sie sich selber aus dem Markt hinaus. Am unmittelbarsten zeigte sich der verheerende Einfluß des reaktionären Regimes in der Papierindustrie und Buchdruckerei; die geradezu mörderische Zensur, die täglich neue gigantische Albernheiten ausbrütete, ließ kein Zeitungswesen und keinen Buchhandel aufkommen. Die wirtschaftliche Knebelung der Bourgeoisie wurde noch verschärft durch die politische Rechtlosigkeit. In den Landtagen herrschte schrankenlos der weltliche und kirchliche Großgrundbesitz. Im niederösterreichischen Landtag war die Bourgeoisie überhaupt nicht vertreten; die Repräsentanten des Bürgertums durften stehend die Steuerverordnung der Regierung anhören und mußten sich dann schweigend entfernen. Nur hintenherum, durch ihre Versippung mit den an der Industrie beteiligten Gutsbesitzern und mit der staatlichen Bürokratie, konnten die bürgerlichen Unternehmer dann und wann etwas Luft bekommen.

Am jammervollsten war die Lage des Kleinbürgertums, des städtischen Handwerks, das, noch immer in den mittelalterlichen Zünften zusammengepfercht, die reaktionäre Zunftordnung mit Händen und Füßen verteidigte und diesen Totenschrein jeglicher Initiative für die rettende Arche hielten, die man um keinen Preis verlassen durfte. Dieses zahlreiche zünftlerische Bürgertum, reaktionär in seinen Bestrebungen, rebellisch in seiner Gesinnung, konnte nicht leben und nicht sterben; die industriefeindlichen Maßnahmen des Kaisers, der in den Zünften eine Stütze seines Systems erblickte, vermochten das zünftlerische Handwerk natürlich nicht zu retten und verlängerten nur den qualvollen Prozeß seiner Verwesung. Trotz allen Mittelchen des Habsburger-Hofes vermehrte sich von 1837 bis 1841 die Zahl der zunftfreien Fabrikanten in Wien um 164 Prozent, die Zahl der zunftgebundenen Handwerker nur um 7,8 Prozent. In seiner ausgezeichneten Darstellung dieser Zustände hat Ernst Viktor Zenker („Die Wiener Revolution von 1848“) geschrieben: „In einer Denkschrift der allgemeinen Hofkammer wird der ganze Leidensweg, den ein Mensch zu machen hat, um es zum Meister zu bringen, geschildert: die langen, erniedrigenden Lehrjahre, die kargen Gesellenjahre, der Wanderzwang, die großen Auslagen für den selbständigen Antritt eines Gewerbes; und wenn der werbende Geselle endlich so weit ist, bei der Behörde oft

mit Hilfe wucherischer Winkelagenten einzuschreiten, so sieht er sich, wie die Hofkammer ohne Umschweife erklärt, allen Angriffen der Zunft preisgegeben, die, je geschickter der Bittwerber und je isolierter er dasteht, insofern er nicht der Sohn oder Verwandte eines Mitmeisters ist, desto heftiger alle Mittel aufbietet, um einem Konkurrenten entgegenzutreten, von dem ihr Brotneid und Monolgeist Beeinträchtigung ihres Gewerbes besorgt. Sie verfolgen ihn durch drei Rekursinstanzen, die ihnen nach dem herrschenden Verfahren offenstehen, und vervielfältigen dem Bittwerber soviel sie können seine Auslagen auf Agentengebühren, Stempel, Taxen, Porto usw. Sie verzögern durch Einstreuungen aller Art die definitive Verleihung, so daß in der Regel ein Jahr und darüber zwischen den Verhandlungen verstreicht. Während dieser Zeit verliert der Bewerber nicht selten sein Brot beim Meister und erhält nicht anderswo sein Unterkommen. Hat er nun auch in letzter Instanz seine Bewerbungsbefugnisse rechtskräftig erlangt, so findet er sein Spargeld gewöhnlich so erschöpft, daß er sein Gewerbe kaum anders als mit Schulden anfangen kann!“ Der Verfall war unaufhaltsam. Von ungefähr 30.000 Erwerbsteuerpflichtigen, die es 1845 in Wien gab, konnte der Staat die Steuer in 50 Prozent der Fälle nur durch Militärexekution, in einem Drittel der Fälle nur durch Pfändung eintreiben. In den dreißiger und vierziger Jahren mußten sich unzählige Meister, vor allem

im Bekleidungsgewerbe, als Stückmeister und Sitzgesellen bei kapitalistischen Unternehmern verdingen; ihre „Selbständigkeit“ war zu leerem Schein geworden. Andere versanken völlig im Proletariat, wurden zu Gesellen oder zu Tagelöhnern, zu Bettlern oder Insassen von Versorgungshäusern. Die verelendeten und zum Teil völlig proletarisierten Handwerker der Vorstädte waren eine mächtige Triebkraft der Revolution, von der freilich die meisten eine Wiederkehr der alten vorkapitalistischen Zustände erwarteten. Sie waren der Kern der kleinbürgerlichen Vorstadtgarden, die neben den Arbeitern und Studenten auf den Barrikaden kämpften. Andererseits waren jene zünftlerischen Handwerker, die sich wirtschaftlich noch behaupteten, sehr bald bereit, zur Konterrevolution überzugehen.

So hemmend das mittelalterliche Zunftwesen und die industriefeindliche Politik des Hofes auf die bürgerliche Entwicklung einwirkte, so lag das entscheidende Hemmnis doch in der bäuerlichen Fronknechtschaft. Darauf beruhte die übermütige Macht der adeligen Gutsherren, darauf die Unproduktivität der Arbeit, die Rückständigkeit der Landwirtschaft und der Industrie; das war der Sumpfboden, in dem das neue europäische Zeitalter von Schritt zu Schritt stecken blieb. Obwohl Oesterreich ein Agrarland war und die Industrie im wesentlichen über Böhmen, Mähren, Schlesien und Niederösterreich nicht

hinausging, entfielen 54 Prozent der Einfuhr auf landwirtschaftliche Produkte. Allgemein herrschte noch die mittelalterliche Dreifelderwirtschaft wie vor tausend Jahren; nur in Oberösterreich war zum Teil der Uebergang zur modernen Fruchtwechselwirtschaft vollzogen. Die Viehzucht war unbedeutend, der Anbau von Futtermitteln ganz und gar vernachlässigt. Die Arbeit der fronpflichtigen, ausgeplünderten Bauern beschränkte sich auf das Notdürftigste. Die Ergiebigkeit des Ackerbodens war nur in dem Junkerland Preußen noch erbärmlicher als in Oesterreich. In Preußen wurden pro Quadratmeile 15.700 Scheffel geerntet, in Oesterreich 21.000, in Baden 32.600, in Württemberg 34.200. Diese Ziffern sind ein Gradmesser der Rückständigkeit; nur die preußische Junkerwirtschaft war noch unproduktiver und verlotteter als die österreichische Adelswirtschaft.

Die Not der Fronbauern war himmelschreiend. Ehe die Bauern verstanden hatten, daß sie durch die Reformen Josef II. frei werden sollten, wurden sie wieder in die mittelalterliche Untertänigkeit hinabgestoßen. Nach dem Tode Josef II. traten die ständisch-feudalen Landtage zusammen und verkündeten die Robotleistung als „heilige Christenpflicht“; der Bauer müsse belehrt werden, daß er keine Rechte habe und daß die Geldablösung der Frondienste einzig und allein von der Gnade der Obrigkeit abhängt. Es kam zu Bauernunruhen und lokalen Bauern-

aufständen, die mit Waffengewalt niedergeworfen wurden. Dann versank der österreichische Bauer wieder in dumpfes, verzweifertes Dahinbrüten. Der schüchterne Versuch einer Grundsteuerreform, um den Staatsfinanzen aufzuhelfen, wurde von den Gutsherren als Eingriff in ihre Vorrechte empfunden und sofort vereitelt. Im Jahre 1846 kam es gleichzeitig mit dem nationalen polnischen Adelsaufstand in Galizien zu einem blutigen Aufstand der ukrainischen Bauern gegen die polnischen Gutsherren, deren Schlösser in Flammen aufgingen, deren Köpfe unter der Sense fielen. Die ukrainischen Bauern forderten die Enteignung der Pans und die Uebergabe des Bodens an die Bauerngemeinde. Die Regierung hatte nun das unbehagliche Gefühl, daß „etwas geschehen müsse“, und veröffentlichte ein lächerliches „Robot-Abolutionsdekret“, in dem die Gutsherren sanft ermahnt wurden, „das Zustandekommen freiwilliger Abfindungen mit ihren Grund- und Zehenthöfen über die Naturalfrone und Naturalzehente zu befördern“. Dieses Dekret wurde mit Recht von den Bauern als eine Verhöhnung empfunden, und als im Jahre 1847 eine Mißernte die Not bis zum Aeußersten steigerte, stellten die niederösterreichischen Bauern die Fronleistung einfach ein und warfen sich den Truppen, die man gegen sie aufbot, mit Sensen und Dreschflügeln entgegen. Ein Geschichtschreiber der österreichischen Reaktion, Dr. H. Meynert, hat das mit den Worten dar-

gestellt: „Der Bauer zeigte sich störrisch. Dankbarkeit ist nicht seine Sache. Das die Zehent- und Fronablösung betreffende Patent stieß auf keine erkenntliche Gesinnung, vielmehr auf das Begehren, statt weniger als vorher, jetzt entschieden gar nichts mehr zu leisten. In den beiden Vierteln ob und unter dem Manhartsberg mußte man 1847 den Widerspenstigen, welche die Frondienste verweigerten, mit militärischer Gewalt begegnen.“ Auch aus der Bauernschaft zuckten die ersten Feuerzeichen der unvermeidlichen Revolution.

In allen Klassen und Schichten der vormärzlichen Gesellschaft war also reichlich Sprengstoff angehäuft, und mit Recht konnte der liberale Freiherr Andrian-Werburg 1841 in seiner jenseits der Grenze erscheinenden Mahnschrift „Oesterreich und dessen Zukunft“ feststellen: „So wie es jetzt ist, kann es in Oesterreich nicht bleiben — von dieser Ueberzeugung ist daselbst alles, die Regierung sowohl als die Regierten, durchdrungen — und diese einzige Tatsache würde hinreichen, um die Umwälzung herbeizuführen, welche sicherlich, und zwar binnen kurzer Zeit, erfolgen muß.“ Der Sprengstoff lag in allen Klassen und Schichten — aber die Kräfte, die ihn zur Explosion brachten, die der revolutionären Bewegung den Anstoß, die Schwungkraft und die Größe gaben, waren die Arbeiter und die Studenten.

In Wien und Niederösterreich, in Böhmen, Mähren

und Schlesien gab es vor 1848 schon ein zahlreiches Industrieproletariat. Es lag auf ihm nicht nur die ganze schauerliche Misere der frühkapitalistischen Zustände, sondern auch der Fäulnisdunst der Feudalordnung, die nicht mehr leben konnte und doch nicht starb, die mit qualvoller Langsamkeit in Verwesung und Zersetzung überging. Viele Arbeiter in den Bergwerken, in den Textilbetrieben der Gutsbesitzer waren noch keine freien Lohnarbeiter, sondern mittelalterliche Fronknechte. Weit verbreitet war die Heimarbeit unfreier Bauern und verelendeter Handwerker. Die meisten Textilfabriken standen in Verbindung mit Zwangsarbeitshäusern und Kinderhäusern, die ihnen die nötigen Arbeitshände „lieferten“. Schon 1762 wurden auf kaiserliche Weisung in allen Provinzen solche Arbeitshäuser errichtet, in denen man Bettler, Landstreicher usw. konzentrierte, um sie zur Arbeit zu „erziehen“. Noch ergiebiger für die Unternehmer waren die Kinderhäuser, deren Aufgabe es noch im 19. Jahrhundert war (außer in Wien und Prag), die Nachfrage der Fabrikanten nach Arbeitskräften zu befriedigen. Die Arbeitszeit für Kinder betrug 12 bis 14 Stunden. Weit mehr als 50 Prozent der Arbeiter, vor allem der niederösterreichischen Textilindustrie, waren Frauen und Kinder. Das Fabrikssystem mit seinen Maschinen und seiner Frauen- und Kinderarbeit war für die Heimarbeiter und vor allem für die Handspinner mörderisch. Noch bis zum

Ende des 18. Jahrhunderts gab es in Niederösterreich 100.000 Handspinner, aber schon 1811 waren es nur mehr 8000. Außerdem wurden, wie wir schon erwähnten, immer mehr Handwerker in das Proletariat hinabgeschleudert. Große Massen von Erwerbslosen zogen kreuz und quer durch das Land, bettelten und hungerten sich durch, bildeten wohl auch gemeinsam mit entlaufenen Fronbauern Räuberbanden, vermehrten in den Städten das wachsende Elendsheer. In allen Ländern waren die Anfänge des Kapitalismus durch ähnliche Verhältnisse gekennzeichnet; aber in Oesterreich kam noch hinzu, daß die reaktionäre, industriefeindliche Wirtschaftspolitik der Habsburger die Verfaulung der Feudalordnung zwar nicht aufzuhalten vermochte, aber den Aufstieg des Kapitalismus verzögerte und verschleppte und dadurch einen besonders breiten und abflußlosen Morast des Elends erzeugte. Ein Ausdruck der Lähmung jeglicher Initiative war auch die verschwindend geringe Bautätigkeit und ein Wohnungselend, das ebenfalls über das Maß der für den Frühkapitalismus charakteristischen Zustände hinausging. Wien hatte im Jahre 1795 ungefähr 200.000 Einwohner, im Jahre 1848 waren es schon 450.000. Allein von 1827 bis 1847 war Wien um 123.000 Einwohner, das heißt um 42,5 Prozent, aber nur um 900 Häuser, das heißt um 11,4 Prozent, gewachsen. Der Wohnungszins war unerschwinglich, und der Haß gegen die „Hausherren“,

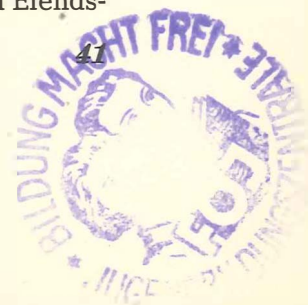
der zum Beispiel in den Komödien *Nestroys* urwüchsig hervorbricht, war eine allgemeine Erscheinung. Das Wohnungselend der Arbeiter wurde von dem Nationalgardisten Anton Langer in seiner 1848 herausgegebenen Kampfschrift „Kasernen für die Arbeiter!“ eindrucksvoll dargestellt. Es heißt in dieser Schrift:

„In einer weitentlegenen Vorstadt, nahe an der Linie, vielleicht ja sehr häufig außerhalb der Linie, erhebt sich ein niedriges Gebäude. Elende, kleine, niedere Zimmer, deren Atmosphäre von aufgehängter Wäsche, dem aus der Küche hineinschlagenden Rauch, durch unreine kleine Kinder usw. vergiftet, nasse Wände, gebrochene Fenster, durch die der Wind hineinpeift, ein Plafond, der bald den Staub herunterfallen läßt, wenn ein Wagen vorbeirasselt, bald wieder den Regen durchsickern läßt, elende, zerbrochene Möbel, ein Tisch, ein paar Stühle, ein, höchstens zwei Betten, das ist der Palast des braven Mannes, der als unterstes Glied im Staate auch zugleich das breiteste, festeste ist. Und für diese elende Baracke — ich hätte bald gesagt Wohnung — zahlt er 60, 70 auch 80 Gulden Zins. Zusammengepfercht mit Weib, Kind, häufig auch mit Bettgehern, kann er sich kaum bewegen; wohin er sein Auge wendet, leuchtet ihm das Bild seines Elends entgegen. . . . In dieser unreinlichen, übelriechenden, von Ungeziefer wimmelnden Wohnung soll er schlafen, sich ausrasten. . . . Bei Tagesanbruch

muß er auf, denn eine Stunde, oft mehr vergeht, bis er von seiner Wohnung zu dem Ort seiner Arbeit gelangt. . . . Ein Drittel seines Lohnes zum wenigsten muß der Arbeiter für den Zins erübrigen.“

Das Proletariat des österreichischen Vormärz, in dumpfem Elend und politischer Unwissenheit dahinlebend, kannte nicht nur keinerlei Organisation, sondern war auch seiner Struktur nach keineswegs einheitlich. Es gab im wesentlichen drei Schichten: die Handwerksgesellen, die Fabrikarbeiter und die großen Massen der Gelegenheitsarbeiter, der Erwerbslosen und Deklassierten.

Die Handwerksgesellen, in zünftlerischen Vorstellungen befangen, waren dennoch für politische Fragen am empfänglichsten und hatten in ihrer Wanderzeit (obwohl es ihnen strengstens verboten war, durch die „sozialistisch verseuchten“ Länder Schweiz, Frankreich zu walzen) da und dort sozialistische Ideen aufgeschnappt. Außerdem gab es bei den Buchdruckern die ersten Ansätze einer Organisation, einen Unterstützungsverein, der allerdings mehr auf Betreiben der Unternehmer als der Gesellen selbst zustande gekommen war. Die Handwerksgesellen waren im Jahre 1848 die ersten, die sich politisch im „Ersten allgemeinen Arbeiterverein“ zusammenschlossen. Trotzdem bildeten nicht die Handwerksgesellen, sondern die Fabrikarbeiter und die aus dem Elends-





heer der Deklassierten hervorgegangenen Erdarbeiter die proletarische Kerntruppe der Revolution. Die Fabrikarbeiter, die sich 1848 unmittelbar nach den Handwerksgesellen im „Radikalen liberalen Verein“ organisierten, vertraten am konsequentesten ein revolutionär-demokratisches Programm, entfalteten eine systematische Agitation für die demokratische Republik und waren am einheitlichsten in ihren Anschauungen, am festesten in ihren Aktionen. Sie waren mit einem erbitterten Maschinensturm in den Kampf eingetreten, wuchsen aber sehr bald über dieses Stadium hinaus und wurden zu den Fahenträgern der bürgerlich-demokratischen Revolution; erfüllt von revolutionärem und proletarischem Instinkt, haben sie sich trotzdem nicht zu klarem Klassenbewußtsein durchgerungen. Der Maschinensturm der Fabrikarbeiter im März 1848 war nicht der erste Ausbruch des proletarischen Zornes in Oesterreich. Schon 1844 hatten die böhmischen Textilarbeiter sich gegen die Einführung einer neuen Maschine in den kleinen Kattundruckereien erhoben. In Prag, Leitmeritz, Königgrätz, Reichenberg und anderen Städten wurden die neuen Maschinen zertrümmert. Tausend Arbeiter, die mit Weib und Kind nach Prag marschierten, wurden von Polizei und Militär mit Salven empfangen. 1846 kam es zu neuerlichen Unruhen der Textilarbeiter, die abermals blutig niedergeworfen wurden. Die Jahre 1846 und 1847 waren schwerste Krisen- und Hunger-

jahre: Mißernte, Teuerung, Betriebseinstellungen, Massenarbeitslosigkeit. Zuckungen der Anarchie gingen durch das sieche Gesellschaftssystem. Bäcker- und Fleischerläden wurden geplündert, und da noch immer keine Revolution den vergifteten Organismus reinigte, brachen aus allen Poren Oesterreichs Straßenraub, Bettelei, Prostitution, Verbrechen und Verzweiflung. Das hilflose Regime versuchte, mit Wohltätigkeitsausspeisungen über die gesellschaftliche Katastrophe hinwegzukommen, und der Gedanke von Notstandsarbeiten wurde erwogen. Im Jahre 1848 organisierte man solche vollkommen unproduktive Notstandsarbeiten, und so entstand in Wien das Heer der Erdarbeiter, das militärisch gegliedert war und unter der Führung von Studenten der Technik eine vehemente Kraft der Revolution darstellte. Die Erdarbeiter, aus verschiedensten Schichten und Nationalitäten bunt zusammengewürfelt, waren politisch ohne feste Orientierung, aber bis zum Äußersten kampftenschlossen, eine starke Waffe in der Hand einer zielbewußten Führung.

Eben daran aber sollte es mangeln. Die führende Rolle in der Wiener Revolution spielten die Studenten, die Söhne der Fabrikanten und Kaufleute, der Handwerker und der Bauern, um deren Sache es ging. Die Studenten empfanden unmittelbar die wirtschaftliche, politische und intellektuelle Misere, die das Regime dem ganzen Land auferlegte. Die meisten

von ihnen waren bettelarm, vor allem die Bauernsöhne und die Söhne der kleinen jüdischen Händler und Hausierer. Ueber das Elend der Studenten schrieb Anton F ü s t e r, der katholische Geistliche, der an der Revolution tätigen Anteil nahm, in seinen Memoiren: „Ich habe zwar oft von der Armut gehört, die unter Studenten herrschte, hätte sie mir aber nie so groß vorstellen können. Es übersteigt diese Armut jeden Begriff. . . . Nicht wenige Studenten gab es, welche wochenlang keine warme Speise genossen, deren einzige Nahrung Brot und Wasser war. . . . Von anderen Entbehrungen in Kleidung, Wäsche usw. nicht zu sprechen, erwähnen wir die Wohnung vieler armer Studenten: finstere, feuchte, im Winter nicht geheizte Kellerlöcher, alles eher als Menschenwohnungen zu nennen, waren ihre Behausungen. Wenn die Collegien und die öffentlichen Bibliotheken ihnen nicht ein Asyl gewährten, würden sie im Winter vor Kälte zugrunde gehen müssen. Wir kannten einen Studenten, der gar kein Quartier hatte, sondern im Winter in den Heuschubern, Wagenremisen und Scheunen weit außer der Stadt wohnte, und im Sommer, wenn es nicht regnete, unter freiem Himmel schlief. . . . Die meisten Armen fand man verhältnismäßig unter den Juden. Den jüdischen Studenten standen die gewöhnlichen Erwerbsquellen der Studenten, die sogenannten Instruktionen, das Lektionengeben, wegen des Religionsvorurteils nicht in dem Maße offen als den

christlichen Studenten, von denen übrigens auch nicht sehr viele reichlich damit versehen waren.“

Und diese Armut war außerdem mehr oder minder hoffnungslos. Es gab in dem Oesterreich Metternichs kaum eine Chance für einen jungen Intellektuellen. Bestenfalls konnte er durch Protektion im Staatsapparat unterkommen, als kleiner Beamter zwischen Akten und Schikanen vertrocknen. Die freien Berufe, Aerzte, Advokaten usw., waren zum größten Teil ein Elend in Permanenz, das obendrein noch „standesgemäße“ Fassade erforderte. Für unternehmende und wagemutige junge Intellektuelle bot der gehemmte, mehr vorwärtskriechende als vorwärtsschreitende Kapitalismus nur geringe Möglichkeiten. Und schließlich litt die intellektuelle Jugend mehr als jede andere Gesellschaftsschichte unter der geistigen Absperrung und Verödung Oesterreichs, unter der Stickluft der Zensur, der „staatserhaltenden“ Unfreiheit, Unbildung und Unwissenheit. Die Herrschaft der Geheimen Staatspolizei, die in jeder harmlosen Zusammenkunft von Schriftstellern eine „jakobinische“ Verschwörung witterte, die mit einem ungeheuren Apparat von Spitzeln, Naderern und Provokateuren die ganze Gesellschaft durchschnüffelte und terrorisierte, die wie ein Schwarm von Schmeißfliegen den Kadaver der Feudalordnung bedeckte, reizte auch den friedfertigsten Oesterreicher zur Empörung. Die Zensur, die von den Werken

der deutschen Klassiker bis zu den Grabschriften auf den jüdischen Friedhöfen alles „bearbeitete“, die keinen Hauch des europäischen Geistes hereinließ und den Idiotismus zur höchsten Bürgerpflicht machte, war imstande, sogar brave Hofräte zu Rebellen aufzustacheln. Und dazu der erbärmliche Schullehrer in den ein- bis zweiklassigen „Privatschulen“ und den drei- bis vierklassigen Hauptschulen, durch ein Schulgesetz gekennzeichnet, in dem es heißt: „Die wichtigste Person für jede Schule ist der Ortsseelsorger; erstens als Religionslehrer, zweitens als moralisches Muster, drittens als unmittelbarer Vorgesetzter und Aufseher des Schullehrers.“ Die Lehrer wurden lediglich auf Vorschlag der kirchlichen Behörden angestellt. Die Masse der Bauern bestand aus Analphabeten.

Für die Studenten war die Zertrümmerung dieser unerträglichen Zustände eine Lebensfrage. Schon in der vorrevolutionären Zeit gab es viele Studentenzirkel, in denen man heimlich die verbotenen Bücher las (vor allem Börne und Heine), in denen man leidenschaftlich diskutierte und die Mitglieder beauftragte, „ins Volk zu gehen“ und den Geist einer neuen Zeit zu verbreiten. Besonders die Bauernsöhne und die jüdischen Studenten waren an der Universität der Gärstoff der demokratischen Revolution, und besonders die medizinische Fakultät wurde zum Zentrum der fortschrittlichen Bestrebungen. In den Stu-

denten wirkte noch ungebrochen der revolutionäre bürgerliche Geist, der schöpferische Optimismus einer aufsteigenden Klasse, das gemeinsame Interesse aller Volksschichten am Sturz des Feudalismus, am Sieg der Demokratie. Sie waren noch frei von dem beschränkten und ängstlichen Egoismus ihrer Väter, die vor dem kräftigen Atem der demokratischen Revolution erzitterten, die von der vollen bürgerlichen Freiheit eine Gefährdung des bürgerlichen Eigentums befürchteten, die von Anfang an bestrebt waren, sofort einen Schutzwall gegen die Arbeiter zu errichten. Die demokratische Revolution in Mitteleuropa, fünfzig Jahre nach der großen Französischen Revolution, trat schon unjung, grämlich und philiströs auf die Bühne der Ereignisse, zerfurcht von den Widersprüchen der kapitalistischen Gesellschaft, und nur in den Studenten war sie noch jung, hatte sie noch die volle Leuchtkraft einer großen geschichtlichen Idee. Der jugendliche Schwung der Studenten und die unbeugsame Tapferkeit des Proletariats gaben der bürgerlich-demokratischen Revolution in Oesterreich den Glanz einer tragischen Schönheit und Leidenschaft, die moralische Größe in all der politischen Unerfahrenheit und Hilflosigkeit.

Die Studenten waren in keiner Weise auf die führende Rolle vorbereitet, die ihnen zufiel, da es an jeder anderen Führung mangelte. Sie waren erfüllt von den allgemeinen Ideen der Demokratie, aber

es fehlte ihnen nicht nur an Erfahrung, sondern auch an einer geschlossenen politischen Weltanschauung, an theoretischen Grundlagen, an Klarheit über Weg und Ziel, und so blieb die Revolution ohne die Führung, deren sie bedurfte. Man darf nicht übersehen, was es für die große bürgerlich-demokratische Revolution in Frankreich bedeutet, daß ihr gewaltige geistige Auseinandersetzungen vorangingen, Montesquieu, Voltaire, Rousseau, die Enzyklopädisten. Die verschiedenen Klassen und Schichten der Gesellschaft traten theoretisch gerüstet in den Kampf, die großen philosophischen Systeme und Programme wurden zu strahlenden Fackeln in den Händen der Parteien und Volkstribunen. Ganz anders in Oesterreich: die Klassen und Schichten der modernen Gesellschaft traten theoretisch und politisch vollkommen ungeschult aus dem Grabgewölbe der Metternich-Zeit, wußten nur in ganz allgemeinen Zügen, was sie eigentlich wollten, und standen zögernd und ratlos den aufgewühlten Problemen gegenüber. Alles war dem Instinkt, dem Gefühl, dem Augenblick, der politischen Improvisation überlassen, und schließlich war es nur die anfangs überrumpelte und angstschlotternde Reaktion, die einen strategischen Plan ausarbeitete und mit ihrer spitzbübischen Geschicklichkeit, mit ihrer schmutzigen Routine die Revolution zu Fall brachte, in den Untergang hineinmanövrierte.

Es sind daher keine überragenden Gestalten, keine

mächtigen Volkstribunen, in denen sich die österreichische Revolution des Jahres 1848 verkörperte, es ist das namenlose, das unsterbliche Volk, es sind die anonymen Arbeiter und Studenten, die in der geschichtlichen Erinnerung weiterleben. Aus den Reihen der Studenten erheben sich einzelne über ihre Umgebung, Persönlichkeiten, wie der junge Bauernführer Kudlich, die unter anderen Bedingungen wahrscheinlich Größeres geleistet hätten. Die Namen der von der Reaktion ermordeten Märtyrer Blum, Becher, Jellinek werden nicht in Vergessenheit geraten; aber wer an das Wien von 1848 denkt, der denkt vor allem an das namenlose, an das unsterbliche Volk. Am ersten Tag das Volk, das aus der Erde die Steine reißt, um wie ein junger Riese mit ihnen die Reaktion niederzuschmettern, am letzten Tag das Volk, das noch einmal versucht, die Revolution wachzutrommeln, aber sie liegt schon sterbend in ihrem Blut — das sind die Bilder, die sich unauslöschlich dem Bewußtsein einprägen.

In seinen Erinnerungen „Die soziale Geschichte der Revolution in Oesterreich“ erzählt Ernst Violand von einem riesenhaften Arbeiter, den er am ersten Tag des Aufstandes sah, „mit einem an allen Seiten geflickten Rock, der ihm sicher nicht angemessen und für ihn nicht gemacht worden war. . . Er bewegte sich, die schmutzige Kappe kühn auf ein Auge gedrückt, mit geballten Fäusten, mit leuchtendem Blick, rück-

wärts gebogener Haltung, ganz schlagfertig wie zum Kampf herausfordernd, mitten durch die Straße gegen das Ständegebäude hin. In den rückwärtigen Taschen mußte er eine Menge Steine als Munition tragen, denn sein Rock war straff am Rücken gespannt, und man sah ihm an, daß er sich Gewalt antat, um nicht von der Last der Taschen rückwärts gezogen zu werden.“ So fing es an, am 13. März. Und wie es endete, am 31. Oktober, berichtet Moritz Hartmann in seinen Erinnerungen: „Auf dem Bauernmarkt hörten wir plötzlich die Lärmtrommel, die durch den Donner der Kanonen, das Platzen der Bomben und fallenden Schutt einen wahrhaft unheimlichen und zugleich sehr aufregenden Schall hören ließ. Auf dem Hohen Markt sahen wir, woher der Schall kam. Dieser Platz war leer und öde, wie um diese Zeit alle Gassen und Plätze; die Einwohner hatten sich in die Keller geflüchtet oder hielten sich in den innersten Räumen der Häuser, wo sie sich vor den Kugeln sicher wähnten. Ueber den großen, menschenleeren Platz schritt ein einziger, ungefähr fünfzigjähriger Proletarier; vor ihm ging ein kleiner, vielleicht zehnjähriger Proletarierjunge. Der Junge trug eine große, schwarzrotgoldene Fahne, der Alte schlug die Trommel. Er sah nicht rechts, er sah nicht links, die Bomben flogen über seinen Kopf, sie platzten vor ihm, hinter ihm; er schritt vorwärts, gemessenen Ganges, und schlug den Generalmarsch; und er schlug, als wollte er eine gestorbene Welt aus

dem Totenschlaf wecken. Und der Junge mit der Fahne ging ruhig vor ihm, und der Alte schlug und schlug. Wir blieben starr bei diesem Schauspiel, und Tränen traten uns in die Augen. ‚Lieber Freund‘, sagten wir endlich, ‚lassen Sie das, es ist alles aus!‘ — ‚Nein!‘, antwortete der Alte, ‚sie müssen heraus, sie müssen noch einmal heraus, die Sache darf nicht verloren sein!‘ — So sprechend, ging er immer weiter und schlug die Trommel, daß sie den Kanonendonner überschallte, und der Knabe trug ruhig seine Fahne und sah nach allen Seiten, ob sie nicht kommen. Sie kamen nicht.“

Ein Arbeiter ging voran am 13. März 1848, und ein Arbeiter schlug als letzter noch die Trommel am 31. Oktober — und zwischen diesem Anfang und Ende liegt die bürgerlich-demokratische Revolution in Oesterreich.

## II

### DIE REVOLUTION IN WIEN

Die revolutionäre Explosion der vormärzlichen Zustände in Oesterreich war unvermeidlich. Sie wurde durch die Februarrevolution in Frankreich und durch den Ausbruch der nationalrevolutionären Energien in Ungarn ausgelöst. Am 13. März 1848 wurden mit einem Schlag sämtliche Klassen und Schichten des Volkes aus den „Beinkammern“ des Metternichschen Systems emporgeschleudert, und die Wucht dieses ersten Stoßes der ohne irgend welche Vereinbarungen zu einer einzigen Lavamasse zusammengeballten Bürger und Bauern, Studenten und Arbeiter war so ungeheuer, daß das alte Regime buchstäblich über Nacht zusammenkrachte. Im grellen Lichte des jähren Sieges standen alle Klassen und Schichten des Volkes, die bisher ohne Bewußtsein ihrer Kraft dahingedämmert hatten, einander gegenüber.

Im Landhaus in der Herrengasse traten an diesem Tag die Stände zusammen. In den zwei Vereinigungen, in denen die Bourgeoisie sich zusammenfand, im

Niederösterreichischen Gewerbeverein der Fabrikanten und im Juridisch-politischen Leseverein der bürgerlichen Intelligenz und Beamtenschaft, waren am 13. März Besprechungen vorangegangen. Die Bourgeoisie forderte politische Reformen, Teilnahme an der ständischen Vertretung in den Landtagen, Abschaffung der Zensur, Veröffentlichung des Staatsbudgets. Einige liberale, mit dem Kapitalismus verbundene Großgrundbesitzer erklärten sich bereit, diese gemäßigten Forderungen im Landtag zu vertreten. Eine Petition wurde vorbereitet, in der es hieß: „Die periodische Berufung eines alle Länder der Monarchie sowie alle Klassen und Interessen der Völker vertretenden Körpers mit dem Rechte der Steuerbewilligung und der Kontrolle des Finanzhaushaltes sowie der Teilnahme an der Gesetzgebung kann allein der Dynastie und dem Staat neue Kraft verleihen.“ Gleichzeitig wurde in der Hofburg ein Kabinettschreiben entworfen, in dem der Kaiser erklärte, er habe beschlossen, „aus allen Provinzen ständische Mitglieder, und zwar aus jedem Stande ein Mitglied, nach Wien zu berufen und sie mit einem Regierungskomitee in Berührung zu bringen, damit sie mit demselben in Ansehung ihrer ständischen Verhältnisse in Rücksprache träten“. Es sollte also eine armselige Vereinbarung zwischen dem feudal-absolutistischen Regime und der schüchtern anklopfenden Bourgeoisie zustande kommen.

Unterdessen hatten aber auch die Studenten leidenschaftliche Beratungen abgehalten und eine Adresse angenommen mit der Forderung nach weitgehenden bürgerlich-demokratischen Freiheitsrechten: Freiheit der Presse und der Rede, des Lehrens und des Glaubens, allgemeine Volksvertretung und deutsche Bundesreform. Die Professoren der Universität wurden vom Hof beauftragt, um jeden Preis die Absendung dieser Adresse zu verhindern. Die Studenten blieben fest, und schließlich erklärten sich zwei Professoren bereit, die Adresse an den Kaiserhof weiterzuleiten. Am 13. März erwarteten die Studenten die Berichterstattung. Als die Professoren ohne Antwort zurückkehrten, beschlossen die Studenten, zum Landhaus zu marschieren.

Schon am Vorabend waren Mitglieder der Studentenzirkel zu den Handwerkern und Arbeitern der Vorstädte und zu den Weinbauern gegangen, um dort Verbündete zu gewinnen. Der Funke zündete augenblicklich. Von Dorf zu Dorf flog der bäuerliche Beschluß, die Robotleistungen einzustellen, und Gruppen von Bauern machten sich auf, um in Wien ein kräftiges Wort mitzusprechen. Noch viel durchschlagender war die Wirkung in den Vorstädten: in allen Fabriken wurde am 13. März die Arbeit niedergelegt, die Arbeiter bewaffneten sich mit Eisenstangen und anderen Werkzeugen und traten den Marsch nach Wien an; unzählige Handwerker, Gesellen und Meister,

wurden mitgerissen. Die zu Tode erschrockene Wiener Bourgeoisie ließ sofort die Stadttore schließen, Geschütze auffahren, und Schulter an Schulter mit dem habsburgischen Militär „verteidigten“ Mitglieder des Bürgerkorps die Mauern der Stadt gegen das Volk der Vorstädte. Nur einige hundert Arbeiter fanden Einlaß und konnten zum Landhaus vordringen. Sie kamen zur rechten Zeit.

Das in der Herrengasse wartende Volk war noch unsicher, unschlüssig. Der Sekundararzt Adolf Fischhof hielt eine Ansprache, die erste öffentliche Rede in Oesterreich. Er sagte: „Wir haben heute eine ernste Mission zu erfüllen. Es gilt, ein Herz zu fassen, entschlossen zu sein und mutig auszuharren. Wer an diesem Tag keinen Mut hat, gehört in die politische Kinderstube . . .“ Er forderte Pressefreiheit, Gewissensfreiheit, Geschwornengerichte. Er ließ seine Ansprache in den Worten ausklingen: „Oesterreich und seine glorreiche Zukunft hoch!“ Das war alles ganz gut, die Zuhörer waren begeistert, aber sie wußten nicht, was weiter geschehen sollte. Schließlich forderte der junge Arzt Josef Goldmark die Menge auf, in den Sitzungssaal des Landhauses einzudringen und die Stände zu einer Tat zu nötigen. Fischhof stellte sich an die Spitze, aber in dem feierlichen Gebäude entstand wieder Unsicherheit, und der Vorschlag tauchte auf, eine Deputation in den Sitzungssaal zu entsenden.

In diesem Augenblick wehte der Atem herein, der

das zaghafte Feuer anfachte; die als Flugschrift gedruckte Rede, die der ungarische Volkstribun Kossuth im ungarischen Reichstag gehalten hatte, wurde von Hand zu Hand weitergegeben und endlich mit lauter Stimme vorgelesen. Das war die Sprache, die Stimme der Revolution: „Ja, auf uns ruht der schwere Fluch eines erstickenden Qualms. Aus den Beinkammern des Wiener Systems weht eine verpestete Luft uns an, die unsere Nerven lähmt, unseren Geistesflug bannt.“ Die Worte mußten unter leidenschaftlichem Beifall wiederholt werden; und während auf der Gasse die neugierigen Bürger mehr und mehr den entschlossenen Arbeitern und Handwerkern der Vorstädte Platz machten, fand die Rede Kossuths immer stärkeren Widerhall: „Widernatürliche politische Systeme können sich, ich weiß es wohl, eine Zeitlang erhalten, denn zwischen der Geduld der Nationen und ihrer Verzweiflung ist ein langer Weg. Aber es gibt politische Systeme, die durch lange Dauer an Kraft nicht gewinnen, sondern verlieren, und endlich kommt der Augenblick, wo es gefährlich wäre, sie noch länger aufrecht halten zu wollen; ihr langes Leben hat sie zum Tode reif gemacht.“ Da klang der drohende Ruf in den Ständesaal: „Nieder mit Metternich! Nieder mit Erzherzog Ludwig! Nieder mit der Regierung!“ Der Saal wurde gestürmt. Durch die Stadt zogen Arbeiter, brachen sich Bahn, forderten den Sturz Metternichs und des verhaßten Polizeichefs Sedl-



n i t z k y. Die Regierung ließ Truppen aufmarschieren. Das Militär wurde von den Volksmassen mit Schreien, Pfeifen und Zischen empfangen. Die Arbeiter gingen den Soldaten entgegen, riefen ihnen zu: „Schießt nicht auf eure Brüder!“ Die Führer der Studenten hatten am Morgen noch nicht an Revolution gedacht; jetzt wurde ihnen klar, daß sie nicht mehr zurück konnten, daß sie siegen mußten, daß alles darauf ankam, die Ereignisse weiterzutreiben. Kudlich schrieb in seinen Erinnerungen: „Es mußte allen daranliegen, erstens soviel Teilnehmer und Mitschuldige als möglich zu gewinnen, und zweitens in den übrigen Klassen der Bevölkerung und des Arbeiterstandes sich einen Stützpunkt zu verschaffen.“ Vor dem Landhaus wurden italienische Grenadiere zum Angriff gegen die Wiener vorgejagt. Die Arbeiter und Studenten warfen sich ihnen entgegen. Die ersten Salven schlugen in die Menge. Die von Erzherzog Albrecht kommandierte Soldateska veranstaltete hierauf mit Kolben und Bajonetten eine blutige Metzelei.

Da erhob sich Wien, führerlos, mit elementarer Leidenschaft. Die „gemütliche Kaiserstadt“ wurde mit einem Schlag zur Stadt der Barrikaden, zur Stadt des unwiderstehlichen Volksaufstandes. Daß auf das waffenlose Volk geschossen worden war, erbitterte auch die behutsamsten Bürger. Der verwundete Kudlich erzählt, wie er zu dem reichen Bürger Eltz heimkehrte, bei dessen Kindern er Hofmeister war, und wie der be-

häßige Patrizier sich ingrimmig aufrichtete: „Geschossen haben sie auf euch? Jetzt dürfen wir keine Geduld mehr haben. Es muß Ernst gemacht werden. So darf man mit uns nicht umspringen.“ Er ließ sich das Gewehr bringen, das er einst als Freiwilliger gegen Napoleon getragen hatte, und alarmierte seine Freunde vom Bürgerkorps. Die Bourgeoisie griff zu den Waffen und warf sich in den Strom der Revolution. Aber die Entscheidung brachten die Arbeiter. Das Bürgerkorps hatte sie am Vormittag an den Stadttoren mit Salven und Geschützen empfangen. Am späteren Nachmittag gelang es ihnen, einige Stadttore aufzubrechen. Das Proletariat aus den „bloßfüßigen Gründen“, aus Fünfhaus, Sechshaus und anderen Vorstädten, trat in den Straßenkampf. Die proletarischen Barrikaden waren widerstandsfähiger als die bürgerlichen. Auf diesen Barrikaden entstand die Einheitsfront, das Kampfbündnis zwischen Arbeitern und Studenten. Die Kämpfe wurden immer erbitterter, immer blutiger. Trotzdem gewann allmählich das Militär die Oberhand.

In der Nacht aber siegte die Revolution — durch den Flammenkreis, den das Proletariat rings um Wien gezogen hatte. Tausende Arbeiter, denen es nicht gelungen war, in die Stadt einzudringen, entfesselten in den Fabriken den Maschinensturm. In einer Fabrik sagten die Arbeiter dem Unternehmer: „Sechs Wochen haben wir kein Brot, die Maschinen sind daran schuld.“

Wir kommen, sie zu zerstören. Leisten Sie uns keinen Widerstand, so wird außer den Maschinen nichts beschädigt werden.“ Viele Fabriken wurden angezündet, ebenso die Wohnhäuser verhaßter Fabrikanten, ebenso die verabscheuten Mauthäuser, diese Wahrzeichen des Mittelalters. Die Gasrohre wurden aufgerissen und angezündet, hochauf loderten die grellen riesigen Gasflammen. Vor diesen Flammen kapitulierte das verfaulte Regime. In der Nacht mußte Metternich zurücktreten. Er hatte verächtlich von einem „Krawall“ gesprochen. Ein Deputierter des Bürgerkorps hatte ihm geantwortet: „Durchlaucht, das ist kein Krawall, das ist eine Revolution!“ Die Flammen rings um Wien verkündeten auch den Erzherzögen und Exzellenzen: Ja, das ist die Revolution. Die Aktion aller Klassen von der Bourgeoisie bis zum Proletariat hatte den Umschwung herbeigeführt, aber schon in der ersten Nacht war der Bruch zwischen Bourgeoisie und Proletariat offenkundig. Welch ein tiefer innerer Widerspruch: während Männer des Bürgerkorps den Rücktritt Metternichs eben dadurch erreichten, daß die Nacht von Flammen erhellt war, schossen Männer desselben Bürgerkorps bis zum Morgengrauen auf die Arbeiter, von denen diese Flammen ausgingen. Kudlich hat berichtet, daß „die in den Vorstädten aufsteigenden Feuersäulen“ den Sieg des Bürgertums über den Feudalismus herbeiführten; aber es waren ja die Fabriken des siegenden Bürgertums, die dort brannten, und nach

der Freiheit greifend, zitterten sie um ihr Eigentum. Die Bourgeoisie dankte ihren Sieg dem Proletariat — aber sie dankte mit Schüssen und Verwünschungen, und der Patrizier, der gegen die Soldateska zum Gewehr gegriffen hatte, bat noch in derselben Nacht um die Hilfe der Soldateska gegen das Proletariat.

Immerhin: trotz dem ersten blutigen Zusammenstoß zwischen Bourgeoisie und Proletariat zertrümmerte die gemeinsame Aktion des Volkes in den Märztagen das feudal-absolutistische Regime. Die Bürger und die Studenten bildeten bewaffnete Formationen, die Bürger die Nationalgarde, die Studenten die Akademische Legion. Die Manöver des geschlagenen Regimes, das Zeit zu gewinnen und das Volk hinzuhalten versuchte, wurden vereitelt. Metternich und Erzherzog Albrecht flüchteten aus Wien. Die geplante Errichtung einer Militärdiktatur unter dem Kommando des Fürsten Windischgrätz scheiterte. Schritt für Schritt mußte die Regierung die Zensur aufheben, die volle Pressefreiheit bewilligen und schließlich die Forderung nach einer Konstitution, nach einer bürgerlich-parlamentarischen Verfassung, befriedigen. Das Manifest des Kaisers, in dem die Konstitution zugesagt wurde, war allerdings noch reichlich gewunden und weit entfernt von wirklichen demokratischen Zugeständnissen. Es lautete: „Wegen Einberufung von Abgeordneten aller Provinzialstände und der Zentralkon-

gregationen in der möglichst kürzesten Frist mit verstärkter Vertretung des Bürgerstandes und unter Berücksichtigung der bestehenden Provinzialverfassungen zum Behufe der Konstitution des Vaterlandes ist das Nötige verfügt.“ Da war keine Rede von Wahlen zu einer konstituierenden Nationalversammlung, keine Rede von einer wirklichen demokratischen Volksvertretung; lediglich der Bourgeoisie wurde der Antrag gemacht, durch „Vereinbarungen“ an der politischen Macht teilzunehmen und „unter Berücksichtigung“ der mittelalterlichen Ständeordnung neben den Gutsherren Sitz und Stimme zu erhalten. Doch der Wortlaut kaiserlicher Manifeste war im Augenblick nicht entscheidend, sondern entscheidend war, daß das Volk sich Bewegungsfreiheit erkämpft hatte, daß die Klassen die volle Möglichkeit hatten, sich politisch zu organisieren, daß sie über bewaffnete Formationen und über alle Mittel der freien Agitation verfügten. Es mußte sich zeigen, welchen Gebrauch sie davon zu machen verstanden, mit welcher Kraft und mit welchem Tempo es ihnen gelang, die Revolution fortzusetzen und zu vollenden.

Die Gruppierungen und Forderungen der verschiedenen Klassenkräfte begannen nur allmählich klarere Formen und festere Gestalt anzunehmen. Die Luft der Freiheit war ungewohnt, der Boden des offenen politischen Kampfes unerforscht. Die Zeitungen, die hintereinander herauskamen, waren ein Spiegelbild der all-

gemeinen politischen Unerfahrenheit; sie gaben mehr Stimmung als Programm, mehr radikale „Opposition“ als politische Perspektiven. Die Bourgeoisie stand hinter der neuen Regierung, die einen matt liberalen Anstrich hatte, und wollte möglichst rasch „geordnete Zustände“ herbeiführen, ihren gesicherten Platz in einer etwas modernisierten Monarchie einnehmen und die Arbeiter von jedem politischen Einfluß ausschalten. Die reaktionären Adels- und Hofkreise trachteten, sich mit der Bourgeoisie zu verständigen, wobei sie hofften, mit sehr geringfügigen Zugeständnissen ihr Ziel zu erreichen. Auf der anderen Seite schlossen sich die Kleinbürger, die Studenten und die Arbeiter enger zusammen. Die Bauern hatten in allen Ländern die Robotleistungen eingestellt, aber nur sehr vereinzelt erhoben sie sich gegen die Gutsherren. Es entstanden keine revolutionären Bauernorganisationen wie einst in den Tagen des großen Bauernkrieges, und die reaktionären „Landstände“, also die weltlichen und kirchlichen Großgrundbesitzer, gingen daran, sich auf eigene Faust mit den Bauern „auszugleichen“, mit ihnen Vereinbarungen über eine „Ablöse“ des Frondienstes und des Zehents zu treffen. Die Arbeiter und Gesellen, unterstützt von den Studenten, forderten verkürzte Arbeitszeit, Festsetzung eines Minimallohnes, Einschränkung des Lehrlingsunfugs, der Frauen- und Kinderarbeit, Fürsorge für Kranke und Invalide, zum Teil auch Lohn-

erhöhung. Für die Erwerbslosen wurden staatliche und kommunale Erdarbeiten eingeführt. Die Handwerker, deren Verelendung reißend zunahm, beanspruchten staatliche und kommunale Unterstützung, billige Darlehen, Herabsetzung der Mietzinse und heckten zum Teil romantisch-zünftlerische, undurchführbare Pläne aus.

Alles befand sich in einer brodelnden, vielfältigen Bewegung, wobei sich das Fehlen einer zielklaren revolutionären Führung immer deutlicher bemerkbar machte. Die Reaktion meinte daher, man könne das Volk durch einen politischen Handstreich überrumpeln. Einzelne ständische Körperschaften hatten Deputierte nach Wien entsandt, die einen sogenannten „Zentralausschuß“ bildeten und gemeinsam mit der Regierung einen Entwurf einer sogenannten „Konstitution“ ausarbeiteten. Diese „Konstitution“ wurde am 25. April von der Regierung proklamiert. Nicht nur die Tatsache dieser Proklamierung über den Kopf des Volkes hinweg, sondern auch der Inhalt der „Konstitution“ war eine Verhöhnung der Demokratie. Im wesentlichen sollte die alte ständische Gesellschaft aufrecht bleiben. Von der Bauernbefreiung wurde nicht mit einer Silbe gesprochen. Einem gewählten Abgeordnetenhaus sollte ein ernanntes Herrenhaus gegenüberstehen. Das Wahlrecht war an einen Steuerzensus geknüpft, der die Massen des Volkes von den Wahlen ausschloß. Außerdem sollte dem Monarchen

das absolute Vetorecht gegen jeden Beschluß der Kammer zustehen. Im ersten Augenblick kam es den politisch unerfahrenen Volksmassen gar nicht zum Bewußtsein, daß sie in frechster Weise geprellt werden sollten. Die Verkündung einer Konstitution wurde als großer Fortschritt begrüßt und die Regierung hielt den Staatsstreich für gewonnen. Aber sie hatte die Wiener bei weitem unterschätzt.

Schon am nächsten Tag erhob sich von allen Seiten ein Sturm des Protestes, und im Kampfe gegen den Anschlag der Regierung verdichteten sich die demokratischen Stimmungen zu klaren demokratischen Forderungen: Allgemeines, gleiches Wahlrecht, nur eine einzige Abgeordnetenkammer. Souveränität des Reichstages, Einberufung eines konstituierenden Reichstages. Die Komitees der Studenten, der Arbeiter und der Kleinbürger, die Akademische Legion und die kleinbürgerlichen Abteilungen der Nationalgarde schlossen sich enger zusammen und mobilisierten das Volk gegen die Regierung und die hinter ihr stehende Hofkammer. Die Regierung antwortete mit einer Drohung und mit einem unbedeutenden Zugeständnis; sie machte den durch und durch reaktionären Grafen B a i l l e t - L a t o u r, einen Anhänger der Militärdiktatur, zum Kriegsminister und erließ eine provisorische Wahlordnung, die zwar den Wahlzensus beseitigte, aber die Arbeiter von den Wahlen ausschloß. Dadurch hoffte sie einen Keil zwischen Arbeiter und

Kleinbürger hineinzutreiben. Aber das Kampfbündnis aller Volkskräfte wurde noch fester, die demokratische Bewegung noch einheitlicher. Auch Teile der Bourgeoisie wurden mitgerissen, und der Studentenausschuß, die Akademische Legion und die Nationalgarden bildeten gemeinsam ein Politisches Zentralkomitee zur Organisierung des demokratischen Volkskampfes.

Am 13. Mai trat das Politische Zentralkomitee zusammen. Der Regierung war es gelungen, die Nationalgarden der inneren Stadtbezirke, die wohlhabenden Bürger, zu sich herüberzuziehen, und der Kommandant der Nationalgarde, Graf Hoyos, erklärte durch einen Tagesbefehl vom 13. Mai das Zentralkomitee mit dem Wesen der Nationalgarde für unvereinbar. Auch die Regierung weigerte sich, das Zentralkomitee anzuerkennen und Graf Latour zog Truppen in Wien zusammen. Die Studenten antworteten am 14. und 15. Mai mit Sturmversammlungen und alarmierten das Volk. Am 15. Mai marschierten die Akademische Legion und die meisten Nationalgarden zur Burg, wo das Kabinett zu einer Beratung zusammengetreten war und forderten die Zurückziehung des Tagesbefehls, die Anerkennung des Zentralkomitees, das allgemeine und gleiche Wahlrecht, die Einberufung eines konstituierenden Reichstages. Die Forderungen wurden zuerst abgelehnt, aber das Volk blieb fest. Die Herrschenden mußten erkennen: das war nicht mehr die unsichere, unorganisierte, vor

sich selber erschrockene Revolution, die ihnen im März entgegengetreten war, das war nicht mehr das allgemeine, verschwommene Gefühl: „Es muß anders werden in Oesterreich!“, das war schon der geformte Wille einer den Kinderschuhen entwachsenen demokratischen Volksbewegung. Nicht mehr die zaghafte, nach Kompromissen ausgehende Bourgeoisie, sondern die radikalen Kleinbürger, die Handwerker, die Studenten, und an ihrer Seite die Arbeiter, standen an der Spitze dieser Bewegung. Es war der Atem einer plebejischen, jakobinischen Erhebung, der den Herren in der Hofburg entgegenschlug. Die Regierung kapitulierte, der Kaiser unterschrieb: Einberufung eines konstituierenden Reichstages, Wahlen ohne Einschränkungen. Am nächsten Tag trat die Regierung zurück. Am 17. Mai wurde der Kaiser, der „Trottel“, wie seine Schwägerin Sophie, die Mutter Franz Josefs, ihn nannte, von seinen Ratgebern in einen Wagen gesetzt, um hinaus ins Grüne zu fahren. Die „Spazierfahrt“ endete erst in Innsbruck. Der Kaiser war aus dem revolutionären Wien geflohen, wie einst Ludwig XVI. aus dem revolutionären Paris. Aber das Wien von 1848 hat keinen Danton, keinen Robespierre hervorgebracht.

Die reaktionären Hofkreise, die den schwachsinnigen Ferdinand nach Tirol verschleppten, hatten im wesentlichen richtig gerechnet. Die Bourgeoisie zitterte: die

„Kaiserstadt“ ohne Kaiser, hinter dem leeren Thron das Gespenst der „roten Republik“. Auch ein Teil des Kleinbürgertums war beunruhigt; die meisten der kleinbürgerlichen Wiener waren keineswegs Republikaner, in vielen von ihnen wirkte das Schlagwort: „die kaiserlose, die schreckliche Zeit“. Und sogar in den Reihen der Demokraten fehlte es an der Entschlossenheit, den Augenblick wahrzunehmen und die Ereignisse zielbewußt weiterzutreiben.

Die offizielle „Wiener Zeitung“, hinter der die Männer vom Gewerbeverein und vom Leseverein standen, schrieb in einem provokatorischen Artikel: „Des Kaisers Abreise wäre die Flucht Ludwigs XVI. und der letzte Tag seines Hierseins wäre der erste Tag der Republik! Der Kaiser kann nicht nur in Wien bleiben, er muß in Wien bleiben!“ Die Bourgeoisie hetzte gegen die „roten Republikaner“ und trachtete eine Panik hervorzurufen. Die Börse wurde am 18. Mai geschlossen, ein Run auf die Kassen und Banken setzte ein, der Sturz der Wertpapiere sollte den Bürgern den „Sturz der Ordnung“ vor Augen führen. Die Reaktion griff zu dem altbewährten, schon von Metternich angewandten Mittel, geheimnisvolle „ausländische Sendboten“, Schweizer, Ungarn, Italiener, Polen und selbstverständlich Juden „ruchloser Verschwörungen gegen den Bestand Oesterreichs“ zu bezichtigen und verschärfte die Handhabung der Fremdenpolizei. Das „drohende Chaos“ wurde in grel-

len Farben ausgemalt, und es gelang in der Tat, das rebellische Wien vorübergehend einzuschüchtern. Viele der unerfahrenen Führer der demokratischen Bewegung hielten es für zweckmäßig, vor der Entscheidung zurückzuweichen, anstatt politisch und propagandistisch zum Angriff überzugehen. Becher, Tausenau und andere demokratische Journalisten gaben einen Aufruf heraus, in dem sie vorschlugen, man möge den Erzherzog Johann bitten, „das Staatsruder provisorisch zu ergreifen und die Monarchie dem Abgrunde zu entreißen, der sie zu verschlingen droht“. Andererseits begannen gerade in diesen Tagen manche der jungen Demokraten deutlicher als zuvor zu erkennen, um welche große Entscheidungen es ging; die Monarchie mußte fallen, die demokratische Republik war das von der Geschichte vorgezeichnete Ziel.

Zwei demokratische Journalisten, Leopold Häfner, der Herausgeber der „Constitution“, und Josef Tuvora, der Herausgeber des „Freimütigen“, fuhren am 18. Mai in einem Einspanner in die Vorstädte, um die Arbeiter und kleinen Handwerker zum Kampfe für die Republik aufzurufen. Häfner forderte die Errichtung einer provisorischen Regierung mit diktatorischen Vollmachten; diese Regierung müsse sofort Abordnungen an das ungarische Ministerium, an den Slawenkongreß in Prag, an die Mailänder provisorische Regierung entsenden, um alle Völker Oesterreichs zu einem

Völkerkongreß nach Wien einzuladen. Diese improvisierte Aktion, eine Mischung von durchaus richtigen revolutionären Zielsetzungen und von Nestroys „Revolution in Krähwinkel“, hatte keinen Erfolg. Die Arbeiter waren mißtrauisch und befürchteten eine Provokation. Die wunderliche Gestalt des buckligen, von Leidenschaft übersprudelnden Häfner wirkte nicht verbend. Man fragte ihn, woher er komme, in wessen Namen er spreche. Die meisten Arbeiter kannten ihn nicht und erwiderten ablehnend, sie müßten sich erst in der Universität erkundigen, ohne ihre Brüder, die Studenten, würden sie nichts unternehmen. In Mariahilf wurden die beiden Journalisten verprügelt. Polizei griff ein und die Fahrt der beiden verunglückten Volkstribunen endete im Gefängnis. Die Regierung war sehr zufrieden, die Herausgeber der radikalsten demokratischen Zeitungen hinter Schloß und Riegel zu haben.

Aus dem eigenbrötlerischen Versuch, Hals über Kopf und gleichsam hinten herum die Republik zu proklamieren, war eine Posse geworden. Aber aus der Posse wurde zur Ueberraschung der Reaktion das Vorspiel einer neuen revolutionären Erhebung. Die demokratischen Zeitungen schlugen Alarm und forderten die sofortige Freilassung der Verhafteten. Die „Constitution“, von dem Studenten Max Gritzner und dem alten Freiheitskämpfer Ludwig Hauk geleitet, führte eine Sprache wie nie zuvor, erklärte sich unumwunden für „die Zertrümmerung

Oesterreichs, die Vereinigung Deutsch-Oesterreichs mit Deutschland und für die Republik“. Wenige Tage später stürmten Arbeiter und Studenten unter der Führung Gritzners die Wohnung des Innenministers Pillersdorf und erzwangen die Freilassung Häfners und Tuvoras.

Was war in diesen Tagen geschehen? Die Reaktion hatte zu früh triumphiert. Das erste Zurückweichen der Demokraten ausnützend, hatte sie die Unterordnung der Nationalgarde unter das Militärkommando gefordert und die Verhängung des Standrechtes angedroht. Die Grafen Hoyos und Wilczek waren aus Innsbruck zurückgekehrt und hatten im Namen des Kaisers die Auflösung der Akademischen Legion verlangt. Am 24. Mai erklärte der Unterrichtsminister die Hochschulen für geschlossen; Frequentationszeugnisse wurden nur gegen Waffenrückgabe erteilt. Ermutigt durch die Selbstauflösung des Politischen Zentralkomitees, beschloß das Kabinett, die Studenten zu überrumpeln, die Universitäten zu besetzen und die Akademische Legion über Nacht aufzulösen. Am 26. Mai erschien Graf Colloredo in der Aula der Universität und proklamierte die Auflösung der offiziell unter seinem Kommando stehenden Akademischen Legion. In der Nacht waren schon Plakate gedruckt worden, die das Standrecht verkündeten. Aber noch in derselben Nacht hatten die Arbeiter der

Buchdruckereien die Studenten von dem geplanten Anschlag verständigt, und die Lettern wurden in Kugeln umgegossen. Die Studenten lösten die Legion nicht auf, sondern riefen sie zu den Waffen. Die Arbeiter von Wien zogen zur Universität, um die Studenten zu unterstützen. Aus den Vorstädten, aus den Umgebungsorten marschierten die kleinbürgerlichen und proletarischen Nationalgarden von allen Seiten heran, und vergeblich bemühten sich Agenten der Regierung und der Kirche, sie durch Bestechung und Propaganda gegen die Studenten aufzuwiegeln. Auf den Bahnhöfen wurden die Schienen aufgerissen, um die Heranziehung von Militär zu verhindern, und abermals wurde Wien zur Stadt der Barrikaden. Die Hofkamarilla hatte erwartet, die monarchistische Stimmungsmache habe den revolutionären Willen der „Kaiserstadt“ eingeschläfert, die Drohung mit „Chaos“ und Standrecht habe das Volk eingeschüchtert — und nun stand das Volk auf den Barrikaden, den Finger am Abzug des Gewehrs, zum Kampf auf Tod und Leben entschlossen.

Zu diesem Kampf jedoch war die Reaktion nicht gerüstet. Die meisten verlässlichen Regimenter standen in Oberitalien, hart bedrängt von den italienischen Freiheitskämpfern. Die bewaffneten Studenten, gemeinsam mit den Vorstadtgarden und vor allem mit den 20.000 straff organisierten Erdarbeitern, waren den Streitkräften der Regierung überlegen. Ein neuer

Sieg der Revolution, im Straßenkampf errungen, mußte das Kraftgefühl, das revolutionäre Bewußtsein der Volksmassen gewaltig steigern und konnte zum Sturmsignal für ganz Oesterreich werden. Die Regierung wagte nicht, die von ihr heraufbeschworene Schlacht anzunehmen. Sie zog die Truppen zurück, sie trat in Verhandlungen mit den Führern der demokratischen Volksbewegung. Die ganze Nacht brannten in den Straßen, auf den Plätzen von Wien die Wachfeuer, die ganze Nacht blieben die Arbeiter und Studenten auf den Barrikaden. Die Zugeständnisse der Regierung waren weitgehend: sie bestätigte nicht nur alles schon früher Zugestandene, sie mußte sich auch bequemen, die tatsächliche Macht in Wien den Kampforganisationen des Volkes zu übergeben. Ein Sicherheitsausschuß der Bürger, der Nationalgarden und der Akademischen Legion wurde eingesetzt; er sollte in Wien die politische Macht ausüben und darüber wachen, daß niemand die neuen Volksrechte in Oesterreich antaste. 36 Kanonen wurden der Nationalgarde ausgefolgt. An den Stadttoren wurden neben den Wachstuben des Militärs Wachstuben der Nationalgarden eingerichtet. Es war ein großer Sieg der demokratischen Revolution, und mit Recht konnte Karl Marx in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ den zögernden Berlinern das Beispiel von Wien vorhalten: „Wie ganz anders haben sich die Wiener benommen, die Schlag



auf Schlag die Reaktion überwältigten und jetzt einen konstituierenden statt eines vereinbarenden Reichstages erobert haben.“

Ja, es war ein großer Sieg — aber die Sieger selbst verstanden nicht, was er in Wahrheit bedeutete. „In Wien wart tatsächlich die Republik, aber leider ahnte dies niemand!“, hat der Geschichtschreiber der Revolution Karl Zenker rückblickend festgestellt. Die Arbeiter ahnten etwas mehr als ihre Verbündeten, aber es waren eben nur Ahnungen, nicht klare Erkenntnisse. Als die Zugeständnisse der Regierung bekanntgegeben wurden und Studenten und Vorstadtgarden in freudiger Erregung die Barrikaden verließen, weigerten sich die Arbeiter, ihnen Folge zu leisten. Sie blieben unter Waffen, und auch die Befreiung Häfners und Tuvoras konnte sie nicht dazu bewegen, die Barrikaden zu räumen. Sie wußten nicht genau, was sie wollten, sie hatten nur das dunkle Gefühl, es sei noch nicht das Rechte getan, das bewaffnete Volk müsse noch beisammen bleiben, die Revolution dürfe sich nicht zur Ruhe begeben. Erst durch eine List gelang es dem neugebildeten Sicherheitsausschuß, die proletarische Avantgarde von der Kampfstätte hinwegzulocken. Ein feierlicher Siegeszug wurde organisiert und schließlich vor den Stadtmauern aufgelöst; die Arbeiter kehrten zurück in ihre Elendsquartiere, mit dem Ergebnis der revolutionären Maitage weniger

zufrieden als die Studenten und Kleinbürger. Trotzdem war Großes erreicht. Wenn der Sicherheitsausschuß unter dem Vorsitz von Adolf Fischhof verstand, daß er das politische Machtorgan des Volkes war, wenn er das Eisen zu schmieden wußte, solange es heiß war, dann konnte der Sieg der Mairevolution entscheidend sein. In Wien war eine Doppelherrschaft errichtet; mit einem starken Uebergewicht des Sicherheitsausschusses über die Regierung. Die Armee war weit entfernt, festgehalten in Oberitalien; die noch verfügbaren Regimenter wurden in Böhmen konzentriert, wo der Slawenkongreß zusammentrat und die demokratische Bewegung der Tschechen an Umfang und Stoßkraft zunahm. Die reaktionären Machthaber waren eingeschüchtert; ihre Strategie bestand darin, Zeit zu gewinnen, den Gegner hinzuhalten; seine Kräfte auseinanderzumanövrieren, um schließlich an irgend einer Stelle eine isolierte Volksbewegung niederzuwerfen und dadurch eine Wendung herbeizuführen. Demgegenüber war es die Aufgabe des Sicherheitsausschusses, schnell und entschlossen den Sieg auszunützen, alle revolutionären Energien sowohl der Klassen wie der Nationen zu vereinigen, auf keinen Fall der Reaktion die Initiative zu überlassen. Der Sicherheitsausschuß war dieser großen Aufgabe nicht gewachsen. Anstatt sich auf den Kampf um die Macht zu konzentrieren, verzettelte er seine Kraft in

hundert kleinen Tagesfragen, in kleinlicher Plackerei und mehr oder minder ziellosem Praktizismus. Er hatte kein klares Programm, keinen strategischen Plan, keine politische Generallinie.

Eine Episode ist kennzeichnend. Am 11. Juli berichtete der „Studenten-Courier“, daß in der Alservorstadt ein Mann verhaftet wurde, weil er es wagte, das Wort „Republik“ auszusprechen. Die Zeitung der revolutionären Studenten fügte hinzu: „Oh, Wiener, gewöhnt euch einmal an dieses Wort und verwechselt Republik nicht mit Anarchie! Nur unter einer republikanischen Verfassung kann das Heil und Glück des Volkes sich wahrhaft entwickeln.“ Am nächsten Tag brachte das Blatt einen Leitartikel: „Die Republik in Wien“, in dem der Sicherheitsausschuß mit den Worten gerühmt wurde: „Er leitet die Angelegenheiten unserer Stadt und fordert Rechenschaft über Schritte, welche das Wohl des Volkes gefährden; er stürzt sogar das Ministerium, wenn es auf der Seite der Fürsten und nicht auf der Seite des Volkes ist. Und bedenkt, Wiener, daß dieser Ausschuß ganz und gar an republikanische Verfassung erinnert, wo ebenfalls ein Ausschuß, aus gewählten Männern des Volkes bestehend, an der Spitze der Regierung steht.“ Leider waren das eben nur schöne Worte, kein entschlossener Kampf für die Republik, sondern ein vorsichtiges Zureden, daß sie ja doch nicht so schlecht sei, wie die Monarchisten behaupteten. Es war richtig: das

alte Ministerium wurde am 8. Juli gestürzt unter dem Druck des Sicherheitsausschusses. Aber das neue gebildete Ministerium war in der Tat schlimmer als das alte. Die Demokraten ließen sich durch ein liberales Aushängeschild, durch den konziliannten Innenminister Doblhoff irreführen; doch hinter diesem Innenministerium standen die erbitterten Volksfeinde, der Ministerpräsident Freiherr von Wessenberg, der Kriegsminister Graf Latour, der Justizminister Bach, die Kreaturen der konterrevolutionären Militärclique, die in dem blutigen Fürsten Windischgrätz ihr Oberhaupt erblickte. Windischgrätz hatte am 17. Juni mit Artillerie den Aufstand der tschechischen Demokraten in Prag niedergeworfen und das demokratische Wien war dem demokratischen Prag nicht zu Hilfe gekommen. Kaum bemerkt von den Wiener Demokraten, denen die Zeit der Entscheidung zwischen den Fingern zerbröckelte, verschob sich das Kräfteverhältnis immer mehr zugunsten der Konterrevolution.

Die Maientage in Wien waren der Höhepunkt der demokratischen Volksbewegung. Die Bourgeoisie, die in den Märztagen mit der Revolution marschierte, war zwar im wesentlichen auf die Seite der Reaktion übergegangen, aber Kleinbürger, Studenten und Arbeiter standen vereinigt auf der Barrikade, und ihnen half in ihrem

Rücken, freilich nicht aktiv, aber riesenhaft aufdrohend, die zahlreichste Klasse der ins Zeitalter des Kapitalismus tretenden Gesellschaft, das Bauern-tum. Im Bündnis dieser Klassen lag die Bürg-schaft des Sieges; aber nur eine entschlossene revolutionäre Politik, die Interessen dieser Klassen in zielsicheren Aktionen fest miteinander verbindend, konnte die Einheitsfront aufrecht erhalten und sie dauerhaft untermauern. Das Gegenteil geschah; die zögernde und schwankende Politik der jungen Demo-kratie ließ mehr und mehr Widersprüche zwischen den Verbündeten hervortreten.

Die Wünsche des Kleinbürgertums, seine Hoffnungen auf die Revolution, trugen in sich selbst den Widerspruch. Die Massen der vom Elend bedrohten oder schon verelendeten Handwerker und kleinen Gewerbetreibenden wollten vorwärts zur demokratischen Neuordnung und gleichzeitig zu-rück in das vergehende Mittelalter mit seinem Zünftlertum. Sie haßten den Absolutismus mit seiner feudalen Lotterwirtschaft und seiner bedrückenden Bürokratie, aber noch glühender haßten sie den auf-steigenden Kapitalismus mit seiner Forderung nach Freiheit der Industrie und Freiheit der Konkurrenz. Politisch revolutioniert und ökonomisch reaktionär, waren sie ein Träger der demokratischen Revolution und gleichzeitig eine Reserve der Konterrevolution, die ihnen die Rückkehr zur

„guten alten Zeit“ vorgaukelte. Und je weniger ent-schlossen die Revolution voranschritt, desto mehr ge-rieten sie auf die Abwege ihrer zünftlerischen Forde-rungen, die schließlich zu den Mächten der Vergangen-heit zurückführten. Schon im Juli traten in allen Län-dern „Gewerbetage“ zusammen, die gegen die Ge-werbefreiheit und für den Zunftzwang demonstrierten und den Feinden der Revolution reich-lich Gelegenheit boten, die Kleinbürger gegen die Ar-beiter und Studenten aufzubringen. Auch in Wien setzten von allen Seiten Massendeputationen der Zünftler ein, die nicht nur die Regierung, sondern auch den Sicherheitsausschuß bestürmten und endlose Diskussionen über die verworrensten Pro-gramme zur Rettung des unhaltbar gewordenen Zunft-systems hervorriefen. Einer der vielen kleinbürger-lichen Projektmacher, August Swoboda, hatte einen „Privatdarlehensverein ohne Hypothek“ aus-geklügelt, einen schwindelhaften Plan, Darlehens-kassen ohne Verzinsung für die notleidenden Hand-werker zu eröffnen. Obwohl für jeden vernünftigen Menschen einleuchtend war, daß diese Wunderkassen in kurzer Zeit zusammenbrechen mußten, klammerten sich die verelendeten Handwerker an die Erfindung des August Swoboda. Tausende Aktien wurden aus-gegeben, und einige Minister der neuen Regierung zeichneten, offenkundig aus rein demagogischen Er-wägungen, größere Beträge. Der Krach ließ nicht

lange auf sich warten; bevor wir seine politischen Konsequenzen darstellen, müssen wir, dem Zusammenhang der Ereignisse folgend, unseren Blick den Klassenkämpfen der Bauern und der Arbeiter zuwenden.

Am 22. Juli trat in Wien der demokratisch gewählte Reichstag zusammen. Nach den ersten Feierstunden der jungen Demokratie erhoben sich vor den Abgeordneten unmittelbar zwei große Fragen: die nationale Frage und die Bauernfrage. Beide Fragen standen in engem Zusammenhang. Die slawischen Abgeordneten waren die Mehrheit, und einen großen Teil dieser Mehrheit stellten die tschechischen, slowenischen, ukrainischen und polnischen Bauern. Die wenigsten von ihnen verstanden deutsch, viele waren Analphabeten — aber alle waren gekommen, um für die Demokratie zu stimmen, denn Demokratie, das war Land und Brechung der Fronknechtschaft. Ihre Wähler hatten ihnen gesagt: „Wenn ihr ohne die Bauernfreiheit aus Wien zurückkommt, werden wir euch erschlagen.“ Es war zwar schon in den einzelnen Ländern zu Vereinbarungen zwischen den Vertretern der Bauernschaft und den feudalen Landständen gekommen, und schon damals hatten die bäuerlichen Unterhändler das schwere Argument in die Waagschale geworfen: „Wenn wir mit leeren Händen ins Dorf zurückgehen, kostet es unseren Kopf — aber euren auch!“ Die Gutsherren

hatten sich zu weitgehenden Zugeständnissen bereit gefunden, und eben diese lokalen Vereinbarungen waren ein Hindernis für eine allumfassende revolutionäre Bauernbewegung. Nun aber sollte der Reichstag die Bauernfreiheit verbürgen und verbriefen, und es galt nur, die mächtigen ländlichen Reservenden der Demokratie mit dem allgemeinen revolutionären Strom zu vereinigen. Die Abgeordneten der deutschsprechenden Städte brachten jedoch den Bauern wenig Verständnis entgegen. Geringschätzig blickten sie auf die unbeholfenen Männer herab, die in ihren bunten Nationaltrachten den Geruch einer fremden Erde in den Sitzungssaal trugen. Auch für die meisten Demokraten war es eine ausgemachte Sache, daß die Slawen von Natur aus reaktionär seien — und nun gar die slawischen Bauern mit ihrer Frömmigkeit und ihren altväterlichen Vorurteilen! Die demokratischen Wiener Zeitungen höhnten über die „Majorität der Bauern“, und anstatt alles daranzusetzen, die slawischen Bauern in schärfsten politischen Gegensatz auch zu den slawischen Vertretern der Reaktion zu bringen, hat die deutsch-österreichische Demokratie in nationalem Dünkel das Gegenteil bewirkt. Der Kampf um die Verhandlungssprache, der sofort nach der Eröffnung des Reichstages entbrannte, war ein böses Vorzeichen. Die deutschsprechenden Abgeordneten wollten von der Gleichberechtigung der slawischen Sprachen nichts

wissen, die deutsche „Staatsprache“ sollte auch den Reichstag beherrschen, der zusammengetreten war, um die Demokratie zu konstituieren. Nach langen, die nationalen Leidenschaften aufwühlenden Diskussionen kam es zu einem unbefriedigenden Kompromiß. Für geregelte, objektive Uebersetzung wurde nicht gesorgt. Die slawischen Bauern waren auf höchst summarische und willkürliche Uebersetzungen angewiesen, und bei wichtigen Abstimmungen kam es vor, daß sie gegen ihre eigenen Interessen und Forderungen stimmten, weil reaktionäre Uebersetzer den Sinn einer Rede oder eines Antrages bewußt gefälscht hatten. So war es zum Beispiel bei der entscheidenden Abstimmung über den Antrag, daß die Bauern den Gutsherren keine Ablöse für die Befreiung von den Lasten des Mittelalters zu entrichten hätten; viele Bauern aus Galizien stimmten gegen den Antrag, weil sie von ihren Uebersetzern irreführt wurden, und gaben mit ihren Stimmen den Ausschlag zugunsten der Adelsreaktion.

In den Reihen der Demokraten war es der jüngste Abgeordnete des Reichstages, der kaum 25 Jahre alte Student Hans Kudlich, der die Sache der Bauern mit dem ganzen Schwung seiner Jugend und der ganzen Einsicht eines wahrhaft demokratischen Volkstribunen verfocht. Kudlich, selbst ein Bauernsohn, war allen seinen Mitkämpfern an revolutionärer Kühnheit und politischer Vernunft weit überlegen und gehört

zu den wahrhaft bedeutenden Gestalten der österreichischen Geschichte. In seiner deutschböhmisches Heimat unermüdlich bestrebt, eine feste Einheit zwischen den deutschsprechenden und tschechischen Bauern herzustellen, wurde er im Reichstag zum Sprecher aller Bauern, zum gefürchtetsten Feind aller Reaktionäre. Schon am 26. Juli stellte er den Antrag, das Untertänigkeitsverhältnis mit allen daraus entsprungene Rechten und Pflichten aufzuheben. Er forderte, daß der Reichstag sofort in die Diskussion über seinen Antrag eintrete. Die Diskussion wurde jedoch mit allen möglichen formalen Ausflüchten hinausgeschoben, bis die drohende Haltung der bäuerlichen Abgeordneten die Vertreter der Reaktion einschüchterte. Am 8. August legte Kudlich einen klar formulierten Gesetzentwurf vor und begründete ihn mit einer Rede, wie sie in Oesterreich nie zuvor gehört wurde. „Meine Herren!“ rief der junge Führer der Bauern dem Reichstag zu: „Die ganze Geschichte Oesterreichs tritt heute vor uns und fordert Genugtuung, damit die Unbilden der alten Zeit durch die Anerkennung der neuen Zeit ausgeglichen werden; sie fordert die Anerkennung Oesterreichs, daß das Volk von Oesterreich gerechter war als seine früheren unbeschränkten Herrscher! Meine Herren! Was Sie heute aussprechen sollen, ist kein Paragraph der Geschäftsordnung. Das ist die Thronrede des österreichi-

schen Volkes... Sprechen Sie ein Wort, das nicht bloß ein Wort des Friedens sein soll, sondern ein Donnerwort in die Paläste der Großen, die noch immer auf unsere Schwächen und Unentschiedenheiten fort lossündigen!“

Aber der Wiener Reichstag von 1848 war nicht die französische Nationalversammlung von 1789, die in der ewig denkwürdigen Nachtsitzung vom 4. August einstimmig die Befreiung der Bauern proklamierte. Es war seit dieser weltgeschichtlichen Nacht nicht nur ein halbes Jahrhundert vergangen, in dem die Beziehungen der Klassen wesentlich komplizierter geworden waren, sondern es fehlte dem Wiener Reichstag auch der Hintergrund der Einstimmigkeit vom 4. August 1789: der Feuerring der lodernen Adelsschlösser, in Brand gesteckt von rächenden Bauernhänden. Es war die Rede eines französischen Bauern, die damals die Entscheidung herbeiführte. Die wichtigsten Sätze dieser Rede lauteten: „Ein allgemeiner Schrei läßt sich vernehmen. Sie haben keinen Augenblick zu verlieren. Jeder Tag Aufschub führt neue Brände herbei. Wollen Sie Ihre Gesetze erst einem verwüsteten Frankreich geben?“ Diese Sprache wurde von allen verstanden, und sogar die Gutsherren stimmten mit zitternder Erregung für das Ende ihrer Fronherrschaft. Auch die Wiener Märzrevolution hat, wie Kudlich später berichtete, durch „die in den Vorstädten aufsteigenden Feuer-

säulen“ gesiegt; doch keine Feuersäulen stützten seinen Antrag für die unverzügliche Bauernbefreiung.

Die Diskussionen schlepten sich hin. Die Vertreter des Adels, der Kirche und der Bourgeoisie redeten endlos über einzelne Paragraphen und Formalitäten — und inzwischen waren ihre Agenten in den Provinzen eifrig am Werk, um in jedem einzelnen Land zu bindenden Sondervereinbarungen mit den Bauern zu gelangen, wobei sie gegen den Reichstag hetzten, der die Bauern an der Nase herumführe und sich auf den kaiserlichen Hof beriefen, der angeblich in väterlicher Fürsorge darauf dränge, die gerechten Wünsche des Landvolkes zu befriedigen. Die Reaktion hatte begriffen, daß sie die Bauern aus der Fronknechtschaft entlassen mußte, um nicht alles zu verlieren. Für die Gutsherren spitzte sich alles auf die Frage zu, von den Bauern eine möglichst große Entschädigung für die preisgegebenen Privilegien herauszupressen. Und diese Frage: „Geldablöse oder entschädigungslose Befreiung“ rückte auch im Reichstag immer mehr in den Mittelpunkt. Die Bauern aller Nationalitäten standen wie ein Block hinter Kudlich, der die entschädigungslose Befreiung forderte. Ein Bauer aus Kärnten sagte: „Eine namentliche Abstimmung verlange ich, damit man auch weiß, wer diese Unterdrücker noch in Zukunft unterstützen will, und der Untertan es erfahre, wer ihm noch ferner eine ungerechte Steuer abpressen will.“ Ein Bauer aus Böh-

men rief: „Die Köpfe jener, die für die Entschädigung stimmen, sind nicht mehr wert, als die anatomischen Anstalten für sie bezahlen!“ Ein ukrainischer Bauer schilderte mit leidenschaftlichen Worten das schreckliche Regime der Gutsherren und streckte die geballte Faust in den Saal: „Und für diese Mißhandlungen sollen wir jetzt noch eine Entschädigung leisten? Ich sage nein! Die Peitschen und Knuten, die sich um unsere Köpfe und um unsere geschundenen Körper gewickelt haben, damit sollen sich die Herren begnügen, das soll ihre Entschädigung sein!“ Das waren aufrüttelnde Worte — aber hinter den Worten erhob sich nicht die Tat. Die Demokraten, von denen nur Kudlich die ganze Bedeutung der Bauernfrage erfaßte, hatten es verabsäumt, aufs flache Land hinauszugehen, um die Bauern aufzurufen, zu einigen, zu mobilisieren. Kudlich war der einzige, der verstand, daß die Revolution der Bauern als mächtige Rücken- deckung bedurfte und daß unendlich viel davon ab- hing, die Bauernfrage unlösbar mit den politischen Fragen der Demokratie zu verknüpfen. Es ist auch ihm nicht gelungen. In der Abstimmung am 30. August wurde die Untertänig- keit der Bauern einstimmig aufgehoben. Der Antrag auf entschädigungslose Befreiung wurde mit einer Mehrheit von vier Stimmen abgelehnt. Wir haben schon erwähnt, daß die Stimmen bewußt irreführter galizischer Bauern den Ausschlag gaben.

Am 24. September veranstalteten die Bauern einen Fackelzug für den jungen Volkstribunen. Aus ganz Oesterreich kamen Bauerndeputationen, um Kudlich zu danken und ein Bekenntnis zur Freiheit abzulegen. Kudlich war von schweren Sorgen erfüllt. Er ahnte, daß die Revolution einem Kampf auf Tod und Leben entgegenging, und verstand, daß die Bauern im wesentlichen befriedigt waren, daß von ihnen, solange ihre ureigenste Errungenschaft nicht bedroht wurde, aktive politische Unterstützung wohl kaum mehr zu erwarten war. Es klang wie eine tragische Beschwö- rung, als er ihnen zurief: „Seid wachsam! Und wenn der Löwe der Aula (die revolutionäre Studentenschaft) wieder ruft bei nahender Gefahr, so laßt die Flammen- zeichen leuchten von Berg zu Berg. Ihr werdet kommen. Ihr werdet kommen und nicht dulden, daß man die Studenten überfalle und, über ihre Leichen schrei- tend, die junge Freiheit vernichte!“ Das Gelöbnis der Bauern verhallte in der Dunkelheit. Als einen Monat später die Revolution in Wien zum letztenmal auf der Barrikade stand, kam keine Bauernhilfe. Die Konter- revolution war klug genug, den Bauern ihre revolu- tionären Errungenschaften feierlich zu garantieren. Und die Revolution hatte nicht rechtzeitig alle Kräfte, Kleinbürger, Bauern und Arbeiter, zum entscheidenden politischen Sturm gegen die um Zeitgewinn ringende Reaktion zusammengefaßt. Es wäre falsch, den Bauern daraus einen Vorwurf zu machen, wie verbitterte de-

mokratische Geschichtschreiber es nachträglich getan haben; die geschichtliche Schuld lag bei jenen, die in ihrer revolutionären Strategie dem Bündnis mit den Bauern nicht den gebührenden Platz einräumten.

Nach dem Sieg der Mairevolution in Wien und zum Teil unter dem Eindruck der Klassenkämpfe in Frankreich begannen die fortgeschrittensten Arbeiter sich zu eigenen Organisationen zusammenzuschließen. Als am 24. Juni die Nachricht von dem blutigen Verat der französischen Bourgeoisie, von der Niedermetzelung der Pariser Arbeiter durch die Garden Cavaignacs eintraf, griffen die Arbeiter von Wien zu den Waffen und zogen in die Stadt. Ihr revolutionärer Instinkt, ihr gefühlsmäßiger Internationalismus sagte ihnen, daß die Pariser Ereignisse für die Arbeiter, für die demokratischen Kräfte aller Länder eine ernste Warnung waren. Die städtische Nationalgarde ließ gegen die Arbeiter Geschütze auffahren und trat ihnen an den Stadtlinien drohend entgegen. Die Studenten griffen vermittelnd ein und bewogen die Arbeiter, sich zurückzuziehen. Am selben Tag wurde der „Erste allgemeine Arbeiterverein“ gegründet. In ihm schlossen sich vor allem die Handwerksesellen zusammen. An seiner Spitze stand der vielgereiste, urwüchsig begabte Schustergeselle Friedrich Sander. Der Verein hatte bald 2000 Mitglieder. Sein Programm enthielt die allgemeinen demokrati-

schen Forderungen. Wenige Tage später entstand der „Radikale liberale Verein“, in dem sich unter der Leitung des klugen und energischen Dr. Chaises die Fabrikarbeiter organisierten. Das Programm der Fabrikarbeiter war die demokratische Republik. Die schlagkräftigste proletarische Organisation waren jedoch die 20.000 von der Gemeinde Wien besoldeten Erdarbeiter, zu straffen Kolonnen unter der Führung junger Techniker zusammengefaßt. In ihnen erblickte die Bourgeoisie die größte Gefahr, dieser entschlossenen Armee der Revolution das Rückgrat zu brechen, war der nächste Plan der neuen „liberalen“ Regierung.

Am 18. August setzte der neue Arbeitsminister Ernst von Schwarzer den Taglohn der Erdarbeiter um fünf Kreuzer herab. Schwarzer hatte als Herausgeber der „Allgemeinen österreichischen Zeitung“ den unbestechlichen Demokraten gespielt und die Bourgeoisie war anfangs gegen ihn mißtrauisch. Um so eifriger war er bemüht, seine „Loyalität“ und seinen Eifer im Dienste der „Ordnung“ zu beweisen. Die Ausgaben für die unproduktiven Erdarbeiter waren zweifellos eine finanzielle Belastung; aber daß es sich nicht um Finanzfragen, sondern um Machtfragen handelte, ging schon daraus hervor, daß der Justizminister Bach unmittelbar nach der Lohnkürzung erklärte, das Ministerium werde „anarchische und republikanische Bewegungen“ nicht dulden.



Die kleinbürgerlichen Demokraten erkannten zu wenig die wirkliche Absicht und meinten, fünf Kreuzer seien kein politisches Kampfbjekt. Der „Arbeiterkönig“ — so nannte sich der zwanzigjährige Student Willner, der im Sicherheitsausschuß die Arbeiter zu vertreten hatte — und seine Freunde aus der Akademischen Legion und den Vorstadtgarden trachteten die erbitterten Erdarbeiter zu beschwichtigen. Sie warnten vor ernsthaftem Widerstand und betonten ihre „Neutralität“ in diesem Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Die Erdarbeiter wehrten sich zuerst mit dem scharfen Witz, der in Oesterreich stets eine Waffe des Volkes war. Sie veranstalteten im Prater eine satirische Leichenfeier für den Arbeitsminister. Ein Lehmopanz mit Kreuzerstücken im Munde wurde aufgebahrt und in einer Grabrede wurde verkündet: „Viere hat er verschluckt, beim fünften ist er erstickt.“ In der Brigittenau wurden drei Gräber ausgehoben, im mittleren wurden fünf Kreuzer beerdigt, für deren „arme Seelen“ die Arbeiter bei den Zuschauern Spenden einsammelten. Die Gräber rechts und links blieben offen; „für die Stadtgardisten“, erklärten die Arbeiter. Hinter dem Spott erhob sich drohende Kampfentschlossenheit. Am 23. August bewegte sich von den Praterauen ein solcher Leichenzug gegen die Innere Stadt. Auf einem Esel schwankte eine Lehmfigur, ein Fünfkreuzerstück zwischen den Lippen geklemmt, und auf

der Brust einen Papierstreifen mit der Aufschrift: „Der Fünfkreuzerminister“. Hinterdrein marschierten Arbeiter, Frauen und Kinder mit Schaufeln und Krampen. Am Praterstern traten bewaffnete Stadtgarden den demonstrierenden Erdarbeitern entgegen und forderten, daß der Zug sich sofort auflöse. Als die Demonstranten sich weigerten, eröffneten die Bürgergarden das Feuer gegen das waffenlose Proletariat. Die berittenen Bürgeröhne hieben auf die Flüchtenden ein, töteten Männer, Frauen und Kinder und kehrten mit erbeuteten Fahnen zurück, mit den „Fahnen des 26. Mai“, wie sie prahlerisch triumphierten. Die Schlächter zogen als Sieger durch die Jägerzeile (Praterstraße). Die Frauen der Bourgeoisie winkten aus allen Fenstern, warfen den Siegern Blumen zu und grüßten sie mit Applaus und Jubelgeschrei. Es war die Revanche der Bourgeoisie für die Mairevolution. Blutatmend hatte die Kluft zwischen den Klassen sich aufgetan.

Der Schlag der Konterrevolution gegen das Proletariat hatte schwerwiegende Folgen für die kleinbürgerliche Demokratie. Der Innenminister schrieb einen drohenden Brief an den Sicherheitsausschuß, in dem es hieß, daß „die gegenwärtigen außerordentlichen Umstände die Konzentrierung der exekutiven Verwaltung in den Händen des Ministeriums nötig machen“. Die Beseitigung der verhassten Doppelherrschaft wurde gefordert. Im Lager

des Kleinbürgertums herrschte Verwirrung. Zwar schrieben die demokratischen Zeitungen leidenschaftliche Artikel gegen die „Menschenjagd“ und brandmarkten die Bestialität der Stadtgarden; zwar gingen die demokratischen Journalisten Jellinek und Stifft, die bisher an der Zeitung Schwarzers mitgearbeitet hatten, zur Zeitung Bechers über, zum „Radikalen“, und Stifft veröffentlichte einen Artikel, in dem er sagte: „Wenn ein ‚Demokrat‘ Arbeiter schlachten läßt, dann ist die Ministerbank nicht besser als die Bank, die den Galeerensträfling trägt!“ — aber die Taten entsprachen nicht den Deklamationen. Die verängstigten Kleinbürger überhäuften die Studenten mit Vorwürfen. Und als der Sicherheitsausschuß am 25. August zusammentrat, beschloß er nach einer erregten Auseinandersetzung, sich selber aufzulösen. Es war eine schwere, demütigende Niederlage der kleinbürgerlichen Demokratie, die gemeint hatte, in einem Kampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat „neutral“ bleiben zu können.

Die Bourgeoisie griff energisch zu, und 10.000 Erdarbeiter wurden aus Wien entfernt, entweder zur Armee eingezogen oder per Schub in die Provinz befördert. Die wichtigste organisierte Kraft der Revolution war mehr oder minder zerschlagen, die Machtverhältnisse hatten sich entscheidend zugunsten der Reaktion verschoben. Die kleinbürgerlichen Demokraten aber verstanden noch immer nicht

das Wesen des Klassenkampfes. Am 28. August war Karl Marx in Wien angekommen, um in den Arbeitervereinen eine Reihe von Vorträgen zu halten. Als er in einer Versammlung des Vereins der Fabrikarbeiter feststellte, daß die Augustereignisse den Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat bedeuteten, trat ihm Jellinek heftig entgegen. Die Zeitung Bechers, „Der Radikale“, berichtete am 30. August über diese Versammlung, daß ein Antrag gestellt worden war, eine Deputation an — den Kaiser zu schicken mit der Bitte, den Arbeitsminister abzusetzen. In dem Bericht heißt es dann weiter: „Herr Marx meinte, es sei gleichgültig, wer Minister sei; denn es handle sich jetzt auch hier — wie in Paris — um den Kampf zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat. Seine Rede war geistvoll, scharf und belehrend. Herr Jellinek suchte Herrn Marx zu widerlegen. Er setzte die Wiener Verhältnisse den französischen scharf gegenüber. Daraus ergab sich ihm der Unterschied. Er wies auf eine überzeugende Weise nach, daß der Wiener Arbeiter keine soziale Anschauung habe, daß er in der Augustbewegung sich nur um fünf Kreuzer geschlagen habe.“ In dieser verächtlichen Bemerkung „Nur um fünf Kreuzer!“ offenbarte sich die ganze politische Ahnungslosigkeit der kleinbürgerlichen Demokraten. Gewiß: die Wiener Erdarbeiter waren noch nicht zu klarem, proletarischem Klassenbewußtsein erwacht, und für sie ging es un-



mittelbar um eine Lohnforderung, aber für die Bourgeoisie war der Kampf um die „fünf Kreuzer“ ein Kampf um die Macht, ein Angriff gegen die Revolution. Das haben zu ihrem Unheil die demokratischen Kleinbürger nicht verstanden. Es scheint, daß die Fabrikarbeiter den Gedanken von Karl Marx mehr Verständnis entgegenbrachten. In seinem Bericht vor dem Komitee des Kölner Arbeitervereins hat Karl Marx „die ausgezeichnete Rolle“ hervorgehoben, „die die Arbeiter in der neuesten Wiener Revolution spielten“. Karl Marx ist am 7. September wieder aus Wien abgereist.

Die Augustereignisse in Wien waren ein entscheidender Schritt auf dem Wege zur Konterrevolution. Der erste Wendepunkt war der 17. Juni, der Tag, an dem Windischgrätz den Aufstand der tschechischen Demokraten niederwarf. Dann kam der 25. Juli, der Tag von Custozza, der Sieg der schwarzgelben Armee unter der Führung Radetzky's über die nationale Erhebung in Italien. Der nächste Schritt war der Kampf „nur um fünf Kreuzer“, der mit der Zersprengung der proletarischen Kerntruppe der Wiener Demokratie und mit der Auflösung des Sicherheitsausschusses endete. Am 12. August hatte die Reaktion im Bewußtsein ihrer zunehmenden Stärke den Kaiser nach Wien zurückgeführt. Am 4. September wurde der General der kroatischen Konterrevolution, Jellačić wieder in Amt und Würden eingesetzt.

nachdem der kaiserliche Hof ihn vorher im Gefühl seiner Schwäche kaltgestellt hatte. Am 9. September wurde in Wien die erste schwarzgelbe Fahne gehißt, auf dem Redaktionsgebäude der „Geißel“ in der Tuchlauben. Am 11. September marschierte Jellačić mit seiner Armee gegen das revolutionäre Ungarn. Am gleichen Tage kam es in Wien zu einem Sturm des Kleinbürgertums gegen die Regierung. Diesmal ging es nicht um die fünf Kreuzer der Arbeiter, sondern um die fünf Gulden der kleinen Handwerker und Gewerbetreibenden. Wir haben schon von der wunderbaren Darlehenskasse des August Swoboda berichtet. Nun war es so weit, daß der Schwindel zusammenkrachte. Die Wunderaktien sanken ins Bodenlose, die betrogenen Kleinbürger forderten, daß der Kaiser die Bürgschaft für die Darlehenskasse des August Swoboda übernehme. Als der Kaiser ablehnte, wandten die Einleger sich an den Wiener Gemeindevorstand. Am 11. September waren Tausende erbitterter Handwerker und Kleinunternehmer zu einer Trauerfeier für die im August ermordeten Arbeiter zusammengeströmt. Nach der Trauerfeier drangen sie in den Saal des Gemeindevorstandes und drohten, alles krumm und klein zu schlagen. Dann wandte sich die Wut gegen den Innenminister; seine Wohnung wurde gestürmt, er selber konnte sich vor den Fäusten des Volkes retten. Abermals griffen die bürgerlichen Stadtgarden

zu den Waffen — diesmal nicht gegen das Proletariat, sondern gegen das Kleinbürgertum. Zu schießen wagten sie nicht, denn hinter dem Kleinbürgertum standen die bewaffneten Studenten und Vorstadtgarden. Am 12. und besonders am 13. September wiederholten sich die kleinbürgerlichen Unruhen. Die Massen forderten den Rücktritt der drei verhaßten Männer der Regierung, des Kriegsministers Latour, des Justizministers Bach und des Arbeitsministers Schwarzer. Die Erregung steigerte sich, als in der Sitzung des Reichstags ein reaktionärer Abgeordneter aus Tirol den Antrag stellte, der Armee Radetzky's den Dank auszusprechen. In diesem Augenblick entstand eine Einheitsfront der deutschösterreichischen Demokraten und der slawischen Abgeordneten. Die Regierung begriff die Gefahr, die ihr drohte; sofort erschien der Kriegsminister Latour vor dem Reichstag und teilte mit, von der Akademischen Legion würde der Sturz der Regierung und die Sprengung des Reichstages vorbereitet. Der Zweck wurde nur zum Teil erreicht; auf den Antrag der Linken erklärte sich der Reichstag einstimmig für permanent. Als nun aber die Linke forderte, die Regierung dürfe ohne Gutheißung des Reichstages keine Maßnahmen ergreifen, gelang es der Reaktion, die Abstimmung zu verschleppen. Unterdessen hatte die Regierung eiligst Militär zusammengezogen. Eine demokratische Sturmpetition für die Wiedererrichtung des Sicherheitsausschusses

wurde auseinandergelacht. Auf der Straße standen Volk und Armee einander gegenüber. Aber die Führer der Demokratie hatten nicht die Kraft und Entschlossenheit, die verworrene kleinbürgerliche Bewegung zu einer einheitlichen Aktion zusammenzufassen. Die proletarischen Kampfscharen waren empfindlich geschwächt und standen zum Teil auch grollend im Hintergrund. In den Reihen des Kleinbürgertums herrschte seit den Augusttagen ein gereiztes Durcheinander. Die Reaktion handelte einheitlicher und zielbewußter. Sie unterstützte im Reichstag einen Antrag, den notleidenden Handwerkern durch einen Kredit von zwei Millionen Gulden auszuhelfen: Ein Akt der Wohltätigkeit an Stelle eines politischen Entschlusses. Die Kleinbürger verliefen sich. Der Reichstag erklärte seine Permanenz für aufgehoben, und die Abgeordneten gingen schlafen. Es war eine neue empfindliche Schlappe für die Demokratie.

Die Demokraten begannen den Ernst der Lage zu erkennen. Sie rückten enger zusammen und bildeten ein „Zentralkomitee der radikalen Vereine“. Auf der Gegenseite wurde der „Constitutionelle monarchische Verein“ gegründet. Am 15. September waren alle Schaufenster der Inneren Stadt schwarzgelb dekoriert. Die Söhne der Bourgeoisie trugen schwarzgelbe Bänder im Knopfloch, die Fiaker auf dem Hut. Schwarzgelbe Fahnen wurden ausgehängt. Und mancher schwankende Kleinbürger ver-

drückte sich aus den Reihen der Demokratie und schimpfte gemeinsam mit den Schwarzgelben auf die „Juden, Studenten und Arbeiter“.

Am 19. September kamen Abgesandte der ungarischen Revolution nach Wien, um den Reichstag und das Volk zu Hilfe zu rufen. Die Mehrheit des Reichstages faßte den Beschluß, die Deputation nicht vorzulassen; den Ausschlag gaben die slawischen Abgeordneten, es war die Rache der Slawen an den magyrischen Unterdrückern, eine Rache freilich, die nicht nur Budapest traf und Wien, sondern schließlich auch Prag und Agram. In einer Volksversammlung gelobten die Wiener Demokraten, den Freiheitskampf der Ungarn zu unterstützen. Es war eine Geste, keine Tat.

Das demokratische Wien hatte die Initiative aus der Hand gegeben. Die Kräfte der Demokratie hatten im Mai und Juni ihre geschichtliche Chance nicht ausgenützt. Sie hatten im August ihre proletarischen Verbündeten im Stich gelassen. Sie hatten das Eisen nicht geschmiedet, solange es heiß war; jetzt begann es zu erkalten. Es ist das Gesetz der bürgerlich-demokratischen Revolution, daß sie mit der gemeinsamen Erhebung aller Klassen der heranreifenden bürgerlich-demokratischen Gesellschaft beginnt und daß sich in ihrem Verlauf die Klassen immer schärfer sondern, daß der Prozeß der Aufspaltung immer weiter fortschreitet. Die

Bourgeoisie ist bald bestrebt, die Revolution abzubrechen und ihre Klassenherrschaft zu stabilisieren. Das radikale Kleinbürgertum, durch seine schwankende Stellung im Produktionsprozeß hin und her gezogen, ist nicht imstande, dauernd die Zügel in die Hand zu nehmen. Die Arbeiterklasse beginnt erst ihre Kräfte zu regen und kann politisch nur die kleinbürgerliche Bewegung unterstützen. Die Scheidung der Klassen (und der Nationen!) liegt im Wesen des Kapitalismus und daher auch der Revolution, die ihn zum Durchbruch bringt; die Konsolidierung und Einschränkung der revolutionären Errungenschaften im Interesse der Bourgeoisie ist unvermeidlich. Dennoch ist es für die Entwicklung eines Landes, einer Nation von entscheidender Bedeutung, mit welcher Wucht und in welchem Ausmaß die kleinbürgerlich-revolutionäre Bewegung sich durchsetzt: ob es ihr, wie in Frankreich, gelingt, den Feudalismus total zu zerschmettern und eine wenn auch nur vorübergehende demokratische Diktatur zu errichten, oder ob, wie in Deutschland und Oesterreich, bedeutende Kräfte der alten Gesellschaft erhalten bleiben und im Bündnis mit der Bourgeoisie die kleinbürgerlich-revolutionäre Bewegung ersticken. Die Halbheit und Unentschlossenheit der Wiener Demokratie war für die ganze weitere Entwicklung Oesterreichs verhängnisvoll.

Wir sind im September 1848 an dem Punkt an-

gelangt, wo die Klassen sich aufspalten, die Kräfte der Demokratie sich zersplittert haben, während die Konterrevolution ihre Kräfte zum entscheidenden Schlag zusammenfaßte. Es ist jedoch die unvergängliche Größe der Wiener Revolution, daß sie sich in ihrer Todesstunde noch einmal riesenhaft erhob, daß sie nicht auf den Knien unterging, sondern stehend zu sterben verstand. In jenen Tagen des letzten Widerstandes hat Wien den Völkern ein ewiges Beispiel gegeben. Die dunkelrote Flamme des Oktober leuchtet über das helle Märzengrün und über den Glanz der Maientage hinaus.

Am 1. Oktober schrieb Julius Becher in seiner Zeitung: „Man hat den ‚Radikalen‘ und mir speziell vorgeworfen, daß unsere Sprache zu scharf, zu herb, zu stachelnd und aufreizend sei; es ist jedoch meine Pflicht, das zu erlöschende Feuer mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln der Rede, der Schrift und der Tat wieder anzufachen.“ Am 27. September hatte das Volk von Budapest den kaiserlichen General Lamberg, der das Land an Jellačić verriet, totgeschlagen. Am 29. September wurde Jellačić, der zum Hofherrn besser taugte als zum Feldherrn, von den ungarischen Freiheitskämpfern zurückgeworfen. Am 3. Oktober erklärte ein Manifest des Kaisers den ungarischen Reichstag für aufgelöst. Der österreichische Kriegsminister Latour verpflichtete die ungarischen Offiziere zum Gehorsam für Jellačić

und für die Wiener Regierung. Mehrere Wiener Regimenter erhielten den Befehl, zu Jellačić abzugehen. Am 5. Oktober marschierte ein italienisches Regiment aus Wien; ungarische Truppen hatten geholfen, die italienische Revolution niederzuwerfen; jetzt kämpften italienische Truppen gegen die ungarische Revolution. Das Wiener Grenadierbataillon Richter sollte nachfolgen — aber die Grenadiere weigerten sich, ihre Hände zum Henkersdienst gegen Freiheitskämpfer herzugeben. Sie hörten auf die Stimme der Studenten und Arbeiter. Sie verbrüdeten sich mit dem freiheitsliebenden Volk von Wien. Die Vorstadtgarden zogen bewaffnet in die Stadt. Das „zu erlöschende Feuer“ loderte hoch empor. In den Straßen klirrten die Waffen der Freiheit. Der schwarzgelbe Nebel verzog sich, das Volk wurde sichtbar.

Am 6. Oktober, um 11 Uhr vormittags, gab der kaiserliche General Bredy an der Taborbrücke den Schußbefehl. Seine Truppen wurden geschlagen, er selber fand den Tod. Das Bataillon Richter kämpfte Schulter an Schulter mit den Arbeitern und Studenten. Die Stadt stand auf. Die Sturmglocken läuteten. Die Demokraten forderten, daß sofort der Reichstag zusammentrete, aber die Abgeordneten stoben auseinander, und viele versteckten sich im Kriegsministerium. Die Bürgergarden der Inneren Stadt und der Leopoldstadt, die Schlächter des 23. August, besetzten den Stephansplatz. Sie wurden von der demokratischen Wiedener

Nationalgarde angegriffen und im Sturm hinweggefegt. Sie liefen nach Hause, legten die Uniform ab und flüchteten Hals über Kopf aus Wien. Die bewaffneten Volksmassen marschierten nach dem Hof, wo im Gebäude des alten Hofkriegsrates die Regierung versammelt war. Die Minister waren in ihrer Angst bereit, einen Befehl zu unterschreiben, daß das Feuer eingestellt werde. Der Kriegsminister L a t o u r wollte Zeit gewinnen, aber das Volk ließ sich nicht mehr betrügen. Das Haus wurde erstürmt. Die Minister flüchteten durch Seitengänge und Hintertüren. Latour fürchtete, seine Uniform könne ihn verraten, und verkleidete sich in Zivil; dann kroch er in eine dunkle Kammer. Unterdessen bemühte sich der Minister Hornbostel, Militär heranzubringen; doch die Soldaten sahen dem aufgeregten Mann schweigend ins Gesicht und rührten sich nicht von der Stelle. Die in den Hofkriegsrat eingedrungenen Massen fanden den Kriegsminister und zogen ihn aus seinem Versteck hervor. Es rettete den verhaßten Volksfeind nicht, daß er seine Abdankung unterzeichnete. Er wurde hinausgestoßen und an einer Laterne aufgehängt.

In der Nacht stürmten die Massen das Zeughaus, um sich gründlicher zu bewaffnen. Als am nächsten Morgen der Reichstag es doch für zweckmäßig hielt, zusammenzutreten, übernahmen bewaffnete Arbeiter seinen Schutz. Nun warfen sich auch der Justizminister B a c h, der Reichstagspräsident S t r o-

b a c h und viele reaktionäre Abgeordnete in den breiten Strom der aristokratischen und bürgerlichen Massenflucht aus dem revolutionären Wien. Unter dem Vorsitz des polnischen Abgeordneten S m o l k a beschloß der eingeschrumpfte Reichstag die Wiederherstellung des Sicherheitsausschusses und forderte, daß der Kaiser das Manifest vom 3. Oktober zurücknehme. Der Kaiser gab die schriftliche Zusage, ein neues, volkstümliches Ministerium zu bilden. Dann wurde er wieder in seinen Wagen gesetzt und nach O l m ü t z gebracht; hinter ihm stand ungeduldig der achtzehnjährige Franz Josef, der Kronprinz der Konterrevolution, um aus den blutigen Händen der Henker die Krone entgegenzunehmen. In Olmütz mußte der schwachsinnige Ferdinand noch ein Manifest zum „Kreuzzug der Völker Oesterreichs gegen die Revolution“ unterzeichnen, dann hatte er seine Schuldigkeit getan und nichts mehr blieb ihm übrig, als abzutreten. Immerhin gab es für den von der Generalität und von seiner ehrgeizigen Mutter Sophie auserkorenen Thronfolger noch einige Schwierigkeiten; zuerst sträubte sich zur allgemeinen Ueberraschung der sonst so willenslose Kaiser, auf den Purpurglanz der Macht zu verzichten und als man ihn endlich mürbe gemacht hatte, forderte plötzlich sein Bruder Franz Karl, der Vater des jungen Franz Josef, die Kaiserkrone. Er berief sich dabei auf einen letzten Wunsch des toten Franz I., und ließ sich auch von

seiner energischen Gemahlin nicht von dieser Forderung abbringen. Schließlich inszenierte Sophie ein gespenstisches Possenspiel: ein alter Hofbeamter, der dem toten Kaiser Franz ähnlich sah, mußte sich in den erlauchten Ahnherrn alles Unheils verkleiden und dem Erzherzog Franz Karl im Schlafzimmer erscheinen. Als das Gespenst seine Hand segnend auf das Haupt Franz Josefs legte, war der Erzherzog überzeugt, der tote Kaiser habe in den Tiefen der Kapuzinergruft seine Entschlüsse geändert und seinen Enkel zur Verwesung des Reiches erwählt. Es war eine sinnvoll erdachte Komödie: der Schatten Franz I., der Oesterreich wie ein unerledigtes Aktenstück vergilben und verderben ließ, ging wieder durch die weiträumige Monarchie. Das Licht einer neuen Zeit hatte ihn aufgescheucht. Die Fenster wurden geschlossen und verdunkelt.

Während in Olmütz die Gespenster umgingen, kämpfte und starb in Wien das Volk. Die Demokraten organisierten den Widerstand auf Tod und Leben. Aber die Unentschlossenheit der vergangenen Monate rächte sich furchtbar und brachte den Verrat hervor. Es war nur selbstverständlich, daß die Abgeordneten der Reaktion und des Zentrums Wien verließen und sich zu Windischgrätz begaben, der in Prag die Armee der Konterrevolution organisierte und zum Feldmarschall des Bürgerkriegs ernannt wurde. Doch auch die meisten der in Wien zurückbleibenden

Mitglieder des Reichstages konspirierten, teils aus Feigheit und teils in verräterischem Einverständnis mit der Konterrevolution, gegen die Demokratie. Sie verfaßten Proklamationen, beschlossen Petitionen, verfertigten Resolutionen, erboten sich, zu vermitteln und zu versöhnen — und hinderten auf Schritt und Tritt die revolutionären Volkskräfte, mit höchster Entschlossenheit die Entscheidungsschlacht vorzubereiten. Eine ähnliche Rolle spielte der Gemeinderat, der sich am 7. Oktober als neue Behörde konstituierte; er ordnete zwar die allgemeine Bewaffnung und die Aufstellung einer Mobilgarde an, trachtete aber gleichzeitig, die wirklich mannhaften Demokraten kaltzustellen und eine Stimmung der Kapitulation hervorzurufen. Zum Oberkommandierenden der demokratischen Streitkräfte wurde nicht der tapfere und erfahrene polnische Oberst Bem ernannt, ein alter Soldat Napoleons und unerschrockener Freiheitskämpfer, sondern der hilflose und aus Schwäche zum Verräter werdende Leutnant Wenzel Messenhauser. Bem, der sich später in den letzten Kämpfen der ungarischen Revolution auszeichnete, übernahm die Befestigung und Verteidigung der Vorwerke. Die Wiener Demokratie verfügte alles in allem über 25.000 Waffenträger; unbedingt verlässlich aber waren nur die 10.000 Arbeiter, die sich in der Mobilgarde zusammenschlossen, die Akademische Legion und einzelne Abteilungen des von Ludwig Hauk ge-



gründeten „Elitekorps“, das im wesentlichen aus demokratischen Intellektuellen bestand. Die Armee der Konterrevolution, die sich am 16. Oktober gegen Wien in Bewegung setzte, hatte einen Bestand von mehr als 100.000 Mann.

Am 17. Oktober kamen als Deputierte der Frankfurter Linken Robert Blum, Moritz Hartmann und Julius Fröbel nach Wien. Sie brachten keine Hilfe, außer den eigenen Herzen, die treu und furchtlos waren, der Sache des Volkes ergeben. Gleichzeitig hatte das Frankfurter Parlament eine Abordnung zu Windischgrätz entsandt, die nicht vorgelassen wurde und sich jämmerlich aufführte. Von der deutschen Demokratie hatte das revolutionäre Wien keinerlei Unterstützung zu erwarten. Die vereinsamte Revolution sah nur zwei mögliche Bundesgenossen: die Bauern und das ungarische Freiheitsheer. Hans Kudlich und andere wurden beauftragt, auf das flache Land zu gehen und die Bauern aufzurufen; aber die Bauern kamen nicht, nur wenige aus der Umgebung fanden sich ein, um an der Verteidigung von Wien teilzunehmen. Die Demokraten forderten nun, der Reichstag und der Gemeinderat möge die Hilfe Ungarns beanspruchen. Die beiden Körperschaften weigerten sich: nicht von den Waffen Ungarns, sondern von der Gnade Habsburgs habe Wien die einzige Rettung zu erhoffen. Eine Abordnung des Gemeinderats unternahm eine Wallfahrt zu

Windischgrätz, der sein Heerlager vor den Toren der Stadt aufgeschlagen hatte, und bat in Demut um gnädige Aufnahme. Windischgrätz antwortete: „Mit Rebellen werde ich nicht unterhandeln!“ Insgeheim wurde sehr eifrig unterhandelt und Windischgrätz ließ sich von den verräterischen Gemeinderäten über die Lage innerhalb der Stadtmauern unterrichten. Sie kehrten zurück und agitierten für die Kapitulation. In der Nacht des 30. Oktobers huschten sie abermals zum Feldmarschall und flehten ihn an, möglichst rasch einzumarschieren, um „Ausschreitungen des Pöbels“ zu verhindern. Mit vollem Recht haben Marx und Engels in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ festgestellt: „Verrat jeder Art hat Wiens Fall vorbereitet. Die ganze Geschichte des Reichstages und des Gemeinderates seit dem 6. Oktober ist nichts als eine fortgesetzte Geschichte des Verrats...“

Am 23. Oktober richtete Windischgrätz ein Ultimatum an Wien und forderte bedingungslose Unterwerfung. Der Sicherheitsausschuß, der nun doch die Macht übernommen und eine demokratische Diktatur errichtet hatte, lehnte das Ultimatum ab. Der „Freimütige“, die von Hauk und Gritzner geleitete Zeitung, schrieb die stolzen Worte: „Wir können in der Armee, die gegen unsere souveräne Volksbehörde zu Felde zieht, nichts anderes sehen als eine gewaltige, außer dem Gesetze handelnde Bande. Für uns, die auf gesetzlichem Boden stehen, ist die Armee ebenso

rechtmäßig wie jene Schar von Türken, die vor zweihundert Jahren Wien belagerte.“ Und der „Studenten-Courier“ erwiderte den Kapitulant, die von einer „Verständigung“ mit dem Kaiser, von konstitutionellen Vereinbarungen faselten: „Warum lassen wir uns den Constitutionalismus mit seiner Ledernheit, Abgeschmacktheit und seinen immensen Kosten gefallen? Warum wählen wir nicht die einfache und einzig vernünftige Republik? Etwa aus windelweicher Liebe zu den angestammten Fürstenthümern, die der Völker Schweiß, den sie in Form von Staatspapieren in der englischen Bank niederlegen, während des Lebens mit Kartätschen und Staatsbankrott und auf dem Sterbebett mit dem Vermächtnis der Liebe bezahlen?“ Der Fluch des „Zu spät!“ lag auf dieser demokratisch-republikanischen Erkenntnis. Doch wenn es auch zu spät war, die politischen Versäumnisse seit der Mairevolution im letzten Augenblick gutzumachen, wenn auch Angst und Verrat das Kleinbürgertum vor der letzten Freiheitsschlacht zum Abfall bewogen, die Arbeiter und Studenten erhoben sich zu einer moralischen Größe, vor der alle Irrtümer der Vergangenheit hinwegschmolzen.

Am 26. Oktober ließ Windischgrätz seine Truppen zum Sturm gegen Wien antreten. Nach den Berichten seiner Agenten war er überzeugt, es werde ein billiger Sieg, ein müheloses Gemetzel sein. Er hat sich getäuscht. Der Widerstand der proletarischen

Mobilgarden unter dem Kommando Bems warf alle Berechnungen über den Haufen. Schicht auf Schicht war von der bürgerlich-demokratischen Revolution abgebröckelt, Bourgeoisie, Bauernschaft, Kleinbürgertum — jetzt aber stieß die übermütige Konterrevolution auf den Kern des Volkes, auf die Arbeiterklasse. Sie war noch unreif, geschichtlich noch unentwickelt, aber schon damals kämpfte sie im Bunde mit den besten und kühnsten Söhnen der übrigen Volksschichten für die unsterbliche Idee der Freiheit, die über alle Formen der Klassenherrschaft hinausgeht, dem Zeitalter einer wahrhaft befreiten Menschheit entgegen. Erst am 28. Oktober gelang es den Truppen der Konterrevolution bis auf den Praterstern und im Süden bis auf die Landstraße vorzudringen. Neun Stunden dauerte der pausenlose Straßenkampf, nur Schritt für Schritt zurückweichend, verteidigten die Arbeiter und Studenten jedes Haus, jeden Stein gegen die erdrückende Uebermacht. Windischgrätz hatte den Soldaten erlaubt, in jedem Haus, aus dem geschossen wurde, alles niederzumachen. Es war ein Sengen und Brennen, ein Morden und Plündern, wie Wien es nie zuvor erlebt hatte, die Henkers-„Ordnung“ der Konterrevolution. Auch das noch war den Anführern des „Kreuzzuges gegen die Revolution“ nicht genug; einer von ihnen, Fürst Friedrich Schwarzenberg, erklärte laut: „Ich bedaure nur, daß dieses Schandnest mit seinen ebenso niederträchtigen wie stupiden Be-

wohnen nicht in Flammen aufgegangen ist!“

Am 29. Oktober forderten Reichstag, Gemeinderat, alle Sprecher des Bürgertums die Kapitulation. Die Arbeiter und Studenten waren jedoch entschlossen, Wien bis zum letzten Atemzug zu verteidigen. Im Großen Redoutensaal trat eine Konferenz der demokratischen Organisationen zusammen. Kuranda und andere kleinbürgerliche Demokraten beschworen die Freiheitskämpfer, die Waffen niederzulegen. Der Stadtkommandant Wenzel Messenhauser wurde zum Minister Krauß gerufen, einem der wenigen Regierungsmitglieder, die in der Stadt geblieben waren — im Einverständnis mit der anmarschierenden „Ordnungsmacht“. Als Messenhauser von der Unterredung zurückkehrte, hielt er eine hysterische Ansprache, man müsse sofort und bedingungslos den Kampf einstellen und die Stadt übergeben. Es gelang ihm, die Mehrheit für die Kapitulation zu gewinnen. Aber die Arbeiter und Studenten blieben fest. Sie weigerten sich, die Waffen zu strecken und forderten Abrechnung mit den Verrätern und Kapitulanten. In einer Nachtsitzung beschlossen die Führer der kämpfenden Demokratie, den Widerstand fortzusetzen. Es gab noch eine Chance: die ungarische Freiheitsarmee zog gegen Schwechat heran. Unter dem Kommando des eiteln Görgei hatte sie allzulange gezögert, den Wienern zu Hilfe zu kommen. „Der Reichstag hat uns nicht gerufen, wir können nicht unge-

beten eingreifen!“ lautete die merkwürdig formelle Begründung für dieses selbstmörderische Zaudern. Mit seiner ganzen Leidenschaft und Eindringlichkeit beschwor K o s s u t h die Armeeführer, das Gebot der Stunde höher zu achten als hemmende Formalitäten und Wien um jeden Preis zu retten. Es war schon zu spät; die Ungarn stießen bei Schwechat auf die Truppen, die Jellačić unterdessen herangebracht hatte, und wurden zurückgeschlagen. Ihr Anmarsch aber hatte genügt, die Kampfschlossenheit der Arbeiter und Studenten bis zum Äußersten anzufachen. In einer Sturmversammlung erklärten sie Messenhauser für abgesetzt und wählten den jungen F e n n e r v o n F e n n e b e r g zum Stadtkommandanten, dessen militärische Fähigkeit freilich nur darin bestand, daß er der Sohn eines österreichischen Feldmarschalleutnants war. Hauk umstellte mit seinem Elitekorps die Stephanskirche, auf deren Turm Messenhauser sich mit dem Schriftsteller Berthold Auerbach nicht über die Verteidigung Wiens, sondern über literarische Zukunftspläne unterhielt. Er wurde aus seiner luftigen Isolierung auf den Boden der Wirklichkeit heruntergeholt und mußte seine Abdankung unterschreiben. Sein Kapitulantentum hat ihm nichts genützt; er wurde dennoch am 16. November von den Henkern der Konterrevolution ermordet.

Der Kampf ging weiter. Windischgrätz beschoß die Stadt mit Artillerie. Die Reihen der Freiheitskämpfer

schmolzen zusammen. Am 31. O k t o b e r, nach dem Bekanntwerden der ungarischen Niederlage, versuchten Hauk und Fenner von Fenneberg, die unerschütterliche Mobilgarde zur Einstellung des Kampfes zu bewegen. Die Arbeiter hielten stand den Kugeln der Konterrevolution und den Abmachungen der an sich selber verzweifelten Demokratie. Zwei unerschrockene Intellektuelle, B e c h e r und J e l l i n e k, traten an ihre Spitze, führten sie in den letzten Kampf gegen die Horden Habsburgs. Dann war es zu Ende. Der einsame alte Arbeiter und sein zehnjähriger Junge, die trommelnd durch die Straßen gingen, konnten die verblutende Revolution nicht mehr wachtrommeln. Es war zu Ende. Die Sieger, die Schlächter zogen in die Stadt. Das Volk hatte keine Waffen mehr, es konnte nur noch pfeifen, wehrlos, in wildem Haß. Plötzlich, mitten in der Stadt, wurde noch einmal geschossen Auf dem Stock-im-Eisen-Platz empfing eine kleine Kampfgruppe unter der Führung Bechers die schwarzgelben Eroberer mit einer letzten Salve der Revolution. Dann wurde es totenstill in Wien. Die schwarzgelbe Fahne wehte auf dem Stephansturm.

Am 9. November wurde Robert Blum standrechtlich ermordet. Am 23. November starben Becher und Jellinek unter den Kugeln der Konterrevolution. Am 2. Dezember ließ sich Franz Josef zum Kaiser von Oesterreich krönen.

Das Jahr des freien Volkes war zu Ende.  
Das Zeitalter Franz Josefs hatte begonnen.  
Ueber Wien wehte die schwarzgelbe Fahne von  
Oesterreichs Totengräbern.

### III

## DAS JAHR 1848 UND DIE NATIONALE FRAGE IN ÖSTERREICH

Die eigentliche Schicksalsfrage des Jahres 1848 in Oesterreich war die nationale Frage.

Die Armeen der habsburgischen Konterrevolution bestanden in überwiegender Mehrheit aus Söhnen der slawischen Völker. Mit den Händen der Tschechen und der Kroaten wurde die Revolution in Wien und Budapest niedergeworfen.

Wie konnte es dazu kommen? Das ist die erste Frage.

Und welche Lösung des nationalen Problems wurde von den deutschsprechenden Oesterreichern angestrebt? Das ist die zweite Frage.

Die Beziehungen zu den Deutschen einerseits, zu den Slawen andererseits — das war schon 1848 das Zentralproblem des österreichischen Freiheitskampfes, und ist es geblieben. Die Fehlentscheidungen auf diesem Gebiet wurden geschichtlich verhängnisvoll. Die Wurzeln dieser Fehlentscheidungen reichen tief hinab

bis in die Vergangenheit der Habsburger-Monarchie.

Oberflächliche und tendenziöse Geschichtschreiber haben den Habsburger-Staat als ein Produkt des Zufalls und der Willkür bezeichnet und konnten sein jahrhundertlanges, hartnäckiges Weiterbestehen nur durch ein Mirakel des „Hauses Oesterreich“ erklären. Sie schrieben, Oesterreich sei „ein rein imaginärer Name“, ein „widernatürlicher, durch Gewalt und Heirat zusammengeschlossener Völkerstaat“, eine „große Anhäufung von Provinzen“, ein „nur durch die gemeinsame Dynastie künstlich zusammengehaltenes Gebilde“ usw., wobei die Frage unbeantwortet blieb, warum ein solches bunt zusammengewürfeltes und zusammengeheiratetes Konglomerat nicht schon längst zusammenbrach, in den furchtbaren Krisen von 1740 oder 1790 oder 1809, die den Staat in seinen Grundfesten erschütterten.

Stalin hat in seiner Rede zur nationalen Frage vom 10. März 1921 darauf hingewiesen, daß der österreichische Nationalitätenstaat nicht zufällig entstanden ist, wie viele Geschichtschreiber es darzustellen belieben: „Im Osten Europas... fiel der Prozeß der Bildung von Nationalitäten und der Aufhebung der feudalen Zersplitterung zeitlich nicht mit dem Prozeß der Bildung von zentralisierten Staaten zusammen. Ich meine Ungarn, Oesterreich, Rußland. In diesen Ländern gab es noch keine kapitalistische Entwicklung, diese hatte wohl erst ihren Anfang genommen, wäh-

rend andererseits die Interessen der Verteidigung gegen die Invasion der Türken, Mongolen und anderer Völker des Ostens die unverzügliche Bildung von zentralisierten Staaten erheischten, die fähig waren, dem Ansturm der Invasion standzuhalten.“

Der Zusammenschluß der Donauvölker war eine geschichtliche Notwendigkeit. Schon im frühen Mittelalter, bevor noch die Habsburger aufkamen, gab es Versuche eines solchen Zusammenschlusses: das Reich Samos, das im 7. Jahrhundert Böhmen, Mähren, Oesterreich, Ungarn, Slowenien und Kroatien zum Kampf gegen die awarische Fremdherrschaft vereinigte, das Großmährische Reich der Meimoriden, das im Jahre 906 unter dem Ansturm der Magyaren zusammenbrach, und schließlich das Reich des Böhmenkönigs Ottokar II., das sich von den Sudeten bis an die Adria erstreckte. Der Sieg Rudolfs von Habsburg über den fortschrittlichen Ottokar war kein Glück für die Donauvölker; es war der Sieg der deutschen Feudalherren über die Bauern und das städtische Bürgertum. Vor dem Herrscherhaus der Habsburger stand nun, vor allem als im 14. Jahrhundert der Türkensturm gegen Europa begann, die große Aufgabe, die Donauvölker zur Abwehr der ungeheuren Gefahr zusammenzufassen. Sie haben sich dieser Aufgabe nur sehr unzureichend entledigt; häufig ist aus den Völkern selbst die einigende Abwehr hervorgegangen, und die ungarischen Volkshelden aus

dem Geschlecht der Hunyadi zum Beispiel haben weit mehr dafür getan als die trägen und reaktionären Habsburger. Zu vielfältig waren die habsburgischen Interessen: sie trugen die deutsche Kaiserkrone und jagten dem alten Traum der deutschen Kaiser nach, ein Weltreich zu errichten. Aber weder das „Heilige Römische Reich Deutscher Nation“, diese lockere Anhäufung widerspenstiger Fürstentümer, noch das Weltreich Karls V. war in den Stunden der höchsten Gefahr ein Schutz für die Donauvölker. Im „Heiligen Römischen Reich“ stand man dem Türkeneinbruch, der ja nicht unmittelbar die deutschen Fürsten und Herren gefährdete, gleichgültig gegenüber, und es ist bekannt, daß Luther die Türken sogar als willkommene Verbündete gegen die katholische Zentralmacht betrachtete. Ferdinand I., der Bruder Karls V., mußte also in seinen österreichischen „Erbländen“ sowie bei den benachbarten Völkerschaften die Kraft finden, um den schweren Sturm zu bestehen. Die Errichtung eines zentralisierten, selbständigen Staates an der Donau war eine Frage auf Tod und Leben; aus diesen unabweisbaren Bedürfnissen ist der Habsburger-Staat entstanden, seine Herausbildung war gegenüber dem zerrütteten „Heiligen Römischen Reich“ ein geschichtlicher Fortschritt. Es war jedoch ein Verhängnis, daß die Habsburger diesen geschichtlichen Fortschritt mit reaktionären, volksfeindlichen Metho-

den durchsetzten, gestützt auf den Adel im Kampf gegen Bürger und Bauern. Diese widerspruchsvolle Entwicklung zeigte sich am deutlichsten im Zeitalter der Gegenreformation, an deren Spitze der blutige Ferdinand II. stand. In den Religionskriegen zwischen den Protestanten und Katholiken, die im Dreißigjährigen Krieg ihren entsetzlichen Höhepunkt fanden, ging es nur zum Schein um theologische Spitzfindigkeiten; es ging in Wahrheit um die Frage: Soll in Mitteleuropa die Zentralgewalt herrschen oder sollen die einzelnen Landesfürsten ihre chaotische Herrschaft errichten? Die Zentralgewalt war gegenüber den selbstherrlichen Landesfürsten das progressive Prinzip, aber die Habsburger, die dieses progressive Prinzip zum Siege führen sollten, waren durch und durch reaktionär, erfüllt von düsterstem Fanatismus und Aberglauben. Wallenstein, der große Feldherr des Kaisers, hat dem kleinlichen Ferdinand den Rat gegeben, die politische Frage von der religiösen zu trennen, die alten Fürsten und Feudalherren, seien sie protestantisch oder katholisch, hinwegzufegen und, gestützt auf die Städte und auf das Heer, ohne Unterschied ihres Religionsbekenntnisses, nach dem Vorbild Frankreichs, einen mächtigen Einheitsstaat zu errichten. Der unduldsame, bis zum Wahnsinn katholische, jesuitische Kaiser hat diesen Plan verworfen und dem unbequemen Ratgeber durch Mörderhände den Dank vom Hause Habsburg abgestattet. Der Dreißigjährige

Krieg endete in Deutschland mit dem „Sieg“ der Landesfürsten auf einem wirtschaftlichen, politischen und moralischen Trümmerhaufen. Der zentralistische Habsburger-Staat ging nun vollkommen eigene Wege, losgelöst von der deutschen Entwicklung.

Der habsburgische Einheitsstaat war in Wolken von Blut und Weihrauch gehüllt. Kirche und katholischer Großgrundbesitz waren das Fundament der Habsburger-Macht. Das fortschrittliche städtische Bürgertum war niedergeworfen, die Bauern schmachteten in lähmender Fronknechtschaft. Ein fürchterliches Blutgericht hatte den tschechischen Adel, das tschechische Bürgertum ausgelöscht. Später, unter der Herrschaft Leopolds I., wurde ein ähnliches Blutgericht in Ungarn abgehalten. Der staatliche Zusammenschluß war nicht den Händen der Völker, sondern den Fäusten der Henker anvertraut. Das schuf unendliche Verwirrung und Widerspruch: der nationale Adel (vor allem in Ungarn) hatte dadurch die Möglichkeit, die Verteidigung seiner überlebten, mittelalterlichen Feudalrechte mit dem Freiheitskampf der Völker zu verbinden und Elemente des Fortschritts und des Rückschritts zu einem wahrhaft gordischen Knoten zusammenzukuñpfen. Die Notwendigkeit und Berechtigung des Einheitsstaates erwies sich in den Türkenkriegen, in dem glanzvollen Zeitalter des Prinzen Eugen, der Oesterreich durch Traditionen des

Sieges und der Kultur emporhob und festigte. Prinz Eugen bekannte sich leidenschaftlich zum österreichischen Einheitsstaat und riet im Jahre 1726 seinem Monarchen: „Es sei soviel als möglich ein Totum aus Eurer Majestät weitläufiger und herrlicher Monarchie zu machen.“

Hatten die Türkenkriege den Habsburger-Staat zusammengeschweißt, so war der wirtschaftliche und kulturelle Aufschwung nach der Bannung der Türkengefahr weiterhin das wirksamste Bindemittel. Die Straßen und Kanäle, die Manufakturen und Handelsgesellschaften, die Siedlungen und Kulturdenkmäler, die im Zeitalter des Prinzen Eugen entstanden, brachten die Länder und Völker eines dem anderen näher und weckten das Gefühl gemeinsamer Interessen. Im Kriegsjahr 1740, als die junge Maria Theresia den Thron bestieg und Preußen, Bayern und Frankreich über Oesterreich herfielen, hat der Donaustaat die Zerreißprobe bestanden und den Beweis erbracht, daß er mehr war als eine willkürliche Anhäufung von Provinzen. Maria Theresia und später ihr Sohn Josef II. erkannten aber durchaus die Schwächen der Monarchie und gingen daran, den mittelalterlichen in einen modernen Staat zu verwandeln. Alles hing davon ab, die Produktivität der Arbeit zu steigern, neuen Produktivkräften Bahn zu brechen, die Entwicklung des Kapitalismus zu beschleunigen, eine straffe und einheitliche Verwaltung einzuführen. Es ging



also darum, die unproduktive Leibeigenschaft zu beseitigen, die Macht der adeligen Gutsherren zu brechen und den Aufstieg des Bürgertums zu fördern.

Die Regierung Maria Theresias brachte eine Reihe wichtiger Reformen: die Fronknechtschaft wurde, wenn auch nur wenig, gelockert, der Einfluß der adeligen „Landstände“ vermindert, die Verwaltung zentralisiert und vereinfacht, ein einheitliches Offizierskorps und eine einheitliche Bürokratie herangezogen, der österreichische Gesamtstaat kräftig untermauert. Josef II. beschleunigte und — überstürzte das Tempo der Reformen und wagte die „Revolution von oben“. Nach seinem Grundsatz: „Große Dinge muß man mit einem Schlag verwirklichen!“, zertrümmerte der ungestüme Monarch die alte Feudalordnung, proklamierte die Bauernfreiheit, beseitigte die Provinzialstände, die er als „Bauernbälle auf einer Opernbühne“ verspottete (obwohl es in ihnen keine Bauern gab, sondern nur adelige Gutsherren, Bischöfe, Dompropste und vereinzelt städtische Patrizier), und errichtete mit Hilfe seiner deutschsprachigen Bürokratie den absoluten Einheitsstaat, das „Totum“, das dem Prinzen Eugen vor Augen geschwebt hatte. Es sollte nach dem Willen des Kaisers keine Ungarn mehr geben, keine Böhmen, keine Kroaten und keine Tiroler, sondern nur mehr Oesterreicher. Eine einzige Staatssprache, die deutsche, und eine einzige Staatsgesinnung, die österreichische, sollte die ganze Mon-

archie durchdringen. Die „Revolution von oben“ ist gescheitert. Josef hatte es nicht verstanden, die Bürger und Bauern für sich zu gewinnen, und erlag dem Ansturm der Kirche und des Adels. Auf seinem Totenbett leistete er Verzicht auf alle Reformen, und seine Nachfolger, Leopold II. und Franz I., ließen den Leichnam des Mittelalters wieder aufstehen. Eine einzige Schöpfung Josefs, die problematischste und nur durch einen Sieg der bürgerlichen Revolution gerechtfertigte, blieb unangetastet: der absolute Einheitsstaat.

Es war in Josef ein merkwürdiges Gemisch von tiefem Verständnis und tiefem Mißverständnis dessen, was das Zeitalter des aufsteigenden Kapitalismus erforderte. Alle Privilegien des Feudaladels mußten verschwinden, das ganze Winkelwerk von provinziellen Sonderverfassungen, Zollschranken und Umständlichkeiten; aber dazu genügte nicht der Wille eines einzelnen, dazu mußten die Massen des Volkes, der Bürger und der Bauern, in Aktion treten und durch einen demokratischen Sturm die alten Mächte hinwegfegen. Ferner: der Kapitalismus, der die Bürger und Bauern zu politischem Leben erweckte, wurde eben damit zum Erwecker der Nationen. Bisher hatte der Einheitsstaat eine im wesentlichen feudale Opposition zu überwinden. Diese feudale Opposition war nicht „national“, sie kämpfte lediglich für ihre „historischen Privilegien“, und die

steirischen (deutschsprachigen) „Landstände“ leisteten dem Einheitsstaat kaum weniger erbitterten Widerstand als die böhmischen oder ungarischen. Die zum größten Teil rechtlosen analphabetischen Volksmassen standen dem Kampf der Herren mehr oder minder gleichgültig gegenüber und gerieten nur dann in Bewegung, wenn die kaiserlichen Armeen sengend und brennend in ihr Land einbrachen (wie in Böhmen und Ungarn) und die Auflehnung des eigenen Adels ihnen als Freiheitskampf erscheinen mußte. Das änderte sich im Zeitalter des Kapitalismus mit seinem Wachstum der städtischen, der handel- und gewerbetreibenden Bevölkerung, mit seinem Einbruch in die alten gebundenen Wirtschaftsformen, mit seinem zunehmenden Kampf um die Märkte, um vorteilhaften Warenabsatz, mit seinem Aufkommen einer immer breiteren Schicht von Schreib- und Lesekundigen und seinem Aufstreben der Intelligenz, die auf die Dauer nicht bereit war, sich einer fremdsprachigen Bürokratie unterzuordnen. Und je mehr der Kapitalismus sich entfaltete, je stärker der kapitalistische Konkurrenzkampf einsetzte, desto kräftiger und zahlreicher wurde in allen Ländern die nationale Bewegung.

Das Erwachen der Nationen in dem österreichischen Nationalitätenstaat löste eine Reihe von komplizierten und widerspruchsvollen Prozessen aus. Einerseits war die aufsteigende Bour-

geoisie der verschiedenen Nationalitäten an einer Vereinheitlichung des Staates, der Wirtschaft und der Verwaltung interessiert, andererseits befand sich die Bourgeoisie der weniger entwickelten Länder in einer Abwehrstellung gegen die fortgeschrittenste und daher die Vorherrschaft beanspruchende, gegen die deutschsprachige Bourgeoisie. Diese Tendenzen der Abwehr gegen den Einheitsstaat waren noch ungleich stärker in den Reihen des nationalen Kleinbürgertums und der nationalen Intelligenz; für diese breiten Schichten bestand keine Aussicht auf annehmbare Kompromisse mit dem zentralistischen Machtapparat, mit der deutschsprachigen Bürokratie, sie mußten ihre Forderungen im Kampfe gegen den Zentralismus durchsetzen. Aehnlich lagen die Verhältnisse bei den Feudalherren: die reichsten und mächtigsten adeligen Gutsbesitzer konnten sich ihre Plätze im zentralen Machtapparat sichern, der kleine Landadel geriet in immer schärferen Gegensatz gegen die fremdsprachige Bürokratie und verbündete sich mit Kleinbürgertum und Intelligenz zu erbittertem Widerstand gegen den Einheitsstaat. (Diese Entwicklung vollzog sich besonders ausgeprägt in Ungarn, wo der „bundsuhige“ Landadel mit seinen alten Traditionen des Kampfes gegen die Habsburger zur führenden Kraft der nationalen Bewegung wurde.) Die Verhältnisse wurden noch widerspruchsvoller durch das vielfältige Ineinandergreifen von Klassenkampf und

nationalen Kampf; zwei Beispiele mögen genügen: In Galizien war der polnische Landadel ein Träger des nationalen Freiheitskampfes gegen den Wiener Zentralismus, gleichzeitig aber waren diese polnischen Gutsherren die schonungslosen Unterdrücker der ukrainischen Bauern, die daher in der Wiener Bürokratie häufig eine schützende Kraft erblickten. Ähnlich standen die Dinge in Ungarn, wo der ungarische Adel die slowakischen und südslawischen Bauern unerbittlich niederhielt. Und schließlich: das entscheidende Moment der nationalen Kämpfe war unzweifelhaft der Konkurrenzkampf der jungen Bourgeoisie der verschiedenen Nationalitäten, gleichzeitig aber war in dem nationalen Widerstand gegen die fremdsprachige Bürokratie ein gutes Stück Klassenkampf enthalten.

Der josephinische Zentralismus hat nur eine Seite der Entwicklung berücksichtigt: die vereinigende und vereinheitlichende Tendenz des aufsteigenden Kapitalismus, sein Bedürfnis, Schranken und Grenzen niederzureißen, die andere Seite, das unvermeidliche Erwachen der Nationen, ihren Drang nach nationaler Selbstbestimmung, ließ er gänzlich unberücksichtigt. Darin äußerte sich auf einem Teilgebiet das allgemeine und grundsätzliche Unverständnis des Josefinismus für die Tatsache, daß der aufsteigende Kapitalismus die Frage der Demokratie auf die Tagesordnung

setzte. Durch entschlossene und rechtzeitige Schritte in der Richtung der Demokratie wäre es möglich gewesen, die Volksmassen aller Nationalitäten gegen die Adelherrschaft zusammenzuschließen, das gefährlich sich anbahnende Bündnis zwischen Volk und Adel in Ungarn und in den slawischen Ländern zu vereiteln, das gemeinsame Interesse der Donauvölker an einem großen und einheitlichen Staat zum Durchbruch zu bringen. Jede Verhinderung oder Verschleppung der demokratischen Entwicklung mußte in dem österreichischen Nationalitätenstaat besonders verhängnisvolle Wirkungen haben.

Das Erwachen der Nationen kündigte sich im Aufblühen der Volkssprachen, im Bewußtwerden geschichtlicher Traditionen an. In Ungarn wurde die Forderung laut, die alte lateinische durch die ungarische Amtssprache zu ersetzen. Vuk Karadžić (1787 bis 1864) weckte die serbische Volkssprache und ließ aus tiefen, halb verschütteten Brunnen der Erinnerung die serbischen Heldenlieder aufsteigen. Ljudewit Gaj (1809 bis 1872) gab den Kroaten die serbische Volkssprache und wurde zum Theoretiker der „illyrischen“ Nation; der kroatische Bischof Stroßmayer ersetzte später den Begriff der „Illyrier“ durch jenen der Jugoslawen. Die Tschechen erhoben sich aus jahrhundertlangem Schweigen mit ihrer Volkssprache, mit einer reichen nationalen Literatur. Im Jahre 1817 veröffentlichte

Wenzel Hanka die „Königinhofer Handschriften“, von ihm gesammelte und bearbeitete tschechische Heldenlieder, die er fälschlich als altehrwürdige Volksdichtungen ausgab. Jan Kollár dichtete sein Epos „Die Tochter der Slawa“. Palacky wurde zum großen Kämpfer der tschechischen Geschichte. Alle diese Bestrebungen knüpften an die Vergangenheit an, an die „historischen Rechte“ der Nation, die lange mißachtet worden seien und um deren Wiederherstellung es nun gehe. Es war von jeher eine Eigentümlichkeit vieler revolutionärer Bewegungen, sich in ihren Anfängen auf Vergangenes zu berufen, auf alte Bauernfreiheit, auf altes „Naturrecht“ usw., und im Namen dessen, was einstmalig war (oder auch nicht war oder ganz anders war), das Neue, Niedergewesene durchzusetzen. Auch die junge nationale Bourgeoisie ist zuerst in historischen Verkleidungen auf die Weltbühne getreten, im Namen der „österreichischen Rechte“, der Stephanskronen oder der Wenzelskronen usw., denn die Erneuerung alter Verhältnisse scheint den meisten gerechtfertigter als die Begründung von Zuständen, die ohne Beispiel sind. Mit diesem Bekenntnis zu „historischen Rechten“ geriet die junge nationale Bourgeoisie jedoch in gefährliche Nachbarschaft des alten Feudaladels, der aus durchaus reaktionären Beweggründen die Wiederherstellung des Vergangenen forderte. Gerade zur Sprengung dieses unnatürlichen Bündnisses, zur Herausbildung klarer Fronten dieses unnatürlichen Bünd-

nisses, zur Herausbildung klarer Fronten der Reaktion und des Fortschritts waren im österreichischen Nationalitätenstaat schnelle und entschlossene Schritte in der Richtung der Demokratie erforderlich.

Das Gegenteil geschah nach dem Tode Josefs. Sein Bruder Leopold prägte zwar das kluge Wort: „Es ist schwer, dem Volke gegen seine Ueberzeugung Gutes zu erweisen, weil es schwer ist, daß eine Regierung oder selbst der aufgeklärteste Minister besser wisse, was für eine Nation besser paßt und ihr nützlich ist, als das Volk selbst, seine Individuen und seine Vertreter.“ Aber Leopold zog daraus nun keineswegs die Schlußfolgerung, man müsse dem Volke die Möglichkeit geben, seinen Willen kundzutun, sondern für ihn war diese Erkenntnis nur der Vorwand, das ganze Reformwerk Josefs zu vernichten und lediglich den bürokratischen Einheitsstaat aufrechtzuerhalten. Ungleich ärger wurde das noch unter der Herrschaft seines Sohnes Franz, der gemeinsam mit seinem Minister Metternich der Verderber Oesterreichs war. Der neue Kaiser war durchaus nicht blind für das Erwachen der Nationen. Er sah mit Besorgnis und Unwillen die mächtige Erhebung des nationalen Bewußtseins in den Jahren der Befreiungskriege gegen Napoleon. Er begriff den demokratischen Charakter dieser Erhebung, und zutiefst beunruhigte ihn die Frage des nachdenklichen Erzherzogs Johann, „ob die Völker jetzt noch mit sich spielen lassen“. Er fand jedoch ein

neues Mittel — die elende Kunst, sie gegeneinander auszuspielen. Von ihm stammte das Wort, das seither der fluchwürdige Grundsatz der Habsburger war und blieb: „Meine Völker sind eines dem anderen fremd — um so besser. Ich schicke Ungarn nach Italien und Italiener nach Ungarn. Aus ihrer Antipathie entsteht die Ordnung und aus ihrem wechselseitigen Haß der Friede.“ Die systematische Verhetzung der Völker gegeneinander durch das gemeinsame Herrscherhaus und seine untertänigsten Staatsmänner nahm ihren Anfang, und das gelang in solchem Ausmaß, daß der große Oesterreicher Grillparzer schon 1830, nach Ausbruch der französischen Julirevolution, verzweifelt feststellte: „Die ganze Welt wird durch den neuen Umschwung sich erkräftigen, nur Oesterreich wird daran zerfallen. Der schändliche Machiavellismus der Leiter, die, damit die Herrscherfamilie das einzige Staatsband ausmache, die wechselseitige Nationalabneigung der einzelnen Provinzen hegten und nährten, hat da die Schuld. Der Ungar haßte die Böhmen, dieser den Deutschen und der Italiener sie alle zusammen, und wie widersinnig zusammenggekoppelte Pferde werden sie sich in alle Welt zerstreuen, wenn der fortschreitende Zeitgeist die Gewalt des hemmenden Joches schwächt und bricht.“ Der pessimistische, vor jedem kühnen Entschluß zurückschreckende Grillparzer verdamnte

zwar die verbrecherische Politik der Herrschenden, aber im Grunde genommen sah auch er keinen Ausweg, da er in der Demokratie nicht die Kraft der Vereinigung, sondern nur das Element der Zersetzung erblickte. Politisch herzhafter war der Verfasser der 1842 anonym erscheinenden Streitschrift: „Oesterreich und dessen Zukunft“, Viktor Freiherr von Andrian-Werburg, der die Forderung aufstellte: „Die Regierung muß sich entschließen, das verderbliche System der alles bevormundenden Zentralsation, der bürokratischen Allmacht aufzugeben und dem uralten und einfachen Prinzip der Selbstregierung huldigen. Oesterreich wird dadurch ohne Zweifel eine bisher nie gekannte Konsistenz gewinnen, die Völker werden sich fest an die Regierung anschließen und, als erste Frucht dieser Vereinigung, Vertrauen in ihre Zukunft fassen, ein Vertrauen, das heutzutage, bedenklich genug, in Oesterreich nirgends zu finden ist.“ Die Habsburger haben niemals auf den Grundsatz verzichtet, der Kampf der Nationen sei die beste Stütze der Dynastie, die nationale Verständigung ihre schlimmste Bedrohung. Auch Franz Josef hat unbelehrbar an diesem Grundsatz seines Großvaters Franz festgehalten. Sein Lieblingsminister Taaffe pflegte zu sagen: „Man muß alle Nationalitäten in gleichmäßiger, wohltemperierter Unzufriedenheit erhalten.“ Als zu Beginn des 20. Jahrhunderts Ernst von Körber einen flauen Versuch unternahm, eine Ver-

ständigung zwischen Tschechen und deutschsprechenden Oesterreichern herbeizuführen, verbreitete die Erzherzogin Marie Valerie das Wort ihres Vaters, des Kaisers: „Wenn sich Deutsche und Tschechen verständigen, dann wird's wohl wie in Ungarn werden, und er verliert auch dort seine Macht.“ Ja, noch im Jahre 1914, als die Verständigung sich anzubahnen schien, gab der Thronfolger Franz Ferdinand den Auftrag, die Verhandlungen im Sand verlaufen zu lassen, denn „er fürchte eine Verständigung zwischen den liberalen Deutschen und den liberalen Tschechen, die sich dann vereint gegen die Dynastie, Religion und die konservativen Kreise kehren würden“. So blieb denn das Wort in Kraft: „Meine Völker sind eines dem anderen fremd — um so besser!“

Die Jahrzehnte der gehässigen und fäulnisatmenden Reaktion unter Franz und Metternich haben die Beziehungen der Nationen untereinander gründlich vergiftet. Es kam noch ein besonderer Umstand dazu, der 1848 auch die revolutionäre Bewegung unheilvoll beeinflusste: Die Bürokratie des josefinischen Einheitsstaates war aus den Reihen der deutschsprachigen Oesterreicher hervorgegangen. Obwohl von allen Seiten angefeindet, verkörperte diese Bürokratie damals den geschichtlichen Fortschritt. Das änderte sich, als Franz zur Herrschaft kam: die Bürokratie war nach wie vor deutschösterreichisch, nun aber verkörperte sie nicht mehr den Fortschritt,

sondern war das Werkzeug der Reaktion. Die deutsche Amtssprache war die Sprache der Reaktion, der deutschsprechenden Bürokratie galt der grimmige Haß der unterdrückten Nationalitäten. Es wurden zwar auch die deutschsprechenden Oesterreicher unterdrückt, aber gleichsam als Entschädigung dafür war es ihr Privileg, durch den ungeheuren bürokratischen Apparat die anderen Völker niederzuhalten, sich als die eigentliche „Staatsnation“, als das „Herrenvolk“ zu fühlen und dadurch auch manchen Vorteil einzuheimsen. So gehemmt, verkrampft und verkrüppelt sich die deutschösterreichische Bourgeoisie auch entwickelte, konnte sie dennoch durch die mit ihr versippte Bürokratie die Entwicklung der slawischen und ungarischen Bourgeoisie, der Konkurrenz also, noch mehr behindern und verzögern; anstatt dem Kapitalismus durch vereinte Anstrengungen die Tore aufzusprengen, entstand auf diese Art ein kleines, verbittertes Drängen und Stoßen auf gewundenen Hintertreppen, wobei die vom Staatsapparat ausgeschlossenen Nationen den kürzeren zogen. Für die deutschsprechende Bourgeoisie, für ihre 140.000 Beamten (so schlecht sie zum größten Teil besoldet waren) bedeutete also die demokratische Revolution zwar eine geschichtliche Notwendigkeit, gleichzeitig aber eine Bedrohung ihrer Vorrechte gegenüber anderen Nationen; sie hatten daher wenig Ver-

ständnis für die demokratischen Forderungen der Slawen und bebten vor Entrüstung, wenn sie sich vorstellten, daß nun der tschechische „Amtsdienner“ etwa gar die Stellung eines Bürochefs beanspruchen könnte. Auf der anderen Seite brachten die Slawen den plötzlich revolutionär gewordenen deutschösterreichischen Bürgern und Beamten tiefes Mißtrauen entgegen, berechtigtes Mißtrauen, das nur durch Beweise echter demokratischer Gesinnung in der nationalen Frage zu überwinden war. Doch gerade an diesen Beweisen ließ die deutschösterreichische Bourgeoisie es er-mangeln. Sie wollte „die Herrschaft des einen Stammes über den anderen“, worin der fortschrittliche österreichische Geschichtschreiber Anton Springer das Wesen des Einheitsstaates erblickte, nicht preisgeben. Anton Springer, der dies schon 1849 in seiner Broschüre „Oesterreich nach der Revolution“ feststellte, hat es später noch deutlicher ausgesprochen: „Die österreichische Macht bewahrte in ihrem äußeren Auftreten die deutsche Form; die Regierung konnte des deutschen Elements . . . nicht ent-raten; ebensowenig wollten die Deutschösterreicher ihre Stellung als das herrschende Volk missen und freiwillig die zahlreichen Vorteile auf-geben, welche ihnen die Gunst der politischen Verhält-nisse über das Maß ihrer natürlichen Rechte zuge-wendet hatte.“

Ehe wir auf die folgenschweren Fehlentscheidungen

der Deutschösterreicher in der nationalen Frage näher eingehen, vergegenwärtigen wir uns in großen Zügen die unheilvolle Verwirrung, die das Problem in Ungarn hervorgerufen hat. Der politisch geschulte, auf glänzende Kampftraditionen zurückblickende ungarische Adel erhob sich schon unter Josef in einer mächtigen Bewegung gegen den Einheitsstaat. Es war ein sozialreaktionärer Kampf gegen die Bauernbefreiung und zugleich ein politisch revolutionärer Kampf für die ungarische Volkssouveränität. Damals erklärten die Vertreter des Pester Komitats: „Der Staat ist des Volkes wegen da, im Namen des Staatswohls die Freiheiten der Nation zu kürzen, widerspricht der Natur und Vernunft.“ Der rebellische Adel appellierte in seiner Auflehnung gegen die Wiener Regierung an das Volk; als jedoch die Bauern den Aufruf zu wörtlich nahmen und nicht nur gegen die landfremde Bürokratie, sondern auch gegen die eigenen Gutsherren aufstanden, und als die Bewegung sich gar auf die kroatischen und serbischen „Untertanen“ erstreckte, waren die adeligen Rebellen bald bereit, sich mit dem Nachfolger Josefs, dem Kaiser Leopold zu verständigen. Im Zeitalter der napoleonischen Kriege erhob sich der ungarische Adel abermals gegen Oesterreich; damals sagte Freiherr vom Stein, der große deutsche Patriot, über Ungarn: „Hat Ungarn eine Verfassung? Ein tumultuarischer Reichstag, die Exemitien (Ausnahme) einer Klasse von allen

Geldleistungen, Leibeigenschaft in ihrer rohesten Gestalt von drei Fünftel der Nation, das ist keine Verfassung.“ Der entrüstete Freiherr vom Stein sah freilich nur die eine, die reaktionäre Seite des ungarischen Adelskampfes gegen den Wiener Zentralismus — aber diese Seite hat er richtig gesehen. Der Kampf des ungarischen Adels um seine Freiheitsrechte, als deren wichtigstes er die völlige Steuerfreiheit betrachtete, ging in den nächsten Jahrzehnten weiter, aufs engste verflochten mit dem Kampf des ganzen Volkes gegen die Rekrutenaushebungen, gegen die verhaßte landfremde Bürokratie. Im Jahre 1825 erklärte der ungarische Reichstag, ein Grundstück, das in adelige Hände übergeht, gewinne schon dadurch eine andere, höhere Natur und werde steuerfrei; gleichzeitig aber verstand es der Reichstag, im Volke Rückhalt zu finden, dessen Souveränität er proklamierte. Derselbe Reichstag erzwang die Ersetzung der lateinischen durch die ungarische Amtssprache, wodurch er die Kroaten und Slowaken zum Kampf herausforderte: die ungarische Amtssprache wurde vorläufig nur in den ungarischen Gebieten eingeführt. Der Reichstag von 1830 war plötzlich regierungstreu; der politische Aufstand, der den demokratischen Gedanken unter den Slawen entflammte, hatte den ungarischen Adel erschreckt, und dieser Adel sprach aus dem Munde Nagys: „Was jetzt die Völker in Bewegung setzt, ist demjenigen geradezu entgegen, was uns zu verteidigen

das Heiligste ist. Alles ist von demokratischen Grundsätzen erfüllt, gleich einer Feuersbrunst greifen dieselben immer mehr um sich und drohen, unser aristokratisches System zu zerstören. Die Aristokratie muß jetzt zur Regierung halten.“ Als Preis für diese Regierungstreue war der Habsburger-Hof mit einer weitergehenden Magyarisierung einverstanden. Der Adel gab die Losung aus: „Wer Brot haben will, soll Magyarisch lernen!“ Der Reichstag von 1832 brachte nach langem Feilschen eine Vereinbarung zwischen den Großgrundbesitzern, den Magnaten, und der Wiener Regierung über die Aufrechterhaltung der bäuerlichen Fronknechtschaft; gleichzeitig wurde der auf Bauerngütern sitzende Kleinadel als steuerpflichtig erklärt. Die Fronten wurden klarer: auf einer Seite die Wiener Regierung und die Magnaten, auf der anderen Seite der kleine Landadel und die junge nationale Bourgeoisie, die in Ludwig Kossuth einen gewaltigen Tribunen fand.

Metternich setzte alles daran, den aristokratischen Charakter des Landes aufrechtzuerhalten. In einer Denkschrift sagte der Großherr der Reaktion: „Fabriken benötigt Ungarn nicht, es braucht alle Arme zur Bebauung des Bodens und muß sich sogar vor jeder industriellen Tätigkeit hüten, da der ungarische Volkscharakter dem Schwindel ein reiches Feld eröffnet.“ Ungarn sollte ein mittelalterlicher Agrarstaat bleiben, damit waren auch die ungarischen Magnaten — und



die deutschösterreichische Bourgeoisie einverstanden. Demgegenüber führten Kossuth und seine Parteigänger einen leidenschaftlichen Kampf für die Industrialisierung und Demokratisierung Ungarns, wobei — das ergab sich aus dem eigenartigen Kampfbündnis — die Privilegien des kleinen Landadels geschützt werden sollten. „Die Hauptbedingung unseres Daseins“, so rief Kossuth seinen Landsleuten zu, „liegt in unserer Nationalität, die ein Asyl gefunden hat in den niederen Hütten des Volkes und in den strohbedeckten Holzhäusern des kleinen Landadels... Wir sind eine ungarische Nation und wollen es bleiben, wir hören aber auf, es zu sein, wenn wir uns im Handel und in der Arbeit von Fremden beherrschen lassen.“

Die national-revolutionäre Bewegung der ungarischen Bourgeoisie und des ungarischen Kleinadels wollte den österreichischen Einheitsstaat sprengen — und einen ungarischen aufrichten; sie forderte die Befreiung von der österreichischen Vormundschaft und zugleich die „Freiheit“, die Slowaken und Kroaten rückhaltlos zu bevormunden. Der Patriotismus der jungen ungarischen Bourgeoisie hatte ein Doppelgesicht; ein revolutionär-demokratisches, der Wiener Regierung und den mit ihr verschworenen Magnaten zugewandt, und ein ganz und gar undemokratisches, das sie den Slawen zeigte. Schon 1842 kam es in Agram im Kampfe um die

Sprachenfrage zu blutigen Zusammenstößen zwischen Kroaten und Ungarn. Auf dem ungarischen Reichstag von 1843 wurden alle Fragen der demokratischen Erneuerung des Landes, auch die Sprachenfrage, aufgerollt; aber gerade in dieser Frage wollte die ungarische Fortschrittspartei beweisen, daß sie nicht weniger ungarisch war als die Partei der Reaktion. Die Kroaten, die an der alten lateinischen Amtssprache festhielten, wurden niedergeschrien, die Einführung der magyarischen Amtssprache wurde beschlossen. Hier sah nun der Kaiser seine große Chance; er stellte sich auf die Seite der Kroaten, entfernte in Agram ungarische Beamte aus der Verwaltung und ersetzte sie durch kroatische usw. 1844 eröffneten die Kroaten den offenen Kampf um die kroatische Amtssprache und gingen mit der Waffe in der Hand auf die Straße; Kossuth sah die Gefahr des Bündnisses zwischen den Kroaten und der Wiener Reaktion, aber anstatt die Berechtigung der kroatischen Forderungen anzuerkennen, wandte er sich gegen ihr Bestreben. Die Kroaten fürchteten daher, ein demokratisches Ungarn werde sie nicht weniger unterdrücken als ein aristokratisches und gewöhnten sich daran, in der Wiener Regierung das kleinere Uebel zu erblicken.

Am 3. März 1848 hielt Kossuth im ungarischen Reichstag eine aufrüttelnde Rede gegen die „Beinkammern des Wiener Systems“ und forderte im Namen

der Verbrüderung der verschiedenen Völker Oesterreichs die Konstitution. Am 14. März rief er zur Volksbewaffnung auf. Am 15. März wurden von einer Volksversammlung die zwölf Freiheitspunkte des „Radikal-cör“, der jungen Kossuth-Partei, angenommen. Ein revolutionärer Sicherheitsausschuß übernahm die Verwaltung Budapests. Die Ständetafel des Reichstags erklärte sich als Volksvertretung. Eine ungarische Reichsdeputation ging nach Wien; der Kaiser wagte nicht, ihre Forderungen zurückzuweisen. Ungarn wurde demokratisch und unabhängig. Als die kaiserliche Regierung darauf versuchte, die Rechte der ungarischen Regierung einzuschränken, antwortete Budapest mit einer Volkserhebung. Ein Flugblatt ging von Hand zu Hand: „Es gibt weder Herren noch Fronknechte mehr... Wir waren noch vor wenigen Tagen Bruchstücke von Völkern. Jede vereinigte Nation ist unüberwindlich.“ Die Wiener Regierung kapitulierte — bis auf weiteres.

Unendlich viel war erreicht — aber nun galt es, die Freiheit der ungarischen Nation dadurch zu sichern, daß sie die Freiheit anderer Nationen nicht beeinträchtigte, sondern rückhaltlos anerkannte. Noch standen ungarische Truppen unter Radetzky im Kampf gegen die nationale Revolution in Norditalien; sie wurden nicht abberufen. Mit den Kroaten kam es zu keiner Verständigung auf der Grundlage voller Gleichberechtigung, sondern nur zu

notdürftigen Kompromissen; das Sprachengesetz wurde zwar nicht in die Verfassung aufgenommen, aber grundsätzliche Forderungen der Kroaten blieben unberücksichtigt. Der kroatische Offizier Josef Jellačić zum Banus von Kroatien ernannt, schürte im Einverständnis mit Wien die Zwietracht zwischen Kroaten und Ungarn, drängte sich an die Spitze der nationalen Bewegung, proklamierte das Standrecht und verbot den Verkehr mit den ungarischen Behörden. Die unbefriedigenden Zugeständnisse der Ungarn wurden zurückgewiesen, der alte habsburgerisch gesinnte Adel Kroatiens im Bunde mit Klerus und Bürokratie gewann immer größeren Einfluß auf die national-demokratische Bewegung. Noch im März forderten die Kroaten die Errichtung eines selbständigen südslawischen Reiches im Rahmen der Monarchie. Mitte Mai erhoben die Serben auf ihrer Nationalversammlung in Karlowitz den Anspruch, als freie und selbständige Nation im Habsburger-Staat anerkannt zu werden. Die Slowaken traten in Lipto-St.-Mihaly zusammen und verlangten die volle Gleichberechtigung aller in Ungarn lebenden Nationen, eigenen Landtag, eigene Amtssprache. In Blasendorf versammelten sich die Rumänen und faßten dieselben Beschlüsse. Die Völker waren in Bewegung geraten, aber die ungarischen Bürger und Landadeligen waren keineswegs bereit, auf ihre nationale Vorherrschaft zu verzichten. Sie suchten Rückendeckung bei

der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt; die ungarische Delegation in Frankfurt sprach von der drohenden Gefahr des „Slawismus“, befürwortete nachdrücklich die Aufnahme der deutschösterreichisch-slawischen „Erbländer“ Habsburgs in den deutschen Bundesstaat und beteuerte, daß „Oesterreich sonst in eine slawische Monarchie umgewandelt werden müsse“. Diese betonte Gemeinsamkeit der deutschen und ungarischen Interessen bestärkte die slawische Solidarität. Die Kroaten und Slowaken traten in engen Kontakt mit den Tschechen und Polen und erwogen den Gedanken eines slawischen Schutz- und Trutzbündnisses. Jellačić versuchte am kaiserlichen Hof die Errichtung des südslawischen Reiches durchzusetzen, aber der Vorschlag wurde zurückgewiesen. Der Habsburger-Hof wollte den Einheitsstaat nicht preisgeben, er hatte Angst, nationalrevolutionäre Geister auf den Plan zu rufen, die er später nicht loszuwerden vermöchte (um so mehr, als die Serben den reaktionären kroatischen Kreisen widerstrebten und einen leidenschaftlichen demokratischen Freiheitsdrang erkennen ließen), und schließlich brauchte er noch immer die ungarischen Truppen in Italien, hoffte er noch immer, Budapest gegen Wien auszuspielen zu können. Jellačić wurde daher vorübergehend mit huldvoller Ungnade bedacht, die Bewegung der Kroaten gegen Ungarn wurde öffentlich gerügt und

insgeheim weiter unterstützt. Unterdessen waren die kampftentschlossenen Serben zu einem Freischarenkrieg gegen Ungarn übergegangen, auf eigene Faust, erbittert gegen Jellačić und die kroatischen Herren, denen sie vorwarfen, durch ihr Diplomatisieren mit den Habsburgern die Sache der Südslawen zu verderben. Sofort erhielten österreichische Offiziere vom Kriegsminister Latour die Weisung, sich in die Reihen der serbischen Freischaren zu stellen, und Jellačić schickte ihnen Bataillone, sowohl um die Ungarn zu treffen, als auch um die eigenwillige serbische Bewegung in die Hand zu bekommen.

Die ungarische Revolution hatte es also nicht verstanden, sich mit den demokratischen slawischen Kräften zu verbünden — gegen den gemeinsamen Feind, gegen den Feudaladel aller Nationalitäten, gegen die reaktionäre Regierung der Habsburger. Sie hatte diese Kräfte zurückgestoßen und stand ihnen nun auf Tod und Leben gegenüber. Nach den Siegen Radezkys über die italienischen Freiheitskämpfer ließ auch der kaiserliche Hof die Maske fallen, verbot den Ungarn, gegen die Kroaten und Serben zu rüsten und ließ den „geliebten Rebellen“ Jellačić gegen die ungarische Revolution marschieren. Gleichzeitig wurden in der Slowakei Freischaren gegen die Ungarn aufgestellt. In dieser Bedrängnis wandten sich die Ungarn nun an den Reichstag in Wien — aber die slawische Mehrheit des Reichstages weigerte sich, die ungarische

Deputation vorzulassen. Es war die Stunde der nationalen Vergeltung an dem magyarischen „Herrenvolk“ — unheilvoll für die Ungarn, aber nicht weniger unheilvoll für die Slawen, denen der österreichische Abgeordnete Löhner mit Recht zurief, daß mit dem Kampf der Magyaren aufs engste Demokratie und Freiheit der übrigen Völker verbunden sei, und daß man nach einer Niederlage der ungarischen Revolution von ihnen sagen werde: „Sie ließen ein Brudervolk ermorden, um bald alle geknechtet zu sein!“ Die Prophezeiung hat sich erfüllt; zu spät haben die Ungarn und zu spät die Slawen verstanden, daß die demokratische Revolution in Oesterreich nur zu siegen vermochte, wenn sie alle Völker zu einem Bruderbund vereinigte — durch das demokratische Recht auf Selbstbestimmung. Zwar hat das slowakische Volk in seiner großen Mehrheit die „Freischaren“ gegen Ungarn nicht unterstützt, und nicht wenige Slowaken haben in den Reihen der ungarischen Revolutionsarmee gekämpft; zwar haben die freiheitliebenden Serben mehr und mehr den konterrevolutionären Charakter ihres Kampfes erkannt und zum Teil den Kampf eingestellt, zwar konnte man auf den Mauern von Prag die Worte: „Eljen Kossuth!“ lesen — aber das alles vermochte das Unheil nicht mehr aufzuhalten. Heldenhaft und hoffnungslos fochten die Ungarn nicht nur für die eigene Freiheit, sondern in der Tat auch für die Freiheit der übrigen Völker der Monarchie — aber

erst im letzten Augenblick, unmittelbar vor dem Zusammenbruch, proklamierte das ungarische Parlament die Gleichberechtigung der Nationen. Es war zu spät von beiden Seiten, die ungarische Revolution wurde in Blut und Terror erstickt, und sofort wurde auch über die Serben, Kroaten und Slowaken die Militärdiktatur aufgerichtet. Die Führer der nationalen Bewegung, die Slowaken Stur und Hurban, der Rumäne Jancu und andere, wurden verhaftet und interniert, denn der siegreiche „Einheitsstaat“ hatte zwar die Idee der nationalen Selbstbestimmung gegen die ungarische Revolution ausgenützt, jetzt konnte ihm aber nichts so gefährlich werden als eben diese Idee.

In Ungarn waren es die national unterdrückten Slowaken, Kroaten, Serben und Rumänen, in Galizien die national unterdrückten Ukrainer, die der habsburgische Zentralismus gegen die Revolution mobilisierte. Schon im Jahre 1840 hatte die kaiserliche Polizei einen revolutionären Geheimbund junger polnischer Offiziere aufgedeckt, die ein freies und ungeteiltes Polen anstrebten; 300 Teilnehmer des Bundes wurden vor Gericht gestellt, mehrere zum Tode verurteilt. Als im Jahre 1846 die österreichischen Truppen in die Freistadt Krakau einmarschierten, erhoben sich die Polen Galiziens zum Aufstand gegen die habsburgischen Unterdrücker; aber gegen den aufständischen polnischen Adel griffen die ukraini-

schen Bauern zu ihren Sensen und Dreschflegeln, um die verhaßten Herren, die übermütigen Schlachtschützen niederzumähen. Die masurischen Bauern unter der Führung Szelas forderten die Enteignung der Pans, die Uebergabe des Bodens an die Bauerngemeinde. Die Schlösser des Adels gingen in Flammen auf und die Köpfe der erschlagenen Adelsführer wurden von den Bauern im kaiserlichen Kreisamt von Tarnow abgeliefert — denn in der habsburgischen Bürokratie erblickten die unerfahrenen Ukrainer ihren Schutzherrn gegen die polnischen Gutsbesitzer. In Oesterreich ging das Gerücht um, der Kreishauptmann von Tarnow habe den Bauern Kopfprämien bezahlt. Der österreichische Adel stellte sich an die Seite der polnischen Aufständischen, denn Aristokraten, die gegen den Habsburger-Staat mobilisierten, waren ihm ungleich sympathischer als revolutionäre Bauern, die durch die verworrenen Umstände auf die Seite der habsburgischen Reaktion gerieten. Die Regierung versuchte, die ukrainischen Bauern auch weiterhin gegen die nationale Revolution der Polen auszuspielen und bewilligte ihnen durch „Gnadengeschenke“ eine Reihe von Erleichterungen. Dagegen protestierte nun der gesamte Adel der österreichisch-ungarischen Monarchie, denn er fürchtete nicht mit Unrecht, das Beispiel der ukrainischen Bauern werde auf die gesamte Bauernschaft seine Wirkung nicht verfehlen. Der Klassenkampf hob sich über den nationalen

Kampf hinaus, die Regierung wich vor dem Adel zurück, die zentralistische Bürokratie zog den kürzeren. Im April 1848 flammte in Krakau der Aufstand hoch. Er wurde blutig niedergeworfen. Abermals gelang es dem Statthalter von Galizien, dem Grafen Stadion, die ukrainischen Bauern gegen die nationale Bewegung der Polen aufzubringen. Auch Lemberg, das im November 1848 gegen die habsburgische Konterrevolution zu den Waffen griff, blieb isoliert; die Stadt wurde bombardiert und ebenso niedergedrungen wie Prag und Wien durch Windischgrätz. Die Willkürherrschaft traf die Ukrainer nicht minder hart wie die Polen, aber die polnischen Pans verständigten sich mit dem kaiserlichen Hof und bildeten mit dem österreichischen Hochadel und den ungarischen Magnaten eine konterrevolutionäre Dreieinigkeit.

Die entscheidende Frage der österreichischen Revolution war das Verhältnis zwischen Tschechen und Oesterreichern. Die Tschechen waren das entwickeltste slawische Volk des Habsburger-Staates. Zwischen Böhmen und Mähren einerseits und den österreichischen „Erbländern“ andererseits bestanden die engsten wirtschaftlichen Verflechtungen. Durch die Gesamtheit der geographischen, historischen und ökonomischen Bedingungen waren die Tschechen und Oesterreicher aufeinander angewiesen. Die Oesterreicher mußten dabei bedenken, daß die aufstrebenden Tschechen sowohl durch die

geschichtliche Vergangenheit wie durch die germanisch-magyarische Umklammerung ihres Gebietes zu besonderem Mißtrauen berechtigt waren. Es war aufs höchste geboten, den Tschechen alle nur denkbaren Garantien gegen die von ihnen befürchtete Germanisierung zu gewähren. Schon im Jahre 1792, als der Adel die letzten Reste der josefinischen Reformen beseitigte, hatten die Tschechen, die sich damals „Originalböhmen“ nannten, Einspruch gegen die Germanisierung erhoben; entrüstet wurde dieser Einspruch von den „Landständen“ in Prag zurückgewiesen. Die französische Julirevolution und der polnische Aufstand des Jahres 1830 hatten das nationale Bewußtsein der Tschechen mächtig angeregt. Nun versuchte der böhmische Adel beider Nationalitäten, die nationalen Forderungen des erwachenden tschechischen Bürgertums für seinen Kampf gegen den Wiener Zentralismus auszunützen. Die böhmischen „Stände“ stürzten im Jahre 1843 den kaiserlichen „Oberstburggrafen“ Chotek und verlangten unter Führung des Grafen Thun die Wiederherstellung der „historischen Rechte“ Böhmens (in diesem Verlangen von dem jungen tschechischen Bürgertum unterstützt), gleichzeitig aber wandten sie sich gegen das Vordringen der Industrie und der Eisenbahnen, gegen die Forderung der Städte, ihre Bürgermeister und Räte zu wählen. Die städtischen Patrizier in Böhmen und Mähren waren in ihrer Mehr-

heit Deutschösterreicher. Für sie war das engste Bündnis mit dem aufsteigenden tschechischen Bürgertum und der tschechischen Intelligenz eine Lebensfrage, denn sonst bestand die Gefahr, daß die fortschrittlichen Tschechen in eine Front mit dem Adel gerieten, der aus reaktionären Gründen die „historischen Rechte der Wenzelskrone“ auf die Tagesordnung setzte. Die deutschsprechende Bourgeoisie hat diese Notwendigkeit nicht begriffen; sie sah in den tschechischen Bürgern und Intellektuellen eine lästige Konkurrenz und hatte Angst vor der Demokratie, da durch sie die slawische Mehrheit in Böhmen und Mähren zur Geltung kommen mußte. Im Jahre 1844 prägte der slowakische Pfarrer Johann Kollár in Budapest das stolze Wort: „Die Slawen haben sich gezählt und gefunden, daß sie in Europa die zahlreichsten sind; diese Berechnung hat sie von ihrer Kraft in Kenntnis gesetzt.“ Im selben Jahr war der tschechische Schriftsteller Karl Havlíček aus Rußland zurückgekehrt; er trat an die Spitze der tschechischen „Prager Zeitung“ und eröffnete den demokratischen Kampf für die Bauernbefreiung, für Verwaltungsreform, für die nationalen Rechte des Tschechentums. Der fortschrittliche tschechische Verein „Repeal“ (ein mahnender Hinweis auf den nationalen Freiheitskampf in Irland) wurde gegründet. Mit Unwillen blickten sowohl der böhmische Adel wie das deutschböhmische Bürgertum auf diese fortschrittliche

tschechische Bewegung, die einen aus Gründen ihrer Klassenherrschaft, die anderen aus Gründen der nationalen Konkurrenz.

Die Kunde von der französischen Februarrevolution 1848 zündete in Prag nicht weniger als in Wien und Budapest. Eine Massenversammlung, vom Verein „Repeal“ einberufen, beschloß am 11. März eine Petition, Aufhebung der Robote, engen Zusammenschluß von Böhmen, Mähren und Schlesien, konstitutionelle Rechte. Die Revolution in Wien und Budapest gab auch der Prager Bewegung größere Stoßkraft und kühnere Perspektiven. Die tschechischen Demokraten waren aufs innigste bereit, mit den Wienern zusammenzugehen, sich ihnen mit Leib und Seele anzuschließen — unter einer selbstverständlichen Voraussetzung: Garantien für volle nationale Gleichberechtigung. Eine tschechische Deputation begab sich nach Wien, ließ sich jedoch von der Regierung mit Ausflüchten abfertigen. In Prag erhob sich ein Sturm und eine zweite Deputation forderte kategorisch ein verantwortliches Ministerium für die böhmischen Kronländer und die Einsetzung zentraler Verwaltungsbehörden in Prag. Nun mußte die Regierung eine neue Verfassung für die böhmischen Kronländer zugestehen. Sofort begann der Widerstand der deutschböhmischen Bourgeoisie und des böhmischen Adels gegen die junge tschechische Demokratie offener hervorzutreten. In beiden Lagern erinnerte man sich

an die Zeit der Hussiten, und die tschechischen Demokraten sahen ernste Gefahren heraufziehen.

Auch die Stimmen aus den Reihen der deutschösterreichischen Demokraten waren zum großen Teil nicht ermutigend. Schon in ihrer ersten Nummer spritzte in Wien die neue Zeitung „Die Constitution“ Gift und Galle gegen die Slawen, nannte sie „Barbaren“ und „Mitteldinge zwischen Tieren und Eskimos“ und war in nationalem Dünkel nur bereit, die Ungarn und Italiener als gleichberechtigte Kulturvölker anzuerkennen. Ebenso war die „Allgemeine österreichische Zeitung“ ausgesprochen antislawisch. In Böhmen und Mähren begannen sich „deutsche Schutzvereine“ gegen die nationalen Ansprüche der Tschechen herauszubilden. Die großdeutschen Forderungen der Deutschböhmern waren mit mehr oder weniger versteckten Drohungen gegen die Tschechen gespickt, gegen diesen „bedeutungslosen Volksstamm“, dem man in Großdeutschland seine „Sonderwünsche“ schon austreiben werde. Es war daher durchaus verständlich, daß die Tschechen von Großdeutschland die schonungslose Germanisierung befürchteten, daß Havlíček am 17. März einen Artikel „Unsere Fahne“ veröffentlichte, in dem es hieß, Oesterreich müsse völlig aus Deutschland ausscheiden und ein Bundesstaat werden. Im Rahmen dieses Staates sollten Böhmen, Mähren und Schlesien einen engeren Verband bilden mit völliger administrativer Selbstän-

digkeit gegenüber der Wiener Regierung. Die Befürchtungen der Tschechen mußten sich steigern, wenn sie beobachteten, wie das „revolutionäre“ Preußen sich rücksichtslos polnische Gebiete aneignete und ein Blutbad unter den Polen anrichtete, von dem die „Neue Rheinische Zeitung“ schrieb, es sei „das verheerende Wüten einer des Dreißigjährigen Krieges würdigen Soldateska“. Der deutsche Nationalismus erhitzte auch den tschechischen, und auch auf Seite der Tschechen wurden häufig die demokratischen Bestrebungen von nationalistischen Stimmungen überwuchert, aber die geschichtliche Schuld daran trugen die Deutschen und Deutschösterreicher. „Eine Nation“, schrieb damals Karl M a r x, „die sich in ihrer ganzen Vergangenheit zum Werkzeug der Unterdrückung gegen alle anderen Nationen hat mißbrauchen lassen, eine solche Nation muß erst beweisen, daß sie wirklich revolutioniert ist.“ An solchen Beweisen hat es im wesentlichen gefehlt. Das geplante Großdeutschland trat den Tschechen in wenig verlockender Gestalt entgegen. Wenn auch die österreichischen Delegierten im Frankfurter Vorparlament die Gemeinschaft mit den slawischen Völkern Oesterreichs hervorhoben, wenn auch Andrian sagte: „Wir müssen die Garantie für die Konsolidierung und die Entwicklung aller nichtdeutschen Nationalitäten übernehmen und sicherstellen!“, und Kuranda erklärte: „Wir wollen in der deutschen Verfassung die Aufrechterhaltung und

Hochachtung fremder Nationalitäten aussprechen und dadurch der Welt ein Beispiel der Humanität und des höheren Staatsrechtes geben!“ — das Gesamtbild entsprach keineswegs diesen Deklarationen. Der durch und durch großdeutsche Oesterreicher A n a s t a s i u s Grün (Graf Auersperg) hat über seine „nieder-schmetternden Eindrücke“ in Frankfurt berichtet: „Jeder Tag brachte neue Beweise von der Unkenntnis unserer nichtösterreichischen Kollegen über unsere Zustände; ich meine keineswegs eine Unkenntnis der äußerlichen statistischen Verhältnisse, wohl aber des inneren, massenbergenden Volksgeistes und Volkslebens. Man wollte die Millionen Slawen Deutsch-österreichs bei Deutschland haben, ignorierte sie aber entweder oder behandelte sie wegwerfend als halb-wilde Barbaren und Despotenknechte und zeigte eben dadurch, daß man sie nicht kannte.“

Die Tschechen waren also nicht unbegründet gegen die großdeutschen Konzeptionen, von deren Verwirklichung sie den Untergang ihres Volkstums befürchteten. Der geistige Führer der Tschechen, Palacky, weigerte sich daher, die Einladung des Fünfzigerausschusses nach Frankfurt anzunehmen und erwiderte am 11. April, er sei gegen den Anschluß an Deutschland und halte Oesterreich für eine Notwendigkeit. Er betonte, die kleinen Donauvölker, jedes für sich allein nicht stark genug, übermächtige Nachbarn abzuwehren, müßten beisammenbleiben, fest mit-



einander vereinigt. Seine Worte sind berühmt geworden: „Die wahre Lebensader dieses notwendigen Völkervereines ist die Donau; seine Zentralgewalt darf sich daher von diesem Strom nicht weit entfernen, wenn sie überhaupt wirksam sein und bleiben will. Wahrlich, existierte die österreichische Monarchie nicht schon längst, man müßte im Interesse Europas, im Interesse der Humanität selbst sich beeilen, sie zu schaffen.“ Das war bei weitem übertrieben, und Palacky hat später seine Illusionen über den Habsburger-Staat berichtet. Jedenfalls aber kennzeichnete seine Kundgebung den aufrichtigen Willen der Tschechen, mit den Oesterreichern und den übrigen Donauvölkern gemeinsam den Weg des Fortschritts, der demokratischen Verständigung zu gehen. Die Ablehnung der großdeutschen Pläne war in Böhmen fast allgemein. In Prag meldeten sich nur drei Wähler für das Frankfurter Parlament. Nur 13 von 68 Wahlbezirken entsandten Delegierte in die Paulskirche. Auch die deutschböhmisches Bourgeoisie war zum großen Teil anschlusseindlich; sie hatte Angst vor der deutschen Konkurrenz und wollte lieber ein „Herrenvolk“ in Oesterreich sein und bleiben.

Ja, sie wollten ein „Herrenvolk“ sein, die Deutschböhmen. Sie verjagten aus ihren Städten die Abgesandten des tschechischen Nationalausschusses und gingen lieber mit dem Adel zusammen, der dem tschechischen Nationalausschuß in Todfeindschaft

gegenüberstand, weil er die Bauernbefreiung forderte. Der Fürst Windischgrätz gründete einen „Verein für Ruhe und Ordnung“, dem sich auch viele deutschböhmisches Bürger anschlossen, um gegen die „Hussiten“, gegen die tschechischen Demokraten einzuschreiten. Unter dem Druck der Deutschösterreicher und der Ungarn wuchs die allslawische Bewegung. Am 1. Mai erschien der Aufruf zu einem Slawenkongreß in Prag mit einer schroffen Absage an das Frankfurter Parlament. „Der Anschluß Oesterreichs an den deutschen Bundesstaat“, so hieß es in diesem Aufruf, „würde nicht nur die Einheit Oesterreichs, sondern auch die Selbständigkeit der slawischen Volksstämme vernichten.“ Ende Mai versammelten sich die Delegierten zu dem Slawenkongreß. Es waren die Tage der Mairevolution in Wien, an der vor allem das stärkere Hervortreten des großdeutschen Gedankens die Slawen beunruhigte. Die erschreckte Bourgeoisie aller Nationalitäten begann in das Lager der Konterrevolution umzuschwenken. Diesen Augenblick hielten die böhmischen Adligen und Klerikalen für besonders günstig, um das tschechische Bürgertum in den Kampf gegen das revolutionäre Wien mit seinem großdeutschen Anstrich einzuspannen. Teile des tschechischen Bürgertums ließen sich herüberziehen, aber die tschechische Intelligenz, die demokratischen Jungtschechen, leisteten Widerstand. Gegen ihren Einspruch proklamierte Graf Thun

am 29. Mai eine provisorische Regierung und bat den Kaiser um seine Zustimmung. Diese Zustimmung wurde aus denselben Gründen verweigert, aus denen der Vorschlag Jellačić abgelehnt worden war; ein südslawisches Reich zu errichten; so dankbar der kaiserliche Hof den kroatischen und tschechischen Adelsherren für ihre konterrevolutionären Umtriebe war, so wenig war er bereit, den zentralistischen Einheitsstaat preiszugeben. Graf Thun war also wie Jellačić zu einem „geliebten Rebellen“ geworden.

In dieser gespannten Situation wurde am 2. Juni der Slawenkongreß unter dem Vorsitz Palackys eröffnet. Palacky erhob seine Stimme: „Die Rettung Oesterreichs liegt allein in einem innigen Anschluß der Völker aneinander. Die Völker müssen erkennen, daß ihre staatliche Existenz wie ihre konstitutionelle Freiheit nur dann gewahrt ist, wenn sie sich zu einem österreichischen Bundesstaat vereinigen.“ Er forderte die Einberufung eines Völkertages in Wien, um eine Verständigung der Nationen auf der Grundlage der vollen Gleichberechtigung herbeizuführen. Ein Manifest des Slawenkongresses an alle Völker Europas betonte den Gedanken der Volkssouveränität, der demokratischen Selbstbestimmung und schloß mit den Worten: „Wir, die wir die Jüngsten, doch nicht die Schwächsten, auf der politischen Bühne Europas wieder erscheinen, beantragen sofort die Beschickung eines allgemeinen

europäischen Völkerkongresses zur Ausgleichung aller internationalen Fragen: denn wir sind überzeugt, daß sich freie Völker leichter untereinander verständigen als bezahlte Diplomaten.“

Während der Tagung des Kongresses drängten die Spannungen zwischen den Klassen und den Nationen einer Entladung entgegen. Der demokratische Geist des Kongresses erbitterte die Adelsreaktion, der nationale die Deutschböhmen. Fürst Windischgrätz hatte erklärt, er sehne schon längst den Augenblick herbei, „die Revolution gründlich zu zerschmettern“. Sein „Bund für Ruhe und Ordnung“ ließ nichts unversucht, um die Tschechen zu provozieren. Die tschechischen Arbeiter, Kleinbürger und Studenten setzten sich zur Wehr. Am 12. Juni wurde Prag zur Stadt der Barrikaden. Es war der Tag des bewaffneten Aufstandes der tschechischen Demokratie. Windischgrätz setzte sofort Militär ein, aber als die Straßenkämpfe nicht nachließen, wurde er abberufen. Am 16. Juni kehrte er wieder — mit Artillerie. Er ließ die Stadt beschießen, erzwang ihre Uebergabe und errichtete die Militärdiktatur. Es war der erste Sieg der Konterrevolution, der tragische Wendepunkt. Das deutschböhmische Bürgertum benahm sich schmachvoll, jubelte über die Niederwerfung der „Hussiten“. Eine deutschböhmische Volksversammlung in Aussig sandte eine Dankadresse an Windischgrätz als den „Sachwalter deutscher

Interessen". Der deutschmährische Abgeordnete Giskra forderte, daß man die tschechische Bewegung schonungslos niederhalte; sein Kollege Beidtel nannte es „eine Ehrensache, die Hegemonie der Deutschen mit allen Mitteln aufrechtzuerhalten“. Der in Leipzig errichtete „Verein für die Wahrung der deutschen Interessen in den östlichen Grenzländern“ ermahnte seine „deutschen Brüder in Böhmen“, im Kampf gegen die Tschechen nicht zu erlahmen und rief ihnen zu: „Ganz Deutschland steht zu eurem Schutz hinter euch, ermannt euch und handelt!“ Der deutsche Bundestag erließ an Preußen, Sachsen und Bayern den Befehl, Truppen gegen die Tschechen bereitzustellen. Es war eine hundsöttische Orgie deutschnationaler Bestialität.

Machtvoll erhob sich die Stimme des größten Deutschen gegen die blutrünstige Niedertracht. Karl Marx schrieb am 17. Juni in der „Neuen Rheinischen Zeitung“: „Ein neues posensches Blutbad bereitet sich in Böhmen vor. Die österreichische Soldateska hat die Möglichkeit eines friedlichen Zusammenlebens von Böhmen und Deutschland im tschechischen Blut erstickt. . . .“

Der Aufstand mag endigen wie er will, ein Vernichtungskrieg der Deutschen gegen die Tschechen bleibt jetzt die einzig mögliche Lösung.

Die Deutschen haben in ihrer Revolution die Sünden ihrer ganzen Vergangenheit zu büßen. Sie haben sie gebüßt in Italien. Sie haben sich in Posen abermals den

Fluch von ganz Polen aufgeladen. Und jetzt kommt noch Böhmen dazu.

Die Franzosen haben sich selbst da, wo sie als Feinde kamen, Anerkennung und Sympathien zu erhalten gewußt. Die Deutschen werden nirgends anerkannt, finden nirgends Sympathien. Selbst wo sie als großherzige Freiheitsapostel auftreten, stößt man sie mit bitterem Hohn zurück.

Und man hat recht. Eine Nation, die sich in ihrer ganzen Vergangenheit zum Werkzeug der Unterdrückung gegen alle anderen Nationen hat gebrauchen lassen, eine solche Nation muß erst beweisen, daß sie wirklich revolutioniert ist. Sie muß es anders beweisen als durch ein paar halbe Revolutionen, die kein anderes Resultat haben, als unter anderen Gestalten die alte Unentschiedenheit, Schwäche und Uneinigkeit fortbestehen zu lassen. . . .

Das revolutionäre Deutschland müßte sich, namentlich in Beziehung auf die Nachbarvölker, von seiner ganzen Vergangenheit lossagen. Es müßte zugleich mit seiner eigenen Freiheit die Freiheit der Völker proklamieren, die es bisher unterdrückt hatte.

Und was hat das revolutionäre Deutschland getan? Es hat die alte Unterdrückung Italiens, Polens und nun auch Böhmens durch die deutsche Soldateska vollständig ratifiziert. . . .

Und da verlangen die Deutschen, die Tschechen sollen ihnen vertrauen?

Und man verdenkt den Tschechen, daß sie sich nicht an eine Nation anschließen wollen, die, während sie sich selbst befreit, andere Nationen unterdrückt und mißhandelt?“

Marx sah, daß ein Abgrund sich zwischen Tschechen und Deutschen öffnete. Er sagte voraus, daß den Tschechen nun kein anderer Weg bleibe, als sich der Konterrevolution anzuschließen. Er hat, als die Tschechen dann in ihrer Mehrheit wirklich diesen Weg gingen, harte und bittere Worte gegen sie gebraucht — im Einsatz seiner ganzen Persönlichkeit für die deutsche Revolution; aber vom Anfang an hat er die Schuld der Deutschen und der Deutschösterreicher an der Entscheidung der Tschechen gebrandmarkt.

In der Tat: die Tschechen sind nach der Niederwerfung des Prager Aufstandes, nach dem ungeheuren Verrat der deutschen Demokratie am tschechischen Freiheitskampf, in ihrer Mehrheit zur habsburgischen Konterrevolution übergegangen. Sie erblickten in den Habsburgern ihren Schutz, in der Monarchie das kleinere Uebel. Als Fürst Windischgrätz, der Würger von Prag, am 11. Oktober 1848 die Tschechen zum Marsch gegen Wien aufrief, haben viele dem Rufe Folge geleistet; freilich, wenn die Deutschösterreicher sagen durften: „Durch eure Hände wurde die österreichische Revolution geschlagen!“, so konnten die Tschechen erwidern: „Und durch eure Hände wurde vorher die tschechische

Freiheit erwürgt!“ Es muß hinzugefügt werden, daß viele aufrechte tschechische Demokraten, Arbeiter und Studenten, trotz ihrem Groll gegen Wien, ihre Hände für Windischgrätz nicht hergaben. Und nach dem heldenmütigen Untergang der Wiener Revolution, nach dem Siegesgeheul der schwarzgelben Hyänen, suchten die tschechischen Delegierten im Reichstag von Kremsier wieder Annäherung an die deutschösterreichischen Demokraten. Und schließlich: noch im Frühjahr 1849 haben die demokratischen Jungtschechen sich mit den süddeutschen Demokraten zu gemeinsamem Kampf verständigt. Ihre Organisation wurde im April 1849 von der österreichischen Polizei zertrümmert, die Teilnehmer wurden vor ein Kriegsgericht gestellt, Prag und Böhmen verstummte unter der eisernen Sohle der Militärdiktatur.

Im Reichstag von Kremsier, der nur mehr ein Schattenspiel war (das Licht im Hintergrund war die noch unbesiegte ungarische Revolution und nach ihrer Niederlage wurden die Schatten von allumfassender Dunkelheit verschlungen), in diesem Reichstag wurde noch einmal der Versuch unternommen, eine Einigung zwischen Deutschösterreichern und Slawen zustandezubringen. Palacky eröffnete am 25. Jänner 1849 die Diskussion über den neuen Verfassungsentwurf mit den Worten: „Wir müssen Oesterreich so errichten, daß die Völker gern in Oesterreich existieren, das sei die uns leitende Idee.“ Es war

der Gedanke, den schon der konstituierende Wiener Reichstag in seiner Proklamation vom 7. Oktober 1848 verkündet hatte: „Wir sollen einen politischen Staatsbau aufführen, der verschiedene Völker zu einem brüderlichen Völkerstaat vereinigt, dessen unerschütterliche Grundlage das gleiche Recht, dessen Lebensprinzip die gleiche Freiheit aller sein soll.“ Wie diesen großen und richtigen Gedanken verwirklichen? Palacky schlug vor, die Monarchie in eine Föderation von acht nationalen Ländergruppen umzuwandeln: Deutsch-Oesterreich, Tschechisch-Oesterreich, Polnisch-Oesterreich, Illyrisch-Oesterreich, Italienisch-Oesterreich, die ungarischen Länder und die wallachischen Gebiete. Die Mehrheit der deutschösterreichischen Abgeordneten war leidenschaftlich dagegen; sie wollten in einem zentralistischen Staat das „Herrenvolk“ sein. Der Vorschlag Palackys wurde abgelehnt, ein Kompromißvorschlag des Abgeordneten Kajetan Mayer stand vor der Annahme — als die Soldaten seiner Majestät den Reichstag auseinanderjagten. Auch der Vorschlag Mayers, ein Mittelding von Einheitsstaat und Föderation wäre hundertmal besser gewesen als das, was dann kam — die Säbelherrschaft Franz Josefs, Uniform und Weihrauchwolke, und später das Ausspielen aller gegen alle, das düstere „Fortwursteln“ bis zum Zusammenbruch; ja, der Vorschlag Mayers wäre besser gewesen, aber aus Tinte und Papier entstehen keine Verfassungen, sondern aus

den realen Machtverhältnissen, und da die Nationen wechselseitig die demokratische Revolution umgebracht hatten, hatten sie nichts zu erwarten als die Konterrevolution.

Das Verhältnis zwischen Tschechen und Oesterreichern, zwischen Prag und Wien, blieb das große Zentralproblem. Daß es zwischen den beiden aufeinander angewiesenen Völkern zu keiner Verständigung kam, ist nicht nur die Schuld der Habsburger, die dem Grundsatz Franz I. treu blieben bis zum Untergang, sondern in höchstem Maße auch die Schuld der österreichischen Bourgeoisie, die nicht nur Herrenklasse, sondern auch Herrennation sein wollte und dadurch für kommende Zeiten schwerstes Leid über Oesterreich heraufbeschwor. Als der kluge österreichische Demokrat Adolf Fischhof im Jahre 1869 seine Broschüre „Oesterreich und die Bürgerschaften seines Bestandes“ veröffentlichte, wurde er von den Wortführern der österreichischen Bourgeoisie als „slawischer Reaktionär“, als „nationaler Verräter“ gebrandmarkt. Was war sein Verrat? Daß er schrieb: „Keine der großen Nationalitäten Oesterreichs kann für sich allein den Bestand der Monarchie sichern, aber jede derselben vermag durch ihren Widerstand das Reich zu gefährden; destruktiv einwirken kann jede einzeln, konstruktiv vorgehen können nur alle vereint . . . . Es ist ein Lebensinteresse des Nationalitätenstaates, die Gefühle seiner Völker zu schonen, alles

von ihnen fernzuhalten, was sie an Fremdherrschaft mahnt, und ihre Wünsche so weit zu erfüllen, als seine eigene Sicherheit es ihm gestattet. Er muß ihnen somit die Garantie bieten, daß eines dem anderen nicht subordiniert, sondern koordiniert sei, daß sie nicht als Parteien gegeneinander, sondern als Verbündete neben- und miteinander gehen; denn, was die Volkseinheit für den Nationalstaat, ist die Völkereinigkeit für den Nationalitätenstaat." Das war die Mahnung der Vernunft; sie wurde von der österreichischen Bourgeoisie als Ausdruck des Verrats zurückgewiesen. Der Kampf zwischen Tschechen und Oesterreichern wurde zu einem der Elemente der Sprengung des alten Donaustaats. Der Donaustaat kann nicht wiederkehren; aber freundschaftliche Beziehungen zwischen Tschechen und Oesterreichern sind unerläßlich, damit die Zukunft anders werde als die Vergangenheit.

Die s l a w i s c h e n Völker des Habsburger-Staates kämpften im Jahre 1848 leidenschaftlich gegen den Anschluß Oesterreichs an einen deutschen Bundesstaat, weil sie von ihm den Untergang ihres Volkstums befürchteten, die u n g a r i s c h e n Demokraten setzten sich lebhaft für den Anschluß ein, weil sie von ihm die Niederhaltung der Slawen erhofften — aber was war die Meinung, der Wunsch und Wille der Oesterreicher selbst? Wollten sie in einer großen deutschen Nation aufgehen, die noch nicht existierte, sondern erst im Werden begriffen war, oder wollten

sie Oesterreicher bleiben? In dieser Frage ist „viel geflunkert worden“, wie der entschieden großdeutsch denkende Adolf Frankl am 12. August 1866 an seinen Freund Anastasius Grün schrieb; er fügte hinzu: „Immer und immer wieder drängt sich mir der Zweifel auf, ob denn auch die deutsche Bevölkerung Oesterreichs in Wahrheit sich eine Vereinigung mit Deutschland wünscht.“ Die Frage, durch die demokratische Revolution unabweisbar auf die Tagesordnung gesetzt, wurde nur zögernd und widerspruchsvoll beantwortet. In Deutschland war, wie Lenin hervorgehoben hat, die nationale Vereinigung „die zentrale Frage der bürgerlich-demokratischen Revolution“; war sie es auch in Oesterreich?

Man muß, um hier Klarheit zu gewinnen, die tiefe Verschiedenheit der geschichtlichen Entwicklung in Deutschland und Oesterreich berücksichtigen. Während Deutschland seit dem Dreißigjährigen Krieg in einen Haufen kleiner und kleinster Staaten zerfallen war, hatte sich Oesterreich zur europäischen Großmacht aufgeschwungen. Die deutschsprechenden Oesterreicher gingen ihren eigenen Weg. Die deutsche Misere hatte für sie nicht die geringste Anziehungskraft. Sie fanden in der weiträumigen Monarchie, trotz den vielen reaktionären Hemmungen durch die verfaulende Feudalordnung, als privilegiertes „Staatsvolk“ wirtschaftlich und politisch bedeutende Möglichkeiten. Die österreichischen „Erb-

länder“ verschmolzen mit Böhmen, Mähren und Schlesien zu einer festen ökonomischen Einheit. Die Siege des Prinzen Eugen hatten im Südosten verlockende wirtschaftliche Chancen erschlossen. Der Adriaafen Triest wurde für die langsam aufsteigende österreichische Bourgeoisie zu einem wichtigen Ansatzpunkt kaufmännischer, kapitalistischer Initiative. Die Blicke der Oesterreicher waren von Deutschland abgewandt; für sie war nicht nationale Vereinigung, sondern weitgehende Vereinheitlichung des Habsburger-Staates die Zentralfrage.

Das änderte sich ein wenig in den Zeiten des qualvoll reaktionären Metternich-Systems, des wirtschaftlichen und geistigen Aufschwungs in einer Reihe von deutschen Gebieten. Eine dünne Schicht der österreichischen Bourgeoisie und Intelligenz begann nach Deutschland zu blicken. Durch den fortschrittlichen deutschen Humanismus war ein neues magnetisches Kraftfeld entstanden; von Deutschland her erwarteten die fortschrittlichsten Oesterreicher die schmerzlich herbeigesehnte politische Erneuerung. Man darf jedoch die Kraft dieser neuen Stimmung nicht überschätzen; Oesterreich blieb zum Beispiel außerhalb des deutschen Zollvereins, auf Betreiben der österreichischen Bourgeoisie, deren Interessen nicht in einer wirtschaftlichen Verschmelzung mit Deutschland lagen. Und Anton Springer hat die allgemeinen Auffassungen richtig wiedergegeben, als er schrieb:

„Bis in die vierziger Jahre blieb auch den deutschen Stämmen Oesterreichs die politische Teilnahme für Deutschland durchaus fern; sie beharrten, bei allen Sympathien für deutsche Bildung, in vollkommener Gleichgültigkeit gegen die politischen Bestrebungen der Stammesgenossen und ließen sich erst durch revolutionäre Leidenschaften und von außen angeregt, auf die Erörterung ihres politischen Verhältnisses zu Deutschland ein.“ In diesem Zusammenhang ist es notwendig, das rassistische Geflunkervon der „Stimme des Blutes“ abzutun. Diese geheimnisvolle „Stimme des Blutes“ hat jahrhundertlang vollkommen geschwiegen. Und nicht das gemeinsame „Blut“, sondern gemeinsame Wirtschaftsinteressen der aufstrebenden Bourgeoisie, das gemeinsame Bedürfnis breiter Volksschichten, die unerträgliche Feudalordnung abzuschütteln und ihre Energien gegen die kleinliche Tyrannei zu vereinigen, die gemeinsame Sprache, die durch das Wachstum der allgemeinen Bildung und besonders durch die Schöpfungen der großen bürgerlichen Humanisten zu einem Element der Vereinigung wurde — das waren die wesentlichen Triebkräfte der nationalen Bewegung. In Deutschland kam dazu, daß für die aufstrebende Bourgeoisie die Zerrissenheit des Reiches nicht nur im Innern, sondern auch nach außen hin untragbar geworden war, daß sie eines mächtigen Staates bedurfte, um ihre Interessen wirkungsvoll wahrzunehmen.

Die österreichische Bourgeoisie hatte einen mächtigen Staat und wollte ihn nicht um einer noch reichlich unklaren Neugründung willen preisgeben. Etwas anderes jedoch ließ es sehr bald auch der österreichischen Bourgeoisie wünschenswert erscheinen, ohne Verzicht auf den eigenen Staat mit Deutschland eine enge Verbindung herzustellen: das Erwachen der slawischen Nationen durch die revolutionäre, demokratische Bewegung. Um gegenüber den Slawen das „Herrenvolk“ zu bleiben, befreundete sich die österreichische Bourgeoisie mit den großdeutschen Bestrebungen. Auch diesen Prozeß hat Anton Springer richtig dargestellt, als er schrieb: „Kräftiger als die Sehnsucht nach der Einigung der deutschen Nation, diesem zukünftigen Ideal, regte sich bei den Deutschösterreichern die gegenwärtige Furcht vor der Feindschaft der übrigen österreichischen Völker und die begründete Sorge, mit den letzteren über das größere oder geringere Maß der Rechte einen harten Kampf bestehen zu müssen.“ Mit brutaler Deutlichkeit erklärte ein deutschböhmischer „Schutzverein“, es sei schließlich und endlich besser, Oesterreich „zerstückelt auf dem Altar des wiedererstandenen Deutschland zum Opfer zu bringen, als ungetrennt dem Slawismus zur Beute fallen zu lassen“. Und nicht weniger deutlich schrieb der deutschösterreichische Delegierte Ignaz Kuranda am 1. Oktober 1848 in der „Ostdeutschen Post“: „Aber wenn die Erhaltung dieses

großen Oesterreich auch nur mit der kleinsten Gefahr für unsere Nationalität verbunden sein sollte oder wenn gar der Schwerpunkt der Monarchie nach slawischer Seite fallen und die Autonomie des deutschen Willens von der slawischen Majorität bedroht würde, dann mag immerhin die Monarchie in Trümmer fallen, dann ist es unsere heilige Pflicht, dasselbe zu tun, was die Italiener und Kroaten gegen ihre Unterdrücker unternommen haben.“

Das Aufgehen in der werdenden deutschen Nation erschien der österreichischen Bourgeoisie also nur als letztes, verzweifeltes Auskunftsmittel, wenn es nicht möglich sein sollte, die herrschende Stellung in Oesterreich aufrechtzuerhalten. Um diese herrschende Stellung in Oesterreich ging der Kampf, und die Verkopplung mit dem deutschen Bundesstaat wurde vor allem als Rückendeckung gegen die Slawen betrachtet. Es gab aber noch einen zweiten Beweggrund: die österreichische Bourgeoisie sah mit Unbehagen den Aufstieg Preußens und wollte auf keinen Fall dem alten Rivalen die Vormachtstellung in Deutschland überlassen. Dem aufmerksamen Beobachter Anton Springer ist auch diese Tendenz nicht entgangen: „Das Verständnis deutscher Interessen war nur bei wenigen vorhanden, dagegen Haß und Eifersucht gegen Preußen allgemein verbreitet... Die Freisinnigen frohlockten über die Märzrevolution in Wien, welche vollendet war, ehe



noch in Berlin an irgend ein größeres Zugeständnis gedacht wurde, welche von der Kraft des österreichischen Volkes ein so glänzendes Zeugnis ablegte, die Macht und die Größe Oesterreichs neu zu begründen; und nun sollte abermals Preußen den Vorsprung abgewinnen, das Erbe Oesterreichs für sich in Anspruch nehmen?... Nationale Eifersucht, Rivalität gegen Preußen, nebelhafte Vorstellungen von deutscher Freiheit, den süddeutschen Republikanern abgelauscht, bildeten den Kern des plötzlich aufflammenden deutschen Bewußtseins." Der Kampf zwischen Preußen und Oesterreich wurde auch in der Frankfurter Nationalversammlung ausgefochten, wo die Anhänger Preußens erklärten, ein so rückständiger und national so buntscheckiger Staat wie Oesterreich könne niemals die Führung in Deutschland beanspruchen; dazu sei Preußen ausersehen. Und schon am 30. März hatte die „Deutsche Zeitung“ geschrieben: „Der Staat, der noch immer am weitesten zurück ist, kann nicht unser Führer werden. Wir können nicht warten, bis Oesterreich nachholt, was es versäumt hat. Und es ist nun einmal nur halbdeutsch und stünde immer mit einem Fuß außerhalb Deutschlands. Die Stimmen erheben sich in Deutschland, die Oesterreichs Austritt aus dem Deutschen Bund geradezu begehren.“ Es war eine törichte Anmaßung, wenn Preußen das in der Revolution viel weiter vorgeschrittene Oesterreich als „rückständig“

abkanzelte; aber richtig war, daß die österreichische Bourgeoisie nur mit einem Fuß innerhalb Deutschlands zu stehen beabsichtigte. Sie wollte zwei Hasen auf einmal jagen: in Oesterreich wollte sie das herrschende „Staatsvolk“ und in Deutschland zugleich die führende Kraft sein. Sie wollte sich wirtschaftlich von der deutschen Konkurrenz abschließen und politisch in Deutschland eine ausschlaggebende Rolle spielen. Sie wollte österreichisch bleiben, aber auf den Rückhalt in Deutschland nicht verzichten. Der norddeutsche, in Wien lebende Dichter Friedrich Hebbel hat diesen Zwiespalt in seiner Tagebucheintragung vom 18. April 1848 treffsicher gekennzeichnet: „Die lieben Oesterreicher! Sie sinnen jetzt darüber nach, wie sie sich mit Deutschland vereinigen können, ohne sich mit Deutschland zu vereinigen! Das wird schwer auszuführen sein, ebenso schwer, als wenn zwei, die sich küssen wollten, sich dabei den Rücken zukehren wünschten!“

So wurde die österreichische Bourgeoisie zwischen der Angst vor den Slawen, der Furcht vor einem zu starken Preußen und dem Alptraum, bei einem Aufgehen in Deutschland werde Wien zu einer Provinzstadt verkümmern, hin und her gerissen. Die Anhänger eines bedingten Zusammenschlusses mit Deutschland wollten von einem deutschen „Bundestaat“ nichts wissen, sondern nur von einem deutschen „Staatenbund“. Am 21. April betonte die

Regierung in einer offiziellen Stellungnahme zwar ihre „Anhänglichkeit an die gemeinsame deutsche Sache“, fügte jedoch hinzu, der österreichische Staat „kann nie ein gänzlichliches Aufgeben der Sonderinteressen seiner verschiedenen, zum Deutschen Bund gehörigen Gebietsteile, eine unbedingte Unterordnung unter die Bundesversammlung, ein Verzichten auf die Selbständigkeit der inneren Verwaltung mit seiner besonderen Stellung vereinbarlich finden und muß sich die besondere Zustimmung zu jedem von der Bundesversammlung gefaßten Beschluß unbedingt vorbehalten“. Am selben Tag veröffentlichte die „Wiener Zeitung“ einen Artikel: „Ich stimme für einen Staatenbund.“ Durch diese entschiedene Forderung nach einer Sonderstellung Oesterreichs, durch das entschlossene Festhalten der österreichischen Bourgeoisie an den slawischen Ländern des Habsburger-Staates, gewannen die Anhänger Preußens in Frankfurt das Uebergewicht, und am 27. Oktober wurde der Paragraph 2 des Verfassungsentwurfes angenommen, der besagte, daß kein Teil des Deutschen Reiches mit nichtdeutschen Ländern zu einem Staat vereinigt sein dürfe. Am 28. März 1849 kam es zu der Spießbürgerkomödie des Angebots der deutschen Kaiserkrone an den König von Preußen, der entrüstet ablehnte; wenige Tage später wurden die österreichischen Delegierten aus Frankfurt abberufen.

Neben jener Strömung der österreichischen Bour-

geoisie, die den bedingten Zusammenschluß mit Deutschland befürwortete, gab es von Anfang an eine zweite, die sich lediglich auf Oesterreich orientierte. Einer der intelligentesten und fortschrittlichsten Vertreter dieser Richtung war der Gründer der „Presse“, August Zang, der schon am 8. April eine Broschüre: „Lebensfrage für die österreichische Monarchie“ herausgab; in scharfer Polemik gegen die Politik der Regierung schrieb er: „In der italienischen Frage opfert man umsonst Geld und Menschen, um einer nach Einigung strebenden Nation das Ziel zu verwehren; in der ungarischen Frage macht man einem meuterischen Volksstamme auf Kosten und zum Schaden des Ganzen Konzessionen und überläßt zehn Millionen treuer Slawen und Deutsche ihrem Schicksal; in der deutschen Frage setzt man um einer mittelalterlichen Chimäre willen (gemeint war die Wiederherstellung des „Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation“) die ganze materielle Zukunft der Monarchie, ihre wichtigsten industriellen und kommerziellen Interessen aufs Spiel.“ Die Schlußfolgerung war: man ordne sofort allgemeine Wahlen an und lege der Volksvertretung einen Verfassungsentwurf vor, der die Grundlage einer Donauföderation bilden möge. Einer solchen Donauföderation würden sich auch, bei einer fortschrittlichen und großzügigen Politik, die Fürstentümer an der unteren Donau anschließen, ein gewal-

tiger industrieller und landwirtschaftlicher Aufschwung werde die Folge sein, das sei die reale österreichische Konzeption. Eine andere Gruppe innerhalb der rein österreichisch orientierten Bourgeoisie wollte weder auf Venetien und die Lombardei, noch auf Galizien verzichten, sondern an „Großösterreich“ festhalten. Diese Gruppe, die sich um den „Oesterreichischen Lloyd“ zusammenschloß, veröffentlichte Ende August 1848 ihr großösterreichisches Programm und forderte auf dieser Grundlage ein Bündnis mit Deutschland. Nach dem Siege der Konterrevolution machte sich die Regierung Schwarzenberg im wesentlichen dieses Programm zu eigen, nur daß Schwarzenberg noch weiterging und nicht ein Bündnis, sondern die Aufnahme des österreichischen Gesamtstaates in den deutschen Bundesstaat anregte. Dieser weitgreifende Plan ist am Widerstand Preußens gescheitert.

Die österreichische Bourgeoisie, die Klasse, auf die es damals entscheidend ankam, war also trotz den verschiedenen Programmen in ihrer Gesamtheit für die Erhaltung des Donaustaates, gegen ein Aufgehen der Oesterreicher in der deutschen Nation. Die Bauern waren im wesentlichen an der Brechung der Fronknechtschaft und nur zum geringsten Teil an der nationalen Frage interessiert; es stand für sie fest, daß sie Oesterreicher waren, großdeutsche Gedanken fanden bei ihnen wenig Widerhall. Auch die Arbeiter standen der großdeutschen

Idee skeptisch, wenn nicht ablehnend gegenüber. Vor allem in Wien gab es viele slawische Arbeiter, für die Großdeutschland nichts Verlockendes hatte. Da sie jedoch den Studenten, ihren Waffenbrüdern, volles Vertrauen entgegenbrachten, waren sie bereit, die schwarzrotgoldene Fahne anzuerkennen. Es ist klar, daß eine wirkliche demokratische deutsche Republik in ihnen begeisterte Anhänger gefunden hätte, aber die mattherzige deutsche Revolution vermochte das österreichische Proletariat nicht anzuziehen. Blieben also die Studenten, die junge österreichische Intelligenz; aus ihnen, und nur aus ihren Reihen kamen großdeutsch denkende und führende Demokraten. Jedoch auch die großdeutschen Anschauungen dieser kleinen Minderheit waren allerlei Schwankungen unterworfen und mußten sich erst zu demokratisch-republikanischer Klarheit durchringen. Es war am Anfang ein leidenschaftliches, politisch aber nicht ausgereiftes Verlangen, endgültig aus der schwarzgelben Kapuzinergruft der modrigen Monarchie herauszukommen, den festen Anschluß zu finden an die europäischen und vor allem an die deutschen progressiven Bewegungen, von Grund auf die alte Ordnung umzustürzen und Oesterreich durch die Kraft einer großen demokratischen Nation zu erneuern. „Die politische Bewegung in Deutschland“, schreibt Springer, „hatte unstreitig als Gärungstoff in Wien gewirkt und den Ausbruch der März-

revolution mit vorbereitet. Nach dem Siege der letzteren trat aber das nationale Moment in Wien selbst in den Hintergrund zurück.“ Und selbst der großdeutsche Geschichtschreiber Bibl schreibt in seinem 1937 herausgegebenen Buche „Die Tragödie Oesterreichs“, in dem sich der einst verdienstvolle Gelehrte würdelos dem Hitlerismus anbot: „Auch viele der Großdeutschen dachten (1848) gut österreichisch und sträubten sich gegen den Gedanken, das alte Vaterland als Staatspersönlichkeit aufzugeben.“ Außerdem wirkte der Verlauf der Revolution, das leere Wortgepränge in der Paulskirche, das aufquellende deutsche Spießertum auf viele österreichische Demokraten abkühlend. Als im Frankfurter Parlament die Linke in der Minderheit blieb und Wien sich im Juni auf die österreichischen Reichstagswahlen vorbereitete, fragten viele der entschiedensten Demokraten: „Was sollen wir in Frankfurt, da wir vielleicht auf dem Punkte stehen, freier zu werden als in Deutschland?“ Erst als die Illusionen über die Entwicklung in Oesterreich allmählich vor der Erkenntnis der Wirklichkeit zurücktraten, als die Reaktion sich immer drohender ankündigte und den österreichischen Demokraten zweierlei bewußt wurde: daß sie sich die Hilfe der Slawen verscherzt hatten und daß nur die deutsche demokratische Republik, nur die Zertrümmerung Preußens und Oesterreichs das

Ziel der Revolution sein konnte, erst da wurden sie zu leidenschaftlichen Großdeutschen, erst da fanden die Worte, die der junge Max Gritzner schon Ende Mai geschrieben hatte, bei den entschlossenen Demokraten vollen Widerhall: „Für die Zertrümmerung Oesterreichs, für die Vereinigung Deutsch-Oesterreichs mit Deutschland und für die Republik!“

Und hier kommen wir zum Kern des Problems, zur richtigen Würdigung der großdeutschen Forderung im Revolutionsjahr 1848 und ihrer von Grund aus anderen Bedeutung in späteren Jahrzehnten. In der Tat stand damals vor der Revolution in Mitteleuropa die geschichtliche Aufgabe, die beiden Blöcke der Reaktion, den Staat der Habsburger und den Staat der Hohenzollern, zu zertrümmern, durch eine gewaltige demokratische Volksbewegung nicht nur die Fürsten und die Feudalordnung, sondern die ganze deutsche Misere und die ganze vermodernde Pracht des alten Oesterreich hinwegzufegen, die Untertänigkeit von Jahrhunderten abzuschütteln und die Menschen deutscher Zunge in Sturm und Glut zu einer großen, freien Nation zusammenzuschweißen. Gleichzeitig und aufs engste damit verbunden stand vor der deutschen Demokratie die Aufgabe, den unterdrückten slawischen Völkern unverzüglich die Freiheit zu geben, ihren Freiheitskampf bedingungslos zu unterstützen, die Entscheidung über ihre staatliche Zukunft ausschließlich ihnen selbst zu überlassen, wobei ein föderatives Ver-

hältnis, etwa der Tschechen, zu einem wirklich demokratischen Deutschland durchaus möglich geworden wäre. Eine solche Entwicklung, die Entstehung einer großen demokratischen Republik in der Mitte Europas, in brüderlicher Gemeinschaft mit freien slawischen Republiken, wäre ein Segen für ganz Europa, ein in seinen Folgen unermesslicher geschichtlicher Fortschritt gewesen. Wir wiederholen: nicht die einseitige Zertrümmerung des Habsburger-Staates, sondern Hand in Hand damit die Zertrümmerung Preußens, dieses Alpdrucks, der auf der ganzen deutschen Entwicklung lastete, dieses Junkerstaates, der nach der uralten Tradition der Hunderitter die Slawen ungleich barbarischer unterdrückte als Oesterreich, nur eine solche Zertrümmerung der beiden Blöcke der Reaktion konnte der Demokratie in Mitteleuropa den Weg freimachen. Und nur die demokratische deutsche Republik konnte die deutsche Misere überwinden, das Untertanentum, den geistlos-bürokratischen „Ordnungs“-Fanatismus, die „romantische“ Vergötterung der eigenen Zurückgebliebenheit der Deutschen und die Indolenz, die traditionelle „Charakterlosigkeit“ der Oesterreicher. Die großdeutschen Bestrebungen mußten also revolutionär, demokratisch, vom Geiste eines jakobinischen Patriotismus durchdrungen sein; sonst waren sie entweder leeres Geflunker oder eine Verhüllung gegen andere Völker gerichteter Groß-

machtswünsche, das Verlangen altgedienter Knechte, eine „Herrennation“ zu sein. (Wir haben an Beispielen erhärtet, daß es auch damals schon, im Zeitalter der geschichtlich fortschrittlichen Bourgeoisie, solche „Großdeutsche“ gegeben hat.)

Der große Versuch des Jahres 1848, Deutschland demokratisch zu einigen und dadurch eine große und freie deutsche Nation hervorzubringen, ist zum Unheil nicht nur für die deutsche, sondern für die gesamte europäische Entwicklung gescheitert. Aufs neue entbrannte zwischen Preußen und Oesterreich der alte Kampf um die Vorherrschaft. „Bin ich noch ein Deutscher?“, fragte der greise Grillparzer, und die Geschichte gab ihm zur Antwort: „Nein, du bist ein Oesterreicher!“ 1871 wurde Deutschland durch „Blut und Eisen“, nicht durch eine demokratische Volksbewegung, sondern durch die Macht Preußens und durch die Expansion der kapitalistischen Wirtschaft geeinigt. In dieser Einigung war noch immer ein Element des Fortschritts enthalten; sie führte zu einem stürmischen Aufschwung der deutschen Wirtschaft, zu einem raschen Wachstum des Wohlstands und schuf die Grundlagen für eine mächtige, einheitliche deutsche Arbeiterbewegung. Diesen fortschrittlichen Ergebnissen standen jedoch schwerwiegende reaktionäre Momente der Einigung von oben gegenüber. Die Einigung bedeutete faktisch eine Verpreußung Deutschlands,

ein Uebergreifen des reaktionären Preußentums mit seinem Militarismus und Bürokratismus, mit seinen Traditionen der Unterdrückung, der „Germanisierung“ anderer Völker auf die übrigen, weitaus schwächeren Bundesstaaten. Friedrich Engels sprach von einem „Deutschen Reich preußischer Nation“. Karl Marx sagte von dem Deutschen Reich Bismarcks, es sei „ein mit parlamentarischen Formen verbrämter, mit feudalem Beisatz vermischter, schon von der Bourgeoisie beeinflusster, bürokratisch gezimmerter, polizeilich gehüteter Militärdespotismus“. In einem Brief an Kugelmann nannte Marx die neue Einheit eine „Einheit in der preußischen Kaserne“. Und mit grimmigem Hohn charakterisierte Engels den „Geist“ des neuen Reiches: „Polizei beim Denken, Polizei beim Sprechen, Polizei beim Gehen, Reiten und Fahren.“ Es war ein übles Vorzeichen, daß an der Wiege des Deutschen Reiches der Raubkrieg gegen Frankreich stand, daß es vom ersten Tag an befleckt war durch die schändliche Rolle des Henkersknechts bei der Niederwerfung der Pariser Kommune, durch die empörende Annexion von Elsaß-Lothringen.

Angesichts dieses zwiespältigen Charakters der Einigung hing nun alles davon ab, ob es dem fortschrittlichen Element, also in erster Reihe der Arbeiterbewegung, gelingen würde, im Kampf gegen die Verpreußung einer demokratischen Entwicklung und Gesinnung zum Durchbruch zu ver-

helfen oder ob es dem reaktionären Preußentum gelingen würde, die deutsche Nation nach seinem Ebenbild zu prägen. In der Tat hat das Bündnis der Junker und der Schwerindustrie, jener beiden Herrschichten, aus deren Verbindung der aggressive, waffenklirrende deutsche Imperialismus hervorging, den Sieg davongetragen. Die große Partei der deutschen Arbeiterklasse, die deutsche Sozialdemokratie, wurde mehr und mehr vom deutschen Imperialismus angesteckt, und in den Reihen der deutschen Sozialdemokratie haben die giftigen Theorien des Sozialimperialismus ihre entschiedensten und verderblichsten Propheten gefunden. Auch die im wesentlichen von der Sozialdemokratie getragene Weimarer Republik hat daher keinen wirklichen Umschwung gebracht, sondern unter dem dünnen demokratisch-parlamentarischen Ueberguß den alten bürokratischen, jede Regung der Freiheit erstickenden „Ordnungsstaat“ aufrecht erhalten. Die Republik ohne Republikaner, die Demokratie ohne Demokraten hat der Hitler-Partei Tür und Tor geöffnet, und die nazistische „Gleichschaltung“ vollendete den Prozeß der Konzentration des Imperialismus, der Verpreußung, Bürokratisierung und Militarisierung. Es ist klar, daß eine solche „Einigung“ nicht einen Fortschritt bedeuten konnte, sondern eine katastrophale Fehlentwicklung, daß Hitlers „Großdeutschland“ in allem und jedem das Gegenteil dessen

darstellte, was die großdeutschen Demokraten 1848 erstrebten. Der großdeutsche Gedanke war schon vor Hitler, seit dem Aufkommen des aggressiven deutschen Imperialismus, reaktionär entartet; aber durch den Hitlerismus wurde er unauslöschlich mit Blut und Schmutz besudelt, und keine noch so rührigen Hände können ihn wieder reinwaschen.

Es liegt im Wesen der gesellschaftlichen Entwicklung, daß Forderungen, die unter bestimmten geschichtlichen Bedingungen richtig und fortschrittlich waren, unter anderen Bedingungen ins Gegenteil umschlagen. „Alles hängt ab von den Bedingungen, von Raum und Zeit!“, wie Stalin in seinem Werk „Ueber dialektischen und historischen Materialismus“ hervorhebt. Die Forderung nach staatlicher Vereinigung aller deutschsprachigen Stämme war im Zeitalter des aufsteigenden demokratischen deutschen Bürgertums eine fortschrittliche Forderung; sie ist im Zeitalter des deutschen Imperialismus und Chauvinismus zu einer reaktionären, den Interessen der Völker hohnsprechenden Forderung geworden. Der deutsche Imperialismus „vereinigte“ sich mit anderen Völkern genau so wie sich der Wolf mit der Beute vereinigt; das Auffressen und Aufgefressen werden als einen „fortschrittlichen Akt“ zu bezeichnen, das ist eine wahrhaft wölfische „Geschichtsphilosophie“. Der „Anschluß“

Oesterreichs im Jahre 1938 war ein solcher „fortschrittlicher Akt“ des Auffressens und Aufgefressenwerdens. Mit vollem Recht wird in der „Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion“ festgestellt: „Was die Annexion Oesterreichs betrifft, so war diese in keiner Weise mehr in den Rahmen des Kampfes gegen den Versailler Vertrag zu zwingen, in den Rahmen eines Schutzes der ‚nationalen‘ Interessen Deutschlands und seiner Bemühungen, die im ersten imperialistischen Krieg verlorenen Gebiete zurückzuerlangen. Der gewaltsame Anschluß Oesterreichs an Deutschland bedeutet eine brutale imperialistische Annexion fremden Territoriums.“ Es ist kein Zufall, sondern gehört zum Wesen der Sache, daß die Einverleibung in das imperialistische „Großdeutsche Reich“ den Oesterreichern nichts anderes brachte als Knechtschaft, Kriegsnot und Katastrophe. Der zum Teil noch fortschrittliche Charakter der Reichsgründung von 1871 war auch im Aufschwung der Wirtschaft, des Wohlstands und der Arbeiterbewegung zum Ausdruck gekommen; der ganz und gar reaktionäre, volksfeindliche Charakter des „Anschlusses“ von 1938 wurde auch jenen Oesterreichern, die anfangs noch Illusionen hatten, durch die schrecklichen Folgen ins Bewußtsein gehämmert.

Die grundsätzliche Wandlung des großdeutschen Gedankens im Zeitalter

des Imperialismus wurde auch durch die in den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts einsetzende deutschnationale, großdeutsche Strömung in Oesterreich ersichtlich. Diese neuen „Großdeutschen“ vom Typus eines Schönerer und Wolf waren weit davon entfernt, Demokraten zu sein. Sie waren rabiate Imperialisten, Agenten des deutschen Imperialismus in Oesterreich. Es gab zwei Hauptwurzeln der wild ins Kraut schießenden großdeutschen Bestrebungen: Während ein großer Teil der österreichischen Bourgeoisie sich lediglich auf ein Bündnis mit dem deutschen Imperialismus orientierte bei Wahrung der eigenen imperialistischen Interessen, verzweifelte ein kleinerer Teil an den Möglichkeiten des nicht sehr stoßkräftigen österreichischen Imperialismus und sah sein Heil in der Verschmelzung mit der robusten deutschen Finanz- und Militärmacht. Ferner: durch den allmählichen Aufstieg der slawischen Völker sah sich die österreichische „Herrennation“ in ihren Privilegien bedroht, die Alleinherrschaft der österreichischen Bourgeoisie ging zu Ende, die österreichischen Bürokraten, Intellektuellen und Kleinunternehmer in den slawischen und gemischtsprachigen Ländern standen erbittert der slawischen Konkurrenz gegenüber und hofften von dem deutschen Imperialismus die Rettung ihrer „Belange“. Aus diesen beiden Hauptwurzeln: Verzweiflung an der geringen

Stoßkraft des österreichischen Imperialismus, haßerfüllte Angst vor dem nationalen Daseinskampf der slawischen Völker — ist die neue großdeutsche Bewegung in Oesterreich hervorgegangen. Sie vermochte nur eine Minderheit des Volkes zu erfassen, die übergroße Mehrheit stand der Anschlußforderung ablehnend gegenüber.

Was schließlich die großdeutschen Bestrebungen nach dem Zusammenbruch des Habsburger-Staates 1918 betrifft, so hatten sie ihre wesentliche Ursache in der Furcht der Bourgeoisie und der mit ihr verbundenen sozialdemokratischen Parteiführer vor der Revolution. Die deutsche Bourgeoisie verfügte über einen weit stärkeren Machtapparat als die österreichische; es schien daher ratsam, sich unter den Schutz der deutschen Reaktion zu begeben. Dazu kam die Unvernunft der Siegermächte, die der jungen österreichischen Republik das Leben schwer machten und dem Schlagwort von der „Lebensunfähigkeit“ Oesterreichs, das die wirkungsvolle Waffe der großdeutschen Propaganda war, jeden erdenklichen Vorschub leisteten. Die österreichischen Arbeiter suchten einen revolutionären Ausweg aus der schwierigen Lage: alle, die vor der Revolution zitterten, zeigten ihnen den Anschluß an Deutschland als den „Ausweg“, um sie dadurch irrezuführen. Nach-



dem die österreichische Bourgeoisie mit Hilfe ihrer sozialdemokratischen Verbündeten die „revolutionäre Gefahr“ überwunden hatte, sprach sie in ihrer Mehrheit nicht mehr vom Anschluß. Die politisch führende Christlichsoziale Partei und die Massen ihrer Anhänger standen dem großdeutschen Gedanken ablehnend gegenüber. Aber auch für die österreichischen Arbeiter hatte die Weimarer Republik keinerlei Anziehungskraft; die programmatische Anschlußlösung der Sozialdemokratischen Partei wurde von ihnen nicht ernst genommen. Nach dem Sieg des Hitlerismus in Deutschland wurde die Anschlußlösung aus dem sozialdemokratischen Programm gestrichen. Die Großdeutschen waren eine kleine Minderheit, genährt durch die Agenturen des deutschen Imperialismus in Oesterreich und durch die Unzufriedenheit provinzieller Mittelschichten sowie eines großen Teiles der Intelligenz, die den „Anschluß“ als ein Heilmittel gegen ihre Verelendung betrachteten. Aus dieser Minderheit bildete sich der österreichische Ableger der Hitler-Partei heraus, geführt von Kreaturen des deutschen Imperialismus. Der großdeutsche Gedanke war endgültig zu einem Hilfsmittel des aggressiven, räuberischen deutschen Imperialismus entartet.

Wenn wir heute, nach all den bitteren Erfahrungen eines Jahrhunderts und besonders der Schreckenszeit des Hitlerismus, auf die Ereignisse von 1848 zurück-

blicken, wird uns erst so ganz bewußt, welch ein Verhängnis der Zusammenbruch der bürgerlich-demokratischen Revolution in Mitteleuropa war, welch eine katastrophale Fehlentwicklung damals durch den Sieg der Reaktion heraufbeschworen wurde. Die geschichtlichen Probleme, die damals vor der demokratischen Bewegung standen, blieben ungelöst. Vergiftet durch reaktionäre Scheinlösungen, haben sie unaufhörlich weiter geeitert. Und auch das ungeheure Eitergeschwür des Hitlerismus gehörte zu den Ergebnissen des folgenschweren Fehlschlags von 1848.

Die deutsche Nation hat nicht aus eigener Kraft dieses Geschwür aufgestochen und ausgebrannt. Von außen her, durch die Armeen der verbündeten Nationen und allen voran durch die Rote Armee, wurde das reaktionäre Preußentum, der militaristisch-bürokratische Apparat Hitler-Deutschlands zertrümmert, der deutsche Imperialismus zu Boden geworfen. Unter neuen, eigenartigen und zum Teil recht komplizierten Bedingungen muß das deutsche Volk sich zu einer demokratischen Nation heranbilden. Und durchaus andere geschichtliche Bedingungen als vor einem Jahrhundert gelten auch für die demokratische, nationale Entwicklung Oesterreichs.

Der große Donaustaat ist 1918 zusammengebrochen, endgültig und unwiderruflich. Die slawischen Völker der ehemaligen Habsburger-Monarchie haben ihre eigenen Nationalstaaten gegründet. Vorübergehend

von Hitler-Deutschland niedergewalzt und einem Regime unterworfen, das die Hunnen und Vandalen an Bestialität weit überbietet, haben sie sich im Freiheitskampf gegen die rasenden Unterdrücker unsterblichen Ruhm erworben. 1848 durch die widerspruchsvolle geschichtliche Situation ins Lager der Reaktion gedrängt, trugen die Slawen im Freiheitskrieg gegen Hitler-Deutschland den Völkern die Fahne der Freiheit voran. Die beispiellose moralische, politische und militärische Größe des Sowjetvolkes, die das Herz aller freiheitliebenden Völker höher schlagen läßt, hat zur Erhebung der Slawen entscheidend beigetragen. Die tapferen Jugoslawen sind in die erste Reihe der europäischen Freiheitskämpfer getreten. Die Tschechen und Slowaken haben einen ernsten Beitrag zur eigenen Befreiung geleistet. Ungarn hat in den letzten Kriegswochen mit eigenen Truppen am Freiheitskampf gegen Hitler-Deutschland teilgenommen, mit seiner feudalen Herrenklasse abgerechnet und die verhängnisvolle „Stephanskronen“ abgelegt. Uralter Konfliktstoff beginnt sich aufzulösen. Auch unser österreichisches Volk muß restlos die tragischen Irrtümer der Vergangenheit überwinden. Es muß die großen Verdienste seiner slawischen Nachbarvölker um die Befreiung Europas anerkennen. Es muß in seinem ureigensten Interesse, belehrt durch schmerzliche Erfahrung, freundschaftliche, ja brüderliche Beziehungen zu den slawischen Nachbarvölkern

anstreben, aber auch Ungarn in diesen Kreis freundschaftlicher und dauerhafter Zusammenarbeit einbeziehen. Das verständnisvolle Zusammenwirken der Donauvölker, seit eh und je das mahnende Gebot der Geschichte, ist eine österreichische und europäische Schicksalsfrage. Der Hader zwischen Wien, Prag, Belgrad und Budapest möge ein für allemal der Vergangenheit angehören, und jeder werde als Feind der Völker angesehen, der hier Zwietracht zu stiften versucht.

Man muß ferner die nationale Entwicklung des österreichischen Volkes selbst berücksichtigen. Im Jahre 1848 wäre trotz der eigenen Geschichte Oesterreichs das Aufgehen des österreichischen Volkes in der im Werden begriffenen deutschen Nation möglich gewesen. Auch damals waren die Widerstände in Oesterreich ungleich größer als in irgend einem der deutschen Bundesstaaten, aber im Feueratem einer echten, siegreichen, demokratischen Revolution wären diese Widerstände dahingeschmolzen und in einer echten demokratischen Republik wäre ohne Zweifel der Oesterreicher im Deutschen aufgegangen. Die Revolution hat nicht gesiegt. Auch weiterhin hat sich Oesterreich staatlich, wirtschaftlich und politisch selbständig weiterentwickelt, besonders seit 1866. Die Konstituierung der deutschen Nation 1871 vollzog sich ohne die Oesterreicher. Während die Unterschiede

zwischen den Preußen, den Sachsen, den Bayern usw. geringer wurden und eine bestimmte, allgemein deutsche Wesensart und Geisteshaltung sich herausbildete, verstärkten und versteiften sich die Unterschiede, ja in vieler Beziehung sogar die Gegensätzlichkeit zwischen Deutschen und Oesterreichern. Die gewaltsame *Annexion* Oesterreichs im Jahre 1938, die Errichtung eines Regimes der *Fremdherrschaft* haben den Oesterreichern diese Gegensätzlichkeit und die eigene Wesensart und Geisteshaltung so deutlich wie nie zuvor zum Bewußtsein gebracht. (Es ist außerordentlich kennzeichnend, daß die deutschen faschistischen Okkupanten selbst die Oesterreicher als ein fremdes Volk betrachteten und behandelten, daß sie das annektierte Land nur durch importierte Kommissare, Bürokraten und Henker beherrschten, daß sie die österreichischen Soldaten auf deutsche Einheiten aufteilten usw.) Durch diese gesamte Entwicklung ist ein *Aufgehen* der Oesterreicher in der deutschen Nation unmöglich geworden, haben die Oesterreicher als Nation feste Gestalt angenommen.

Der große deutsche Gedanke ist für alle Zeit gebrandmarkt. Oesterreich wird zu einem künftigen demokratischen Deutschland gutnachbarliche Beziehungen unterhalten, aber nur imperialistische Abenteurer und Kriegsverschwörer könnten jemals wieder von einer „deutschen Mission“ Oester-

reichs sprechen. „Deutsche Mission“ Oesterreichs — das bedeutet, unser Land zur Brücke machen zu wollen, über die eines Tages Armeen des deutschen Imperialismus gegen den slawischen Osten marschieren, zu einem deutschen Messer zwischen den Rippen des Slawentums. Schon zweimal ist uns diese „Mission“ zur blutigen Katastrophe geworden; nie wieder darf sich das Unglück wiederholen.

Im Zeitalter der bürgerlich-demokratischen Revolution, im Jahre 1848, war das Aufgehen des Oesterreichers in der deutschen Nation eine große geschichtliche Möglichkeit. Unter den neuen Bedingungen, hundert Jahre später, kann davon nicht mehr die Rede sein. Und wenn wir schon von einer „Mission“ sprechen wollen, dann ist es eine ganz und gar österreichische Mission, dann ist es die unabweisbare Aufgabe, in wirklicher und mannhaft gehüteter *Unabhängigkeit* mit allen Völkern in Freundschaft und Frieden zu leben, besonders aber mit jenen Nachbarvölkern, auf die unsere wirtschaftlichen und staatlichen Interessen uns vor allem hinweisen, mit der Tschechoslowakei, mit Jugoslawien und mit Ungarn.

Die nationalen Probleme, die 1848 so gewaltig und so verworren hervorbrachen, sind nicht mehr nach den Programmen dieser vergangenen Zeit zu lösen. Sie blieben damals ungelöst. Ihre Lösung auf neue Art ist uns aufgegeben. Möge die Jahrhundertfeier des Jahres 1848 ein Fest der Ein-

tracht zwischen den Völkern sein, die damals in Zwietracht einander gegenüberstanden!

## NAMENSVERZEICHNIS

- Albrecht, Erzherzog von Oesterreich*, ältester Sohn des Erzherzogs Karl, 1817—1895, gab am 13. März 1848 den Befehl zum Gebrauch der Feuerwaffe gegen das Volk.
- Andrian-Werburg, Viktor, Freiherr von*, 1813—1858, aufgeklärter Staatsmann, verfaßte die Schrift „Oesterreich und seine Zukunft“ (1841—1847), war 1848 Abgeordneter der Nationalversammlung für Wiener Neustadt.
- Auerbach, Berthold*, 1812—1882, deutscher Schriftsteller (Dorfgeschichten und Romane), war als Burschschafter auf dem Hohenasperg gefangen, erlebte 1848 in Wien die Oktoberrevolution („Tagebuch aus Wien“).
- Bach, Alexander, Dr. Freiherr von*, 1813—1893, war im März 1848 begeistert für die Revolution, wird Justizminister, ändert später seine Gesinnung und tritt 1849 als Innenminister für Absolutismus und Konkordat ein.
- Baillet-Latour*, siehe Latour.
- Becher, Julius*, 1803—1848, demokratischer Journalist, Redakteur des Blattes „Der Radikale“; wegen eines Artikels in diesem wurde er nach der Oktoberrevolution verhaftet und am 23. November 1848 erschossen.
- Bem, Josef*, 1795—1850, polnischer General, kämpfte 1830—1831 im polnischen Aufstand gegen Rußland, verteidigte Wien im Oktober 1848 und wirkte dann in der ungarischen Revolutionsarmee.
- Blum, Robert*, 1807—1848, aus Köln, Redakteur des „Verfassungsfreund“ in Leipzig, am 9. November 1848 in Wien, obwohl als Abgeordneter des Frankfurter Parlaments immun, erschossen.
- Börne, Ludwig*, 1786—1837, aus Frankfurt am Main, scharfer Kritiker der deutschen Vormärzzustände, begeistert für Freiheit und Demokratie, redigierte die Zeitschrift „Die Waage“.
- Bredy*, kaiserlicher General.

*Cavaignac, Louis Eugène*, 1802—1857, Unterjocher von Algerien, schlägt 1848 Pariser Juniaufstand nieder, wird 1849 von Prinz Napoleon (dem späteren Napoleon III.) bei der Präsidentenwahl geschlagen.

*Chotek, Karl, Graf von*, 1783—1868, von 1826—1843 Oberstburggraf in Böhmen.

*Chaises, Dr.*, Leiter des „Radikal-liberalen Vereins“.

*Collredo, Franz, Fürst von Mansfeld*, 1802—1852, kaiserlicher General, nimmt teil an der Unterdrückung der Prager, Wiener und ungarischen Revolution.

*Danton, Georges Jacques*, 1759—1794, einer der hervorragendsten Männer der Französischen Revolution, begeisterte am 14. Juli 1789 die Massen zum Sturm auf die Bastille. Am 5. April 1794 wurde er in Paris hingerichtet.

*Dobhoff-Dier, Anton, Freiherr von*, 1800—1872, freisinniger Handelsminister unter Pillersdorf, Innen- und Unterrichtsminister unter Wessenberg.

*Engels, Friedrich*, geb. 28. November 1820 in Barmen, gestorben 5. August 1895 in London, gemeinsam mit Karl Marx Herausgeber der „Deutsch-Französischen Jahrbücher“ und des „Kommunistischen Manifests“ (1848), Mitarbeiter der „Neuen Rheinischen Zeitung“, schrieb unter anderem „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“, „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“, „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“.

*Eugen, Prinz von Savoyen*, der berühmte „Prinz Eugen“, geb. 18. Oktober 1663 in Paris, gest. 21. April 1736 in Wien, einer der bedeutendsten österreichischen Feldherren in den Kriegen gegen Frankreich und gegen die Türken.

*Fenner von Fenneberg, Ferdinand*, 1820—1863, Befehlshaber der Nationalgarde in Wien, nach seiner Flucht Organisator des pfälzischen Volksheeres.

*Ferdinand I.*, geb. 19. April 1793 in Wien, gest. 29. Juni 1875 in Prag, 1835—1848 Kaiser von Oesterreich, unfähig, zu regieren, dankte er am 2. Dezember 1848 zugunsten seines Neffen Franz Josef ab.

*Fischhof, Adolf*, 1816—1893, Arzt, hielt am 13. März 1848 die erste Revolutionsrede im Landhaus, war Kommandant in der

Akademischen Legion, Präsident des Sicherheitsausschusses, 1849 wegen Hochverrat angeklagt, trat 1861 für Dualismus („Zur Lösung der ungarischen Frage“), 1869 für Föderalismus („Oesterreich und die Bürgschaften seines Bestandes“) ein.

*Franz I.*, geb. 12. Februar 1768 in Florenz, gest. 2. März 1835 in Wien, 1792—1835 Kaiser von Oesterreich, verheiratete seine Tochter mit Napoleon, verbündete sich dann gegen ihn 1814, schließt mit Preußen und dem zaristischen Rußland die „Heilige Allianz“.

*Franz Ferdinand (d'Este)*, habsburgischer Erzherzog, 1863—1914, stand im Ruf, die dualistische Monarchie durch eine trialistische (österreichisch-ungarisch-slawische) ersetzen zu wollen. Wird nach dem Tode des Kronprinzen Rudolf 1889 österreichischer Thronfolger. Er fällt samt seiner Frau, einer tschechischen Gräfin, am 28. Juni 1914 in Sarajewo einem Attentat zum Opfer, das angeblich von serbischen Nationalisten verübt wurde. Das Attentat wurde zum Anlaß der Entfesselung des imperialistischen ersten Weltkrieges genommen.

*Franz Josef*, 1830—1916, wird am 2. Dezember 1848 in Olmütz infolge Abdankung von Kaiser Ferdinand und Verzicht seines Vaters Franz Karl als Kaiser von Oesterreich ausgerufen. Er regiert von 1848—1916, erst absolutistisch, dann ungen konstitutionell.

*Franz Karl*, 1802—1878, Vater von Franz Josef, verzichtet 1848, selbst regierungsunfähig, unter dem Einfluß seiner Gattin Sophie zugunsten seines Sohnes auf den Thron.

*Fröbel, Julius*, 1805—1893, redigiert den „Schweizerischen Republikaner“, war als Deputierter des Frankfurter Parlaments 1848 in Wien, wurde verhaftet, aber begnadigt, schrieb „Theorie der Politik“ (1861—1864).

*Füster, Anton*, katholischer Geistlicher, aktiv in der Revolution, geflüchtet schrieb er „Memoiren“, wurde mit Violand und Goldmark 1856 als Hochverräter in Kontumaz verurteilt.

*Gaj, Ljudewit*, 1809—1872, Führer der illyrischen Bewegung, führte bei den katholischen Kroaten die Lateinschrift ein, erwirkte 1848 in Wien für sie das Recht der Wahl eines Banus (Statthalters).

*Giskra, Karl*, 1820—1879, Abgeordneter, vertrat einen großdeutschen Standpunkt, 1867—1870 Minister des Innern.

*Goldmark, Dr. Josef*, 1818—1881, Arzt, rühriges Mitglied des Studentenkomitees und des Sicherheitsausschusses, leidenschaftlicher Redner.

*Görgei, Arthur*, geb. 1818, General der ungarischen Revolutionsarmee, ließ den reaktionären Grafen Zichy hinrichten, war Kriegsminister der Kossuth-Regierung, kämpfte mit Erfolg gegen die österreichischen Armeen, kapitulierte aber am 13. August 1849 vor der russischen Interventionsarmee.

*Grillparzer, Franz*, 1791—1872, hervorragender österreichischer Dichter.

*Grün, Anastasius* (Deckname für Anton Alexander Graf von Auersperg), 1806—1876, freisinniger Abgeordneter für Laibach im Frankfurter Parlament, unter Schmerling Mitglied des Herrenhauses, liberal, aber deutschnational. Politischer Lyriker: „Spaziergänge eines Wiener Poeten“, „Schutt“.

*Häfner, Leopold*, Redakteur des scharf kritischen Blattes „Konstitution“, Demokrat, versuchte mit Tuvora im Mai 1848 die Regierung zu stürzen und die Republik anzubahnen.

*Hanka, Wenzel*, 1791—1861, veröffentlichte als Bibliothekar des Kgl. Böhmisches Museums alttschechische Chronisten und übersetzte russische und serbische Heldengedichte und Volkslieder.

*Hartmann, Moritz*, 1821—1872, aus Böhmen, revolutionärer Dichter, wegen „Kelch und Schwert“ in Haft, 1848 befreit, als Abgeordneter für Leitmeritz im Frankfurter Parlament (er schrieb darüber die „Reimchronik des Pfaffen Mauritius“), als Deputierter Oktober 1848 in Wien, dann Flüchtling in der Schweiz, England, Frankreich („Erzählungen eines Unsteten“).

*Hauk, Ludwig*, Freiheitskämpfer, Leiter des Blattes „Konstitution“.

*Havliček, Karel*, 1821—1856, tschechischer Publizist (Deckname Borowsky: „Tiroler Elegien“, aus der Internierungszeit in Brixen), Redakteur der „Prager Volkszeitung“.

*Hebbel, Friedrich*, 1813—1863, hervorragender Dichter.

*Heine, Heinrich*, 1797—1856, aus Düsseldorf, kämpfte als Dichter gegen Romantik, als Journalist gegen vormärzliche Reaktion; seine Schriften 1836 vom Deutschen Bund verboten: „Deutsch-

land, ein Wintermärchen“; Beiträge für die „Augsburger Zeitung“, gesammelt als „Französische Zustände“; starb in Paris.

*Hornbostel, Theodor Friedrich von*, 1815—1888, Seidenfabrikant, unter Doblhoff Handelsminister, Abgeordneter des konstituierenden Reichstags für Reichenberg.

*Hoyos, Graf von*, Kommandant der Wiener Nationalgarde.

*Jancu, Avramu*, „Der König der Berge“, Anführer der aufständischen Rumänen im westlichen Siebenbürgen, 1848—1849.

*Jellačić, Josef, Graf von*, 1801—1859, am 22. März 1848 zum Banus von Kroatien gewählt, schlug die ungarische Revolutionsarmee im September 1848, wirkte mit bei der Eroberung Wiens durch Windischgrätz.

*Jellinek, Hermann*, 1822—1848, demokratischer Journalist, im Oktober 1848 erschossen.

*Johann Salvator, Erzherzog von Oesterreich*, geboren 25. November 1852 in Florenz, nahm 1889 den Namen Johann Orth an und dürfte 1891 an der Südküste Südamerikas mit dem Schiffe „Margherita“ zugrunde gegangen sein.

*Josef II.*, 1741—1790, ältester Sohn Maria Theresias und Franz I., 1780—1790 römisch-deutscher Kaiser.

*Karadžić, Vuk Stefanović*, 1787—1864, serbischer Nationalist, der für die Reinheit der serbischen Schriftsprache eintrat.

*Karl V.*, deutscher Kaiser und König von Spanien, geb. 24. Februar 1500, gest. 21. September 1558.

*Körber, Ernst von*, geb. 6. November 1850 in Trient, 1900—1904 Ministerpräsident und Minister des Innern.

*Kollár, Jan*, 1793—1852, Professor der slawischen Altertumskunde in Wien, tschechischer Dichter (Epos: „Die Tochter der Slawa“ 1824).

*Kossuth, Ludwig (Lajos)*, 1802—1894, verbüßte vier Jahre Festungshaft im Vormärz; 3. März 1848 große Rede im Ständehaus, 15. März 1848 mit Batthyány in Wien, veranlaßte Absetzung der Habsburger in Ungarn, September 1848 Diktator, nach der Kapitulation Flüchtling, meist in England, 22. September 1851 in effigie gehängt, 1859 mit Napoleon III. in Verbindung, um Ungarn zu revolutionieren.

*Krauß, Philipp, Freiherr von*, 1792—1861, Finanzminister von 1848—1852, nicht zu verwechseln mit seinem Bruder Karl (Justizminister von 1851—1857).

*Kudlich, Hans*, 1823—1917, stellt als jüngster Abgeordneter des Reichstages den Antrag auf Abschaffung des Untertanenverhältnisses und aller daraus erwachsenden Leistungen der Bauern. Er brachte das Grundentlastungsgesetz und wurde von den Bauern durch einen Fackelzug gefeiert. Er floh im März 1849, nahm am Aufstand in der Pfalz teil, studierte in Zürich Medizin und starb als Arzt in Hoboken (bei New York), nachdem er 1873 während eines kurzen Wiener Aufenthaltes „Rückblicke und Erinnerungen“ veröffentlicht hatte.

*Kuranda, Ignaz*, 1812—1884, gründet 1841 den „Grenzboten“, schreibt 1846 „Belgien seit seiner Revolution“, 1848 Abgeordneter für Teplitz im Frankfurter Parlament, gründet nach dem Oktober 1848 die „Ostdeutsche Post“, die bis 1866 bestand.

*Lamberg, Franz, Graf von*, 1791—1848, Feldmarschalleutnant, Mitglied der Magnatentafel durch ungarische Güter, verriet die ungarische Revolution, wurde dafür provisorischer Palatin. Am 28. September 1848 tötete ihn das Volk auf der Pester Brücke.

*Langer, Anton*, 1824—1879, Nationalgardist, Verfasser von politischen Streitschriften („Kasernen für Arbeiter“), Volksstücken und Volksromanen („Der alte Naderer“), seit 1850 Redakteur der satirischen Dialektzeitschrift „Hannsjörgel von Gumpoldskirchen“.

*Latour, Theodor, Graf Baillet von*, 1780—1848, als Kriegsminister am 6. Oktober 1848 vom Volk an einer Laterne gehenkt, weil er gegen die ungarische Revolution Truppen schickte.

*Lenin, Wladimir Iljitsch (Uljanow)*, geb. 22. April 1870 in Simbirsk (heute Uljanowsk) an der Wolga, gest. 21. Jänner 1924 in Nishni-Nowgorod (Gorki), Begründer der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki), Organisator und Führer der russischen Revolution, Erbauer des ersten sozialistischen Staates der Welt.

*Leopold I.*, geb. 9. Juni 1640, gest. 5. Mai 1705 in Wien, 1658 bis 1705 deutscher Kaiser.

*Leopold II.*, geb. 5. Mai 1747, gest. 1. März 1792 in Wien, Bruder Josef II., 1790—1792 deutscher Kaiser.

*Ludwig XVI.*, König von Frankreich, Gatte Maria Antoinettes einer Tochter Maria Theresias, geb. 23. August 1754, hingerichtet wegen Verrates am 21. Jänner 1793.

*Ludwig, Erzherzog von Oesterreich*, 1823—1898, ältester Sohn des Erzherzogs Rainer, des siebenten Sohnes Leopolds II. (1783—1853).

*Luther, Martin*, 1483—1546, Uebersetzer der Bibel, einer der Reformatoren (Augsburger Bekenntnis).

*Maria Theresia*, geb. 13. Mai 1717, gest. 29. November 1780 in Wien, 1740—1780 römisch-deutsche Kaiserin, vermählt mit Franz Karl v. Lothringen.

*Marx, Karl*, geb. 5. Mai 1818 in Trier, gest. 14. März 1883 in London, ab 1842 Mitarbeiter der „Rheinischen Zeitung“, zusammen mit Friedrich Engels Herausgeber der „Deutsch-Französischen Jahrbücher“ und des „Kommunistischen Manifests“ (1848), veröffentlicht 1867 den ersten Band des „Kapital“, gründet I. Internationale (von ihm geleitet von 1866 bis 1872).

*Messenhauser, Cäsar Wenzel*, 1813—1848, beim polnischen Aufstand (1846) als Offizier in Krakau (Schrift unter Decknamen Wenzel March: „Die Polengräber“), im Lemberger Komitee der Bürgerwehr, dafür bestraft, in Wien im Oktober 1848 vom Innenminister zum Kommandanten der Nationalgarde ernannt, am 16. November 1848 standrechtlich erschossen.

*Metternich, Klemens Lothar Wenzel, Fürst von*, 1773—1859, österreichischer Diplomat, seit 1821 Haus-, Hof- und Staatskanzler, Leiter der Außenpolitik im Vormärz bis zum Sturz im März 1848, während des Absolutismus 1851 zurückgekehrt, jedoch ohne Amt.

*Meynert, Hermann*, 1808—1895, Geschichtschreiber der österreichischen Reaktion.

*Montesquieu, Charles, Baron de*, 1689—1755, politisch-historischer Schriftsteller, der durch seine „Persischen Briefe“ (Satire auf Absolutismus in Frankreich in orientalischem Gewande), insbesondere durch sein Werk „Der Geist der Gesetze“ (1648) die Französische Revolution vorbereitete.

*Nestroy, Johann Nepomuk*, geb. 7. Dezember 1801 in Wien, gest. 25. Mai 1862 in Graz, Theaterdichter und Schauspieler, origineller, scharf satirischer Charakterzeichner.

*Ottokar II., Přemysl*, König von Böhmen, geb. 1253, gest. 1278, Gegner Rudolfs von Habsburg.

*Palacky, Franz*, 1798—1876, verfaßte „Geschichte des tschechischen Volkes in Böhmen und Mähren“ (1848—1876), wo er die Ereignisse bis 1526 als einen ständigen Kampf des demokratischen Slawentums mit dem Ausdehnungsdrang der deutschen Feudalherren darstellte.

*Pillersdorf, Franz, Freiherr von*, 1786—1862, als Kanzler der Vereinigten Hofkanzlei seit 1842 in Opposition gegen das Metternichsche System, am 20. März 1848 Innenminister, vom 4. Mai bis 8. Juli Ministerpräsident, nach Auflösung des Kremsierer Reichstags in Disziplinaruntersuchung. 1861 im Reichstag Abgeordneter und rehabilitiert, verfaßte „Rückblicke auf die politische Bewegung in Oesterreich 1848 bis 1849“.

*Radetzky, Johann, Graf*, österreichischer Feldmarschall, geboren 2. November 1766 in Trzebnitz, gest. 5. Jänner 1858 in Mailand.

*Robespierre, Maximilien*, 1758—1794, einer der hervorragendsten Männer der Französischen Revolution, am 28. Juni 1794 hingerichtet.

*Rothschild*, Inhaber eines internationalen Bankhauses, begründet von Mayer Anselm Rothschild, 1743—1812.

*Rousseau, Jean Jacques*, 1712—1778, berühmter französischer Schriftsteller und Philosoph.

*Rudolf I., von Habsburg*, geb. 1. Mai 1218, gest. 15. Juli 1291 in Speyer, deutscher Kaiser.

*Sander, Friedrich*, Schustergeselle, im Jahre 1848 Leiter des „Ersten Allgemeinen Arbeitervereines“.

*Schwarzenberg, Felix Ludwig, Fürst von*, 1800—1852, österreichischer Diplomat (in London, Neapel), am 22. November 1848 Ministerpräsident, löste 1849 Reichstag auf, trat für absolutistisches Regime ein.

*Schwarzer, Ernst von*, Arbeitsminister.

*Sednitzky, Josef, Graf von*, 1778—1855, Polizeichef Metternichs, unter ihm blühte das Spitzelwesen (Naderertum).

*Smolka, Franz*, 1810—1899, Advokat, Führer des „Jungen Polen“, zum Tod verurteilt, aber begnadigt, im Reichstag ab 12. Oktober 1848 Präsident, 1861 und 1867 wieder Abgeordneter, Führer der polnischen Fraktion.

*Springer, Anton*, 1825—1891, fortschrittlicher österreichischer Geschichtsschreiber und Kunsthistoriker, auf Hegels Geschichtsphilosophie fußend. Werke: 1850 „Oesterreich nach der Revolution“, 1851 „Oesterreich, Preußen und Deutschland“, 1863/64 „Geschichte Oesterreichs seit dem Wiener Frieden“. Herausgeber der „Protokolle des Verfassungsausschusses im österreichischen Reichstag 1848/49“ (1885).

*Stadion, Franz Seraph, Graf von*, 1806—1853, Statthalter von Galizien seit 1846, seit November 1848 Minister im Kabinett Schwarzenberg, arbeitete mit Josef Oetzl die am 4. März 1849 oktroyierte Verfassung aus.

*Stalin, Josef Wissarionowitsch (Dshugaschwili)*, 21. Dezember 1879 in Gori bei Tiflis geboren. Mit Lenin Erbauer des Sowjetstaates. Marschall des Sieges über den Faschismus.

*Stein, Karl, Freiherr vom und zum*, deutscher Staatsmann, geb. 26. Oktober 1757, gest. 18. Juni 1831.

*Stift*, demokratischer Journalist.

*Strobach*, Tscheche, einer der drei Präsidenten des im Juli 1848 eröffneten Reichstages.

*Stroßmayer, Josef Georg*, 1815—1905, Führer der Kroatischen Nationalpartei, trat als Bischof 1881 freimütig gegen das Dogma der Unfehlbarkeit des Papstes auf, verwendete seine reichen Einkünfte zur kulturellen Hebung seiner Nation.

*Swoboda, August*, kleinbürgerlicher Projektmacher, Gründer des „Privaten Darlehensvereins ohne Hypothek“.

*Szela*, masurischer Bauernführer.

*Taafe, Eduard, Graf von*, 1833—1895, mit Franz Josef zusammen erzogen, am 7. März 1867 Minister des Innern, dann Minister für Landesverteidigung, statt Carlos Auersperg Ministerpräsident, dann wieder Innenminister, für Versöhnung der Nationalitäten.

*Tausenau, Dr. Karl*, demokratischer Journalist, leidenschaftlicher



Revolutionsredner, im Aeüßeren Napoleon ähnlich, beim Juniaufstand 1848 wurde er verletzt, nach dem Oktober 1848 im Ungarn Kossuths tätig, dann im Ausland.

*Tuvora*, demokratischer Journalist, Herausgeber des „Freimütigen“, an Häfners Versuch, im Mai 1848 die Republik aufzurichten, beteiligt.

*Violand, Ernst*, Demokrat, ihm wurde wie Goldmark und Füster der Prozeß wegen Hochverrates gemacht und alle drei wurden am 14. März 1856 als Rädelsführer in Kontumaz zum Tode verurteilt.

*Voltaire, François Marie Arouet de*, 1694—1778, Dichter, Philosoph und politischer Schriftsteller, Wegbereiter der Französischen Revolution, besonders durch seinen „Versuch über die Sitten und den Geist der Nationen“ (1759) und seine Mitarbeit an der aufklärenden „Enzyklopädie“ (Sammlung alles damaligen Wissens, in Beiträgen von Voltaire, Rousseau, Diderot, d'Alembert und anderer).

*Wessenberg, Johann Philipp, Freiherr von W. Ampringer*, 1773 bis 1858, übernahm 75jährig, vom 3. Juni 1848 bis 22. November 1848 das Ministerium des Aeüßeren. Ausspruch: „Fürst Windischgrätz schaut zurück und ich schaue vorwärts.“

*Wilczek, Johann Nepomuk, Graf von*, geb. 1837, fortschrittlicher Aristokrat (rüstete die Payer-Weyprechtsche Nordpolexpedition aus).

*Willner*, Student, mit Fischhof Begründer des Sicherheitsausschusses, „Arbeiterkönig“.

*Windischgrätz, Alfred, Fürst von*, 1787—1862, schlägt den Prager Juniaufstand nieder, verhängt am 20. Oktober 1848 das Standrecht über Wien und erobert es am 31. Oktober, bemächtigt sich Budapests am 5. Jänner 1849.

*Zenker, Ernst Viktor*, Verfasser des Werkes: „Die Wiener Revolution in ihren sozialen Voraussetzungen“ (1877).

*Zenker Karl*, Geschichtschreiber der Revolution.

## ERLÄUTERUNG DER FREMDWÖRTER

**Absolutismus:** unbeschränkte Alleinherrschaft (ohne Verfassung)

**analytisch:** zergliedernd, zerlegend

**Anarchie:** Herrschaftslosigkeit, Planlosigkeit, Unordnung

**anonym:** ungenannt, namenlos

**antagonistisch:** gegensätzlich, widersprechend

**Aula:** Halle, Universitätsaal

**Avantgarde:** Vorhut, Stoßtrupp (bester, revolutionärer Teil der Arbeiterklasse)

**Banus:** Statthalter von Kroatien

**Chance:** Möglichkeit des Gelingens, günstige Gelegenheit

**Chauvinismus:** kriegstreiberischer Nationalismus

**Chimäre:** Phantasiebild, Hirngespinnst

**Deklasierte:** die aus ihrer Gesellschaftsklasse Ausgestoßenen

**Despot:** Willkürherrscher

**despotisch:** mit willkürlicher Gewalt

**destruktiv:** zerstörend, zersetzend

**Dynastie:** Herrscherhaus

**Elitekorps:** ausgewählte Truppeneinheit

**éljen:** es lebe hoch! (ungarisch)

**Enzyklopädist:** Herausgeber und Mitarbeiter der „Großen Französischen Enzyklopädie“ im 18. Jahrhundert, einer Zusammenfassung des damaligen Standes der Wissenschaften und Künste. Die Enzyklopädisten haben durch ihre materialistische, wissenschaftsfreundliche Haltung den Boden für die bürgerliche Revolution auf geistigem Gebiet vorbereitet

**Fakultät:** Studienabteilung an einer Hochschule (z. B. medizinische, philosophische Fakultät usw.)

**Feudalismus:** Gesellschaftsform, in der der Grundherr Eigentümer des gesamten Bodens, der Person des Bauern und seiner Familie ist, welche zu schweren Arbeitsleistungen und Abgaben verpflichtet sind

**Föderation:** Staatenbund

**Gordischer Knoten:** Verwicklung, die nicht anders als durch Gewalt zu lösen ist (Alexander der Große zerhieb einen unauflösbaren Knoten in Gordius einfach mit seinem Schwert)

**Hegemonie:** Vorherrschaft, Führerrolle

**Hofkamarilla:** Klüngel der Höflinge, die den Herrscher und die Regierung nach ihrem Willen und ihren Interessen lenken

**Hypothek:** Schuld, für welche ein Haus oder Grund und Boden verpfändet ist

**illyrisch:** Illyrien war der Name einer römischen Provinz, die etwa das heutige Kroatien, Slawonien, Istrien, das Küstenland und Dalmatien umfaßte

**Imperialismus:** letzte politisch-wirtschaftliche Form des verfaulenden Kapitalismus, gekennzeichnet durch die Beherrschung des Staates durch die Monopole, das Streben nach Kapitalexport, die Aufteilung der Welt unter die Monopole

**Indolenz:** Gleichgültigkeit, Trägheit

**in effigie:** im Bilde

**jakobinisch:** radikale bürgerliche Partei in der großen Französischen Revolution

**Konglomerat:** Gesteinsgemenge, Zusammenballung verschiedenartiger Bestandteile

**konspirieren:** sich verschwören

**Konzeption:** Auffassung, Begriff

**koordinieren:** aufeinander abstimmen, miteinander in Einklang bringen

**Liberalismus:** wirtschaftliche und politische Doktrin des aufstrebenden Bürgertums, in der eine „Freiheit“ der Betätigung innerhalb des kapitalistischen Systems und eine „Freiheit“ des Staatsbürgers im Rahmen des kapitalistischen Staates, das heißt also, die Freiheit von den Fesseln des überlebten Feudalismus, gefordert wird.

**Loyalität:** Treue (zur herrschenden Macht)

**Machiavellismus:** Machtpolitik, die zur Erreichung ihrer Ziele vor keinem noch so niederträchtigen Mittel zurückschreckt

**Magnat:** Angehöriger des reichen ungarischen (auch polnischen) Hochadels mit erblichem Sitz im „Oberhaus“ des Parlaments

**Manifest:** öffentliche politische Erklärung

**Manufaktur:** Fabriken des 17. und 18. Jahrhunderts, die vorwiegend auf Handarbeit mit einer weitgehenden Arbeitsteilung beruhten

**Merkantilismus:** Wirtschaftspolitik im 17. und 18. Jahrhundert, die in der Förderung von Industrie, Bergbau, Handel und Ausfuhr den Schlüssel zum Wohlstand (des erstarkenden Bürgertums) sieht

**Miasma:** Fieberdunst

**Misere:** Elend

**Mobilgarde:** zuerst: bewaffnete Hilfspolizei; heute in Frankreich: militärisch ausgerüstete Polizeitruppe

**Okkupant:** Besitzergreifer, Angehöriger einer feindlichen Besatzungsmacht

**oligarchisch:** für die Herrschaft einer dünnen Oberschicht eintretend

**Patrizier:** reicher Bürger

**permanent:** dauernd, anhaltend

**Permanenz:** Fortdauer

**Petition:** Eingabe, Bittschrift

**philiströs:** spießbürgerlich

**plebejisch:** aus dem arbeitenden Volk stammend

**Popanz:** Schreckbild

**Praktizismus:** schädliche Vernachlässigung der Theorie zugunsten der täglichen Praxis in der Arbeiterbewegung

**privilegieren:** bevorzugen, bevorzugen

**Provokateur:** Lockspitzel, der zu Handlungen aufreizt, die der Polizei Vorwand zum Einschreiten geben sollen

**provokatorisch:** planmäßig zu Handlungen aufreizend, die bestimmten dunkeln Absichten dienen sollen (siehe Provokateur)

**ratifizieren:** bestätigen, für gültig erklären  
**Resignation:** Ergebung in das Schicksal  
**Robot:** unbezahlte Pflichtarbeit der Bauern für den Grundherrn  
in der Feudalzeit (Fronarbeit)  
**Run:** Sturm der Gläubiger auf die Bankschalter  
**Schlachtschütze:** polnischer adeliger Grundbesitzer  
**Steuerzensus:** Abhängigmachung politischer Rechte von der Be-  
zahlung einer Mindeststeuer  
**Subordination:** gedankenlose, gehorsame Unterordnung unter  
jeden Ranghöheren  
**synthetisch:** zusammensetzend, aufbauend  
**Totum:** einheitliches Ganzes  
**Vetorecht:** Einspruchsrecht, ein beschlossenes Gesetz außer  
Kraft zu setzen

## INHALT

	Seite
Vorwort . . . . .	5
I. Am Vorabend der Revolution . . . . .	21
II. Die Revolution in Wien . . . . .	53
III. Das Jahr 1848 und die nationale Frage in Oester- reich . . . . .	115
Namensverzeichnis . . . . .	193
Erläuterung der Fremdwörter . . . . .	203